

***So wird's***   
***besser!***

***Unser Plan für Niedersachsen***

***Wahlprogrammmentwurf zur Landtagswahl 2022***

1 ■ **Wahlprogrammmentwurf 2022 Gesamt**

2 **Inhaltsverzeichnis**

3 **I Wir gestalten Niedersachsen – Ökologisch und Sozial.....3**

4 *Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!..... 3*

5 *Mobil in Niedersachsen .....15*

6 *Innovatives Niedersachsen..... 24*

7 *Gute Arbeit in Niedersachsen..... 35*

8 *Für eine andere Agrarpolitik..... 40*

9 *Moorschutz ist Klima- und Artenschutz..... 52*

10 *Sozial und ökologisch Bauen und Wohnen..... 53*

11 *Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten..... 58*

12 **II. Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren..... 62**

13 *Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden ..... 62*

14 *Für die Artenvielfalt..... 66*

15 *Für konsequenten Tierschutz und zeitgemäße Jagd..... 72*

16 *Atomkraft: teuer und gefährlich..... 73*

17 **III. Wir gestalten Niedersachsen – Chancengerecht und Solidarisch.....75**

18 *Gute Kinderbetreuung im ganzen Land..... 75*

19 *GRÜNE Politik macht Schule..... 78*

20 *Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden..... 88*

21 *Wissenschaft gestaltet Zukunft..... 91*

22 *Erwachsenenbildung stärken ..... 97*

23 *Starke Familien - Selbstbestimmt Leben von der Kindheit bis ins Alter ..... 99*

24 *Gesundheit und Pflege..... 104*

25 **IV Lebenswertes Niedersachsen Vielfalt schafft Zusammenhalt..... 114**

26 *Integrationsland Niedersachsen..... 114*

27 *Starker Rechtsstaat Niedersachsen ..... 118*

28 *Für eine vielfältige Gesellschaft..... 125*

29 *Gleichstellung und Feminismus..... 129*

30	<i>Niedersachsen Kultur und Medien - So vielfältig wie unser Land .....</i>	<i>133</i>
31	<i>Niedersachsen engagiert sich.....</i>	<i>137</i>
32	<i>Niedersachsen in Europa und der Welt.....</i>	<i>139</i>
33	<b><i>V Solides Fundament für Niedersachsen.....</i></b>	<b><i>141</i></b>
34	<i>Nachhaltig haushalten.....</i>	<i>141</i>
35	<i>Wo die Zukunft zuhause ist – für starke Kommunen in Niedersachsen .....</i>	<i>145</i>
36	<i>Niedersachsen, ein Staat der funktioniert, effektiv und bürgernah .....</i>	<i>148</i>
37	<b>0 Präambel</b>	
38	<i>Die Präambel/Wahlaufruf werden wir kurz vor Drucklegung des Programms nach Beratung im</i>	
39	<i>Parteirat einfügen, um sie so aktuell wie möglich zu halten.]</i>	

## 40 ***Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!***

41 Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die menschengemachte Klimakrise. Auch Putins  
42 Angriffskrieg gegen die Ukraine bestärkt viele Menschen, den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen  
43 und dreckigen Importen von Öl, Gas und Kohle aus Menschenrechte verachtenden Regimen zu  
44 beschleunigen. Wir wollen Niedersachsen mit Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und  
45 Energieeffizienz schnell von fossilen Importen unabhängig machen und auf den 1,5-Grad-Pfad bringen.  
46 Mit einer klimaneutralen Energieversorgung gewinnen wir mehr Freiheit, Versorgungssicherheit und  
47 Unabhängigkeit und werden damit unserer Verantwortung gegenüber heutigen und kommenden  
48 Generationen gerecht. Die Maßgabe für eine klimagerechte Politik ist für uns das CO<sub>2</sub>-Budget, das uns  
49 noch zur Verfügung steht und das umso schneller schrumpft, je langsamer und zögerlicher  
50 Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Wir GRÜNEN wollen die Treibhausgasemissionen in  
51 Niedersachsen so schnell wie möglich senken und Niedersachsen auf den Weg bringen, bis 2035  
52 klimaneutral zu sein bzw. die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu bringen. Denn je früher und  
53 schneller wir handeln, umso mehr Folgekosten und Fehlinvestitionen in fossile Infrastruktur vermeiden  
54 wir. Wir werden die Klima-Maßnahmen, die in unserer Hand liegen, umsetzen. Uns ist klar, dass das Ziel  
55 der Klimaneutralität ohne entsprechende begleitende Maßnahmen auf Bundes- und Europa-Ebene nicht  
56 erreichbar ist. Daher unterstützen und fordern wir auch dort Klimaentscheidungen vehement ein und  
57 begrüßen den neuen Klima-Kurs, den die Bundesregierung angekündigt hat.

58 Eine ambitionierte und klug durchgeführte Klimaschutzpolitik birgt viele Chancen für mehr  
59 Lebensqualität: saubere Luft statt Schadstoffe, günstige Energie, eine Mobilität für alle durch einen gut  
60 ausgebauten Zug, Bus-, Rad- und Fußverkehr, mehr ökologisch und regional produzierte Lebensmittel,  
61 eine tierschutzgerechtere und umweltbewusste Landwirtschaft sowie faire Einkommen für  
62 Landwirt\*innen und die direkte Teilhabe von Bürger\*innen an der Energiewende statt Gewinne einiger  
63 weniger fossiler Großkonzerne sind dabei nur einige Punkte. Klimaschutz ist so viel mehr als reine  
64 Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf einer gesunden Erde. Gerade für  
65 Niedersachsen als windreiches Küstenland bietet die Energiewende darüber hinaus viele Standortvorteile  
66 für die lokale Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die wir heben wollen. Wir machen  
67 Niedersachsen zum Klimaschutzland Nummer eins und wollen auch in der Wirtschaft bei den  
68 Arbeitsplätzen bei Wind, Sonne, Wärmepumpen und Energieeffizienz ökologisch und sozial führend sein.  
69 Dazu gehört auch eine Fachkräfteoffensive.

70 Die Klimaziele sind durch die letzten Jahre der Klima-Verweigerung der SPD-CDU-Landesregierung sowie  
71 einer 16 Jahren CDU-geführten Bundesregierung extrem schwer zu erreichen. Weil CDU und SPD in den  
72 letzten Jahren die Energiewende und den Klimaschutz blockiert haben, müssen wir die nötigen  
73 Maßnahmen jetzt noch ambitionierter umsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Klimaschutz

74 massiv den Rücken gestärkt. In seiner Begründung macht es in seiner historischen Klima-Entscheidung  
75 klar, dass Politik gerade auch mit Blick auf die Generationengerechtigkeit endlich angemessen handeln  
76 muss. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Denn jeder Monat des Nichthandelns wird zu umso  
77 größeren Anstrengungen in der Zukunft führen.

## 78 ***Ambitioniertes Klimagesetz für Niedersachsen***

79 Die Klimaziele im niedersächsischen Klimagesetz passen wir an die aktuellen wissenschaftlichen  
80 Erkenntnisse und den 1,5-Grad-Pfad der Pariser Klimaziele an. Bis 2030 ist unser Ziel, die  
81 Treibhausgasemissionen um mindestens 80% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, um bis 2035 die Netto-  
82 Null-Emissionen in Niedersachsen zu erreichen. Dazu werden wir auch konkrete, nachprüfbare, jährliche  
83 Zwischenziele und Klimamaßnahmen für alle Sektoren wie der Energiewirtschaft, der Industrie, dem  
84 Verkehr, dem Gebäudebereich, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Kreislauf- bzw. Abfallwirtschaft  
85 aufstellen. Mit einer jährlichen, öffentlichen Klimabilanz etablieren wir ein nachprüfbares Treibhausgas-  
86 Monitoring. Die Klimaziele und Zwischenschritte koppeln wir an das CO<sub>2</sub>-Restbudget. Denn für den  
87 Klimaschutz sind nicht bloße Jahreszahlen, sondern die real entstandenen Treibhausgasemissionen  
88 entscheidend. Je langsamer jetzt die Reduktion der Klimaemissionen vorangeht, desto weniger CO<sub>2</sub>-  
89 Budget steht uns später zur Verfügung und desto schneller müssen wir in ein paar Jahren klimaneutral  
90 werden. Wir packen Klimaschutz daher jetzt an, anstatt ihn in die Zukunft zu vertagen.

91 Die Landesverwaltung soll vorangehen und möglichst bis 2030 klimaneutral werden. Dazu beschleunigen  
92 wir die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude und stellen auf klimafreundliche Beschaffung  
93 um. Auch die Stromproduktion in Niedersachsen wollen wir bis 2030 möglichst vollständig auf  
94 Erneuerbare Energien umstellen. Bis 2035 wollen wir den klimaneutralen Umbau der Wärmeversorgung,  
95 Mobilität und Industrie so weit vorantreiben, sodass die Energieversorgung 100% erneuerbar ist. Wir  
96 setzen ehrgeizige Ziele für die Dekarbonisierung der Industrie. Damit stärken wir die  
97 Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen angesichts zukünftig erwartbarer hoher CO<sub>2</sub>-Preise weltweit.  
98 Alle Klimaziele und die nötigen konkreten Maßnahmen verankern wir auch im Landesklimagesetz.

## 99 ***Mit Klimavorbehalt und Klimacheck Entscheidungen klimasicher machen***

100 Als Erstes werden wir unser Klimaschutz-Sofortprogramm mit konkreten Maßnahmen umsetzen. Nur  
101 wenn endlich alle neuen Gesetze und Verordnungen mit dem Klimaschutz vereinbar sind, sind unsere  
102 Klimaziele erreichbar. Daher schaffen wir einen wirksamen Klimavorbehalt. Durch einen Klimacheck  
103 prognostizieren wir, welche Emissionssenkung oder -erhöhung mit einer politischen Entscheidung  
104 verbunden ist. Sollten Erhöhungen prognostiziert sein, müssen zwingend Alternativen geprüft werden;  
105 das für Klimaschutz zuständige Ministerium erhält ein Veto-Recht. Außerdem führen wir Sanktionen und  
106 eine Pflicht zum Nachsteuern der Maßnahmen ein. Auch für alle bestehenden und zukünftigen  
107 Förderprogramme des Landes sowie den Landeshaushalt führen wir einen Klimacheck ein. Maßnahmen,  
108 die Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen und bei klimarelevanten Förderungen  
109 konkrete Klimaziele sowie einen Mindestanteil an Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO2-  
110 Einsparungen erzielen, festschreiben. Für die öffentlichen Haushalte, die öffentliche Beschaffung,  
111 Gesetzesinitiativen und Verwaltungshandeln führen wir einen CO2-Schattenpreis nach Maßgabe des  
112 Umweltbundesamtes ein. So bilden wir die ansonsten unsichtbaren Klimakosten für Gesellschaft und  
113 Umwelt ab, stärken klimaneutrale Alternativen und schaffen eine zukunfts- und klimaverträgliche  
114 Entscheidungsgrundlage. Analog führen wir den CO2-Schattenpreis auch bei klimarelevanten  
115 Entscheidungen von landeseigenen Unternehmen ein. In Unternehmen mit Landesbeteiligung wirken wir  
116 darauf hin.

117 Wir richten einen wissenschaftlichen Klimarat ein, der die Landesregierung berät und jährlich in Form von  
118 Klimaberichten zusätzliche Maßnahmen vorschlägt. Im Rahmen des niedersächsischen Klima- und  
119 Energiewendeberichts werden konkrete Regierungsvorhaben pro Sektor definiert. Die wissenschaftlich  
120 notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Zwischenziele werden Grundlage des Regierungshandelns.

## 121 ***Gelder aus klimaschädlichen Anlagen abziehen***

122 Auch in der Finanzpolitik treiben wir die Klimawende voran. Die Finanzanlagestrategie des Landes richten  
123 wir auf Klimaneutralität und die Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Anlagen,  
124 die diesen Kriterien nicht entsprechen, entziehen wir die Landesgelder (Divestment) und investieren diese  
125 stattdessen in Anlagen mit positiver Wirkung für den Klimaschutz. Bei allen landeseigenen Unternehmen  
126 sowie Unternehmen, bei denen das Land bedeutender Anteilseigner ist, bringen wir dies ebenfalls voran.

## 127 ***Klimaschutz in den Kommunen verankern***

128 Zur Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen braucht es auch die entsprechenden Strukturen.  
129 Daher bauen wir den Klimaschutz in der Landesverwaltung und bei den Kommunen aus. Die Kommunen  
130 sind dabei wichtige Akteurinnen für den Klimaschutz. Damit Kommunen noch besser agieren und ihre

131 Klimaziele schneller umsetzen können, stärken wir den Klimaschutz als Pflichtaufgabe der Kommunen,  
132 die sie in eigener Zuständigkeit umsetzen. Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und braucht eine  
133 entsprechende finanzielle Ausstattung sowie ein entsprechendes Wissen in der Verwaltung. Wir prüfen  
134 die rechtliche Umsetzbarkeit von neuen kommunalen Klimaschutzinstrumenten wie beispielsweise einer  
135 Klimaabgabe oder eines Klimabeitrags. Daneben wollen wir sicherstellen, dass auch  
136 Entschuldungskommunen genügend Spielraum haben, um wichtige Klimaschutzmaßnahmen  
137 durchzuführen.

138 Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Mit dem Niedersachsenfonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) und der  
139 neuen Landesgesellschaft für Wohnen und Klima (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen) wollen  
140 wir Klimaschutzanstrengungen in den Kommunen etwa bei der Gebäudesanierung finanziell unterstützen.  
141 Wir prüfen, wie es rechtlich umsetzbar ist, dass bei der Haushaltsgenehmigung durch die  
142 Kommunalaufsicht von nun an geprüft werden muss, ob Klimaschutzbelange ausreichend berücksichtigt  
143 wurden. Wir unterstützen die Kommunen dabei, regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und  
144 umzusetzen. Die ab 2022 durch die Kommunen zu erstellenden Energieberichte entwickeln wir weiter zu  
145 verpflichtenden öffentlichen Klimaberichten. Diese sollen Kommunen jährlich statt alle drei Jahre  
146 erstellen und veröffentlichen. In den Berichten müssen die Kommunen neben ihren eigenen  
147 Energieverbräuchen, die örtlichen Treibhausgasemissionen sowie ihre geplanten und umgesetzten Klima-  
148 Maßnahmen samt kalkulierter Emissionssenkung und Zeitplanung darlegen. So schaffen wir Transparenz  
149 bei der Berücksichtigung von Klimaschutz bei der Verkehrsplanung, bei der Sanierung öffentlicher  
150 Gebäude, bei der Quartiersentwicklung und vielem mehr. Analog zum Klimacheck auf Landesebene  
151 unterstützen wir die Kommunen unter anderem durch Musterberechnungen dabei, bei kommunalem  
152 Verwaltungshandeln und politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen  
153 und den Klimaschutz zu prüfen und zu berücksichtigen.

#### 154 ***Für das Klima Planungen beschleunigen***

155 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei der  
156 Energieeffizienz, beim Netzausbau und vielem mehr deutlich schneller werden. Dafür sind Transparenz  
157 und eine intensive Beteiligung von Bürger\*innen und Verbänden zu Beginn von Planungen nötig und  
158 nicht erst am Ende. Für den Turbo bei der Planung brauchen wir eine bessere Informationsgrundlage  
159 etwa beim Artenschutzmonitoring, sowie personell und fachlich gut ausgestattete Planungs-, Bau- und  
160 Genehmigungsbehörden. Hinzu kommt ein stärkeres Handeln des Landes bei der Koordinierung und  
161 Bündelung von Verfahren bei einer zuständigen Behörde, die auch Ansprechpartnerin sowohl für die  
162 Antragsteller\*innen als auch für die verschiedenen Interessenvertretungen ist und aktiv Beteiligung  
163 herstellt. Für den Klima- und Artenschutz müssen Genehmigungsverfahren im öffentlichen Interesse  
164 verkürzt und so weit möglich parallel und nicht hintereinander durchgeführt werden.

165 ***Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen***

166 Wir gestalten Digitalisierung so, dass sie dem Klima nützt, anstatt die Klimakrise weiter anzufachen. Mit  
167 einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass alle Digitalisierungsprogramme und -anstrengungen des  
168 Landes klimaneutral werden: von Tablets in den Schulen bis hin zur elektronischen Akte. Das gleiche gilt  
169 für die Vorhaben der Kommunen und anderer Akteure, die das Land bei der Digitalisierung unterstützt.  
170 Besonders klimaintensiv sind bislang Rechenzentren. Wir bringen den Um- und Ausbau von CO2-  
171 neutralen Rechenzentren voran, die Abwärme nutzen bzw. deren Abwärme genutzt wird und die mit  
172 erneuerbarem Strom gespeist werden. Beim Ausbau schnellen Internets setzen wir uns für  
173 Energieeinsparungen ein, indem dieser vor allem über Glasfaser und 5G erfolgt.

174 ***Energiewende gestalten***

175 ***Windenergie – das Zugpferd der Energiewende***

176 Die Windenergie ist die stärkste Kraft unter den Erneuerbaren Energien. Davon profitiert Niedersachsen  
177 als windreiches Küstenland ganz besonders. Um bis 2035 klimaneutral zu werden und die Wertschöpfung  
178 vor Ort zu stärken, werden wir die Ausbauzahlen schnell und deutlich erhöhen. Wir wollen den Windkraft-  
179 Ausbau der Bundesregierung unterstützen und die Netzanbindung beschleunigen. Wir wollen die  
180 Ausbauziele der Bundesregierung auf See naturschutzverträglich umsetzen; Ziel sind mindestens 30  
181 Gigawatt bis zum Jahr 2030, mindestens 40 Gigawatt bis zum Jahr 2035 und mindestens 70  
182 Gigawatt bis zum Jahr 2045. An Land streben wir pro Jahr einen wachsenden Netto-Zubau der  
183 Windenergie von mindestens 1,5 Gigawatt an Leistung an.

184 Die Windenergiebranche ist vom Zickzackkurs von CDU und SPD in Bund und Land in den vergangenen  
185 Jahren schwer gebeutelt, viele Arbeitsplätze wurden durch diese desaströse Energiepolitik zerstört. Wir  
186 wollen Planungssicherheit für die Windenergiebranche schaffen, den Markt vor Ort stärken, den  
187 niedersächsischen Technologievorsprung weiter ausbauen und qualifizierte, sichere Arbeitsplätze  
188 schaffen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Dazu bauen wir bestehende Hürden ab und nutzen alle  
189 Landeshebel, um Wind-Genehmigungsverfahren im Einklang mit dem Artenschutz zu beschleunigen.

190 Um unsere Klimaziele zu erreichen, setzen wir schnellstmöglich ein landesweites Mindest-Flächenziel für  
191 die Windkraft von 2,5% der Landesfläche und landesweite Vorranggebiete im  
192 Landesraumordnungsprogramm um. Das Schlüsselloch für den Erneuerbaren-Ausbau sind neben den  
193 fehlenden ausgewiesenen Flächen die seit Jahren viel zu schleppend verlaufenden Planungs- und  
194 Genehmigungsverfahren, die wir beschleunigen werden.(vgl. Stadt und Land zusammen zukunftsfähig  
195 gestalten)

196 Durch klare Regelungen im Windenergieerlass und Artenschutzleitfaden erhöhen wir die Rechtssicherheit  
197 und vereinfachen so das Verwaltungshandeln. Darüber hinaus richten wir eine Servicestelle ein, die bei  
198 rechtlichen Fragestellungen in Planungsverfahren unterstützt. Wir vereinfachen und beschleunigen das  
199 Repowering von Altanlagen an geeigneten Standorten und setzen uns dafür ein, dass dies auch bei den  
200 oftmals gut akzeptierten Altstandorten außerhalb von Wind-Vorranggebieten erfolgen kann.

201 Windkraft und Artenschutz gehören zusammen. Denn neben der Intensivlandwirtschaft ist der größte  
202 Beschleuniger des Artensterbens die Klimakrise. Ein schneller und deutlicher Ausbau der Erneuerbaren  
203 Energien ist daher auch für den Artenschutz unerlässlich. Um auch windkraftsensible Arten zu schützen,  
204 braucht es Programme für den Artenschutz und eine bessere Artenerfassung für windsensible Vogelarten.  
205 Wir werden dazu das landesweite Artenschutzmonitoring auch zur Planungsbeschleunigung deutlich

206 stärken, damit nicht jedes Mal erst neue Kartierungen nötig sind und die Informationen über die  
207 Vorkommen windkraftsensibler Arten von Anfang an im Rahmen der Raumplanung besser berücksichtigt  
208 werden können. Durch ein Erneuerbare-Naturschutz-Zentrum werden wir die naturverträgliche  
209 Energiewende stärken, indem lokale Konflikte zwischen dem Erneuerbaren-Ausbau und dem Arten- und  
210 Naturschutz frühzeitig erkannt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und unterstützt werden. Den Bau  
211 von Kleinwindenergie-anlagen ermöglichen wir generell außerhalb von Wohn- und Kurgebieten, wie es in  
212 vielen anderen Bundesländern bereits Standard ist.

### 213 ***Mit der Solarenergie-Offensive Sonnenstrom ernten***

214 Bei der Solarenergie haben wir in Niedersachsen deutlichen Nachholbedarf. Mit unserer Solarenergie-  
215 Offensive machen wir Niedersachsen fit, um Sonnenstrom zu ernten. Dächer bieten ein großartiges  
216 Potential dazu. Sie verbrauchen keine zusätzliche Fläche und sind dort, wo die Menschen leben, arbeiten  
217 und somit Energie verbrauchen. Wir wollen jede Dachfläche durch eine Photovoltaik-Anlage zu einem  
218 kleinen, dezentralen Klimaschutz-Kraftwerk zu machen. Dafür führen wir eine Photovoltaik-Pflicht für alle  
219 Neubauten und bei Dachsanierungen ein. Mithilfe von Pacht- und Contracting-Modellen ermöglichen wir  
220 dies für alle Hausbesitzer\*innen. Über eine Duldungspflicht können auch ungenutzte Dachflächen von  
221 Bestandsgebäuden einer solaren Nutzung zugänglich gemacht werden. Für neue Parkplätze und andere  
222 geeignete versiegelte Infrastruktur führen wir schrittweise eine Überdachungspflicht mit Photovoltaik-  
223 Modulen ein. Bei den landeseigenen Dachflächen gehen wir voran. Geeignete Dächer nutzen wir als Land  
224 entweder selbst zur solaren Stromerzeugung oder verpachten sie an Energiegenossenschaften bzw. –  
225 unternehmen. Unser Ziel ist die Nutzung aller geeigneten landeseigenen Dächer möglichst bis 2025.

226 Den Bedarf an Solarenergie können wir allein über Solaranlagen auf Dächern decken. Für die  
227 Energiewende ist sowohl der Ausbau der Dachflächen-PV als auch der naturverträgliche und  
228 flächenschonende Freiflächen- und AgriPV Ausbau notwendig. Deponieflächen, Flächen an und über  
229 Landes- und Bundesstraßen, Autobahnen, Schienenwegen sowie an Industrie- und Gewerbegebiete  
230 angrenzende Flächen und Lärmschutzwände wollen wir dabei besonders schnell zur solaren  
231 Stromerzeugung nutzen. Die auf Bundesebene angekündigten Änderungen im EEG begrüßen wir und  
232 unterstützen deren Umsetzung in Niedersachsen.

### 233 ***Energie in Bürger\*innenhand***

234 Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der die Bürger\*innen direkt teilhaben und  
235 profitieren können. Um mehr Energiewende-Projekte in Bürger\*innenhand zu ermöglichen, setzen wir auf  
236 einen Bürger\*innen-Energiewende-Fonds. Mit diesem stellen wir die wichtige Anschubfinanzierung sicher  
237 und helfen dabei, Anfangshürden bei der Projektplanung zu überwinden. Wir stärken zudem die  
238 frühzeitige Beteiligung und Information von Bürger\*innen und Kommunen und schaffen

239 Mediationsangebote. Um Hürden für die Energiewende in Bürger\*innenhand abzubauen setzen wir uns  
240 dafür ein, die europarechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, wie zum Beispiel die Erneuerbare-  
241 Energiegemeinschaften einschließlich Mieter\*innenstrom und Nachbarschaftsprojekten zu stärken und  
242 kleinere Energiewende-Projekte von der Ausschreibungspflicht zu befreien.

### 243 ***Bioenergie intelligent nutzen***

244 Die Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit leisten, indem  
245 sie Energie speichert und bei Erzeugungsdellen von Wind- und Solarstrom einspringt und damit fossiles  
246 Gas ersetzt. Außerdem kann neben der Stromerzeugung auch die Abwärme genutzt werden. Bestehende  
247 Biogasanlagen müssen dazu konsequent flexibilisiert werden und Anreize für eine effiziente  
248 Wärmenutzung und Inputförderung erhalten. Außerdem wird Bioenergie dort benötigt, wo eine  
249 Elektrifizierung nicht möglich ist. Dies ist zum Beispiel beim Ersatz fossiler Energieträger in Bereichen der  
250 Grundstoffindustrie der Fall. Wir setzen auf vielfältige Bioenergie aus Rest- und Beiprodukten und  
251 umwelt-verträglichen Energiepflanzen sowie Blühpflanzenmischungen. Eine weitere Ausdehnung der  
252 Flächen für den Energiepflanzenanbau lehnen wir ab. Wir wollen die Biogasproduktion auf Basis von  
253 Rest- und Beiprodukten ausbauen und stärker vorhandene Gülle und Trockenkot aus der Tierhaltung  
254 nutzen .

### 255 ***Intelligente Netze und Speicher ausbauen***

256 Für die Energiewende brauchen wir den Netzausbau. Dabei hat für uns die dezentrale, verbrauchsnahe  
257 Energieerzeugung Priorität. Der Umfang des geplanten notwendigen Netzaus- und Umbaus muss  
258 regelmäßig überprüft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass an geeigneter Stelle moderne  
259 Erdverkabelungsvarianten statt Freileitungen eingesetzt werden.

260 Um Verbrauchs- und Erzeugungsspitzen abzufedern, unterstützen wir den Ausbau intelligenter  
261 Stromnetze bzw. Smart Grids. So können Lasten flexibler gesteuert und konventionelle Kraftwerke  
262 schneller und besser ersetzt werden. Wenn zeitlich flexible Energieverbräuche wie zum Beispiel das  
263 Laden von E-Autos stärker gesteuert werden, lassen sie sich wesentlich besser an die Volatilität von  
264 Wind- und Sonnenenergie anpassen. Für Verbraucher\*innen muss es attraktiver sein, Strom dann zu  
265 verbrauchen, wenn er erneuerbar im Überschuss zur Verfügung steht. Dafür unterstützen wir die  
266 Einbauoffensive von Smart Metern und setzen uns für die Einführung von flexiblen Tarifen ein.

267 Um unsere Klimaziele zu erreichen, treiben wir den Bau von Speichern und die Sektorenkopplung mit  
268 hohem Tempo voran. Dazu müssen die energie- und steuerpolitischen Hemmnisse des Speicherausbaus  
269 schnell und vollständig beseitigt werden. Für die Versorgungssicherheit spielen Gasspeicher als  
270 Langzeitspeicher für aus erneuerbaren Energien erzeugtes Gas eine wichtige Rolle. Es ist wichtig, dass die

271 Bundesregierung mit einer nationalen Gasreserve und verpflichtenden Füllstandsvorgaben für  
272 Speicherbetreiber die Versorgungssicherheit stärkt. Um die Sicherheit und Unabhängigkeit der  
273 Energieversorgung weiter zu stärken, streben wir an, Gasspeicher in die Kontrolle der öffentlichen Hand  
274 zu überführen.

### 275 ***Die soziale Wärmewende – bezahlbar, klimaneutral und sicher***

276 Wir bringen den Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich voran. Unser Ziel ist es, in allen  
277 Gebäuden Erneuerbar zu heizen und die teure Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu beenden. Das  
278 macht uns frei und unabhängig von teuren Heizkosten, denn die fossilen Energien werden immer teurer  
279 und die Erneuerbaren Energien immer günstiger. Und jede eingesparte Energie schont unseren  
280 Geldbeutel nachhaltig. Wir wollen gezielt Haushalte mit niedrigen Einkommen entlasten. Um bis 2035  
281 vollständig unabhängig von Erdöl und Erdgas zu sein, müssen Neubauten mindestens klimaneutral sein  
282 und die energetische Gebäude-Sanierungsrate im Bestand deutlich erhöht werden. An der fehlenden  
283 Technik scheitert die Wärmewende nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder  
284 der Fernwärme können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des Energieverbrauchs  
285 unsere Gebäude im ganzen Land klimaneutral versorgen. Neue öffentliche Gebäude bauen wir mit 100%  
286 Erneuerbarer Wärme, mindestens klimaneutral, möglichst klimapositiv. Dabei sollten Bauweisen, die eine  
287 möglichst niedrige graue Gesamtenergiebilanz aufweisen, zum Einsatz kommen. Auch bei umfassenden  
288 Sanierungen im Bestand gehen wir als Land voran und legen hohe Effizienzstandards sowie den PV-  
289 Ausbau auf dem Dach fest. Diese Mindestgrundsätze gelten auch bei allen Förderprogrammen von Wohn-  
290 und Nichtwohngebäuden. Für den Gebäude-bestand führen wir mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz  
291 verpflichtende Mindestquoten für Erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder Sanierung ein. Dies  
292 koppeln wir mit unserem Förderprogramm zur Wärmewende besonders für Haushalte mit geringem  
293 Einkommen. (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen) Die Wärmewende braucht Fachkräfte, im  
294 Handwerk, aber auch Ingenieur\*innen, Raum- und Umweltplaner\*innen und vieles mehr. Gemeinsam mit  
295 dem Handwerk, den Hochschulen und den Berufsbildenden Schulen bringen wir eine Fachkräfteinitiative  
296 für die Energie- und Wärmewende auf den Weg (vgl. Innovatives Niedersachsen).

297 Um für Niedersachsen auch die Potentiale der Tiefen-Geothermie zu nutzen, unterstützen wir  
298 Modellprojekte. Bestehende Bohrlöcher der Erdöl- und Erdgasindustrie können für eine geothermische  
299 Nutzung in Frage kommen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die fossile Industrie Verursacherhaftung  
300 für Altlasten und Langfrist-Risiken übernehmen muss.

301 Da sie entscheidend für die Wärmewende vor Ort ist, setzen wir auf eine verpflichtende kommunale  
302 Wärmeplanung und deren schnelle Umsetzung. Dazu gehört auch die Kühlung im Sommer. So können wir  
303 die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Wärmenetze senken und Abwärme stärker nutzen. Die Wärmenetzbetreiber  
304 unterstützen wir beim Umstieg auf klimaneutrale Nah- und Fernwärmeerzeugung. Industrielle Abwärme

305 ist kostbare Energie, die wir innerhalb und außerhalb der Betriebe zum Beispiel durch das Einspeisen in  
306 Nah- und Fernwärmenetze nutzen wollen. Durch die Einführung geeigneter Grenzwerte für Abluft- und  
307 Abwassertemperaturen forcieren wir die Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung. Damit kommunale  
308 Verwaltungen ein Grundgerüst haben, um vor Ort Quartiersplanungen anzugehen, bauen wir auf  
309 Landesebene die Bereitstellung von Daten u.a. zur Wärmeplanung, für die Quartiersentwicklung und für  
310 kalte Nahwärmenetze für die Kommunen über einen öffentlich zugänglichen Energieatlas aus.

### 311 ***Energiekosten vermeiden***

312 Die beste Energie ist die, die gar nicht erst gebraucht wird. Daher geht Einsparung und Effizienz von  
313 Energieverbrauch immer vor Ersatz. Mit dem Niedersachsen-Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) und der  
314 Landesgesellschaft Wohnen und Klima (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen) geben wir daher  
315 vor allem Anreize zur Einsparung und Vermeidung von Energie. Wir wollen, dass die sparsamsten und  
316 effizientesten Geräte, Fahrzeuge und Gebäude aus Niedersachsen kommen und berücksichtigen bei  
317 unseren Förderprogrammen daher besonders Energieeffizienz und Energievermeidung.

318 Bislang viel zu wenig Beachtung gefunden hat die sogenannte „graue Energie“, also die Energie, die in  
319 den Bau oder die Herstellung von Gebäuden oder Produkten geflossen ist, und bei neuen Gebäuden über  
320 den gesamten Lebenszyklus oft bereits die Hälfte der Energie ausmacht. Baumaterialien wie Beton sind  
321 sehr klimaintensiv, daher machen wir Niedersachsen mit einer Recyclingoffensive und einem  
322 Sanierungsvorrang fit für die Bauwende. (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen)

### 323 ***Grüner Wasserstoff als niedersächsischer Standortvorteil***

324 Grüner Wasserstoff ist unabdingbares Element der Energiewende. Durch die hohen Energieverluste bei  
325 der Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff wird er jedoch auch auf absehbare Zeit  
326 teuer und wenig verfügbar sein. Deswegen muss grüner Wasserstoff vorrangig für all jene  
327 Anwendungsfelder vorgesehen werden, die nicht direkt auf erneuerbaren Strom umgestellt werden  
328 können, wie die Chemie- und Stahlindustrie, aber auch den Schiffs- und Flugverkehr. Die Beimischung  
329 von Wasserstoff in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze oder die Umstellung der PKW-Flotte auf  
330 Wasserstoff ergibt klimapolitisch keinen Sinn und würde nur die Wasserstoffknappheit für die Industrie  
331 vergrößern.

332 Ohne erneuerbaren, grünen Strom gibt es keinen grünen Wasserstoff. Jede Wasserstoff-strategie muss  
333 daher an einen entsprechend hohen Ausbau der Erneuerbaren Energien und an eine  
334 Energieeffizienzstrategie gekoppelt sein. Wir wollen Niedersachsen zum grünen Industrieland Nummer 1  
335 machen und im Ausbau der Erneuerbaren sowie der Wasserstoff-herstellung vorangehen (vgl. Innovatives  
336 Niedersachsen).

337 Um darüber hinaus bestehende Bedarfe zu decken, muss bei einem Import von Wasserstoff sichergestellt  
338 sein, dass dieser auch wirklich grün ist. Wir unterstützen aus Niedersachsen den Einsatz der  
339 Bundesregierung für eine europaweite, transparente und sichere Zertifizierung. Der gleiche Fehler wie  
340 beim Erdgas darf nicht beim grünem Wasserstoff wiederholt werden – wir wollen keine gefährliche  
341 Abhängigkeit von Unrechtsstaaten wie Russland oder Saudi-Arabien. Daher setzen wir auf den  
342 konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Stärkung von Energiepartnerschaften innerhalb  
343 der Europäischen Union (EU) sowie mit weiteren demokratisch geführten Staaten unter Beachtung der  
344 Menschenrechte und auf Augenhöhe. Wilhelmshaven wollen wir zur Drehscheibe von Importen,  
345 Speicherung und Regasifizierung für grün produzierten Wasserstoff und Bio-Methan machen. Grünem  
346 Wasserstoff kommt langfristig auch die Rolle zu, die Energieüberschüsse des Sommers in den  
347 energiehungrigen Winter zu transferieren.

#### 348 ***Ausstiegsplan für die Nutzung von Erdöl und Erdgas – fossile Rohstoffe im Boden lassen***

349 Wir beenden die Abhängigkeit von fossilen Energien, indem wir nicht nur aus der Kohle-, sondern auch  
350 aus der Erdgas- und Erdölnutzung aussteigen. Erdgas ist dabei kein klimafreundlicher Brückenkraftstoff,  
351 sondern selbst Klimakiller. Die Klimawirkung von Methan, Hauptbestandteil von Erdgas, ist dabei je nach  
352 Betrachtungszeitraum 20- bis 100-mal stärker als bei CO<sub>2</sub>. Damit haben sogar kleine Mengen einen  
353 riesigen Treibhauseffekt.

354 Niedersachsen ist bei der Förderung klimaschädlichen Erdgases Spitzenreiter. 96% der deutschen  
355 Erdgasförderung und rund ein Drittel der deutschen Erdölförderung finden in Niedersachsen statt. Klar ist:  
356 wollen wir das Klima schützen, müssen wir in ein paar Jahren auch aus der Förderung von Erdgas und  
357 Erdöl ausgestiegen sein. Ohne den Einsatz von Fracking lassen sich die weit ausgezehten  
358 niedersächsischen Öl- und Gaslagerstätten in wenigen Jahren sowieso nicht mehr weiter ausfördern. Wir  
359 wollen den Ausstieg daher proaktiv begleiten und mit Blick auf die Versorgungssicherheit möglichst  
360 frühzeitig Planungssicherheit schaffen. Auch für den Schutz unserer Umwelt und der Anwohner\*innen,  
361 wie u.a. die riesige Leckage giftigen Lagerstättenwassers in Emlichheim und die regelmäßig  
362 vorkommenden förderinduzierten Erdbeben in den Förderregionen zeigen, ist ein klarer Ausstiegsplan aus  
363 der Öl- und Gasförderung und eine Ablösung des Bundesberggesetzes durch ein Ausstiegsgesetz  
364 unabdingbar. Ab sofort sollen keine neuen Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen mehr erteilt und das  
365 Ende der Erdgas- und Erdölförderung für spätestens 2030 festgelegt werden. Als kurzfristige, erste  
366 Maßnahme schließen wir in Niedersachsen Erdgas- und Erdölvorhaben in Schutzgebieten gesetzlich klar  
367 aus und machen Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle Vorhaben verpflichtend. In Bezug auf die  
368 aktuell noch laufenden Förderungen nutzen wir alle Landesspielräume für hohe Sicherheitsauflagen und  
369 deren Kontrolle. Wir setzen uns für ein dauerhaftes und bundesweites Verbot von Fracking in jeder Form  
370 und für jede Gesteinsart ein. Das Verursacherprinzip stärken wir auch bei der Erdöl- und Erdgasförderung

371 und erhöhen daher die Gebühren und Abgaben für Förderunternehmen. Auf Bundesebene setzen wir uns  
372 für ein verpflichtendes, dauerhaftes und unabhängiges Monitoring der Gasleitungen ein, um  
373 klimaschädliche Methanleckagen einzudämmen.

374 Jeder Euro, der heute noch fossile Infrastrukturen finanziert, verzögert eine ambitionierte Energiewende  
375 und bedeutet unnötige Kosten. Dies trifft grundsätzlich auf die Planungen zum Bau von Flüssigerdgas-  
376 Importterminals (LNG-Terminals) an der niedersächsischen Küste zu. Niedersachsen und Deutschland  
377 werden in den nächsten Jahren auch den Erdgasverbrauch deutlich absenken müssen. Nur so werden wir  
378 unabhängig von fossilen Energieträgern und können uns vor hohen Energiepreisen schützen. Wir lehnen  
379 daher den Bau von LNG-Terminals weiterhin ab und wollen stattdessen den Bau von grünen Wasserstoff-  
380 Terminals insbesondere in Wilhelmshaven vorantreiben. Soweit LNG-Terminals aufgrund der aktuellen  
381 geopolitischen Lage erforderlich sein sollten, müssen sie Greengas-ready sein und eine befristete  
382 Betriebsgenehmigung erhalten

## 383 ***Mobil in Niedersachsen***

384 Mobilität ist für uns ein Grundrecht und Grundlage für ein gutes, selbstbestimmtes Leben und  
385 gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass alle Menschen in Stadt und Land schnell, sicher und bequem  
386 ans Ziel kommen. Wir wollen Niedersachsen zum Vorreiter nachhaltiger und sozialgerechter Mobilität  
387 machen.

388 Wir gestalten einen attraktiven ÖPNV und streben perspektivisch eine Mobilitätsgarantie mit  
389 verbindlichen Standards an. Im ländlichen Raum wollen wir ÖPNV neu und innovativ denken: ein  
390 flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV, Ridepooling-Dienstleistungen und online buchbare Rufbusse  
391 können dort Bahn und Linienbusse ergänzen. Wir bauen das Angebot im Schienenverkehr aus und sorgen  
392 dafür, dass Anschlüsse zuverlässig und Umsteigezeiten kurzgehalten werden. Mit attraktiven Angeboten  
393 wollen wir den Nahverkehr günstiger und attraktiver machen. Wir wollen, dass Fahrrad fahren sicherer  
394 und bequemer und Niedersachsen damit zum echten Fahrradland wird. Wir wollen dafür sorgen, dass es  
395 überall gut ausgebaute Radwege gibt, ausreichend sichere Radabstellplätze zur Verfügung stehen und  
396 unkompliziert Fahrräder geliehen werden können. Wir wollen Rahmenbedingungen dafür setzen, dass das  
397 Kombinieren verschiedener Verkehrsmittel einfach und flexibel funktioniert. Zahlreiche  
398 Mobilitätsstationen sollen Bahn, Bus, Rad, Auto und Sharingangebote verknüpfen.

399 In unseren Städten wollen wir den Platz neu aufteilen und damit mehr Flächen für den Rad- und  
400 Fußverkehr und für Begegnungen im öffentlichen Raum schaffen. Wir machen klimafreundliche  
401 Fortbewegung so attraktiv, dass immer weniger Autofahrten nötig werden.

## 402 ***Klimaneutral mobil: Das Ziel klar vor Augen***

403 Die amtierende Landesregierung aus SPD und CDU nimmt ihre selbstgesteckten Klimaziele nicht ernst  
404 und verfehlt sie. Die Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs in Niedersachsen nimmt stetig  
405 zu; der PKW-Bestand auf unseren Straßen wächst und die Emissionen im Verkehrssektor sind auch in  
406 Niedersachsen annähernd unverändert geblieben. Wir wollen im Zusammenspiel mit der EU, der Bundes-  
407 und der kommunalen Ebene die Verkehrswende einleiten und alles tun, was notwendig ist, damit  
408 Niedersachsen seinen fairen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel leistet. Mit einem kontrollierbaren CO<sub>2</sub>-Budget  
409 und verbindlichen Reduktionszielen für den Verkehrssektor in Niedersachsen stellen wir im engen  
410 Zusammenspiel mit der Ampelkoalition im Bund sicher, dass unsere Bemühungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion  
411 erfolgreich sind. Durch kluge Siedlungsplanung und Digitalisierung werden wir das Verkehrsaufkommen  
412 reduzieren und die klimaschonende individuelle Mobilität verbessern (vgl. Klimaschonende  
413 Siedlungsentwicklung).

414 Die Verkehrsleistung des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr sowie Sharing-Dienste)  
415 wollen wir stark erhöhen. Die Verkehrsleistung des PKW-Verkehrs reduzieren wir maßgeblich und  
416 verlagern einen möglichst hohen Anteil der in Niedersachsen transportierten Güter auf die Schiene und  
417 Wasserwege verlagern. Mit einem wirksamen Klimagesetz mit entsprechenden Zielen und Maßnahmen im  
418 Verkehrssektor setzen wir den Rahmen für eine nachhaltige, klimafreundliche und verlässliche Mobilität.

#### 419 ***Garantiert mobil - die Mobilitätsgarantie für Niedersachsen***

420 Immer mehr Straßen, die Stilllegung von Bahnstrecken und ein häufig kaum über den  
421 Schüler\*innenverkehr hinausgehender Busverkehr haben dafür gesorgt, dass Mobilität in Niedersachsen  
422 viel zu oft vom eigenen Auto abhängig ist. Auf diese Weise werden immer mehr Menschen in ihren  
423 gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Wenn in den Tagesrandzeiten, am Wochenende  
424 oder in den Ferien das Nahverkehrsangebot stark ausgedünnt ist oder ganz fehlt, ist der ÖPNV keine  
425 Alternative zum eigenen Auto. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit einer Mobilitätsgarantie für  
426 Niedersachsen perspektivisch Mobilität für alle gewährleisten – unabhängig von Wohnort, Alter und  
427 Einkommen. Unsere Mobilitätsgarantie ist das Versprechen, dass alle Personen im ländlichen Raum von  
428 Niedersachsen mit dem Nahverkehr mobil sein können. Ziel ist, dass jeder Ort von früh morgens bis  
429 nachts mindestens in einem stündlichen Takt angebunden werden soll. Dort, wo Linienverbindungen  
430 weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sind, setzen wir auf tariflich in den ÖPNV integrierte  
431 Bedarfsverkehre, um die Bürger\*innen abzuholen. Sämtliche Angebote der Mobilitätsgarantie sollen  
432 verkehrsträgerübergreifend tariflich in den ÖPNV integriert sein. Um in Niedersachsen Vorreiterin zu  
433 werden, erproben wir das über Modellprojekte, um es langfristig aufs ganze Land auszuweiten.

#### 434 ***Sauber und mobil durch Stadt und Land: Mobilitätswende praktisch vor Ort***

435 Die Alltagsmobilität muss dort organisiert werden, wo Menschen wohnen, arbeiten und leben. Kommunen  
436 nehmen eine Schlüsselrolle dabei ein, die Verkehrswende vor Ort umzusetzen – denn niemand kennt die  
437 Mobilitätsbedürfnisse der Menschen so gut wie sie selbst. Wir sorgen dafür, dass ein gutes ÖPNV-Angebot  
438 im ganzen Land besteht und dass Kommunen dabei unterstützt werden, die konkrete Ausgestaltung des  
439 Angebots entsprechend der Bedürfnisse ihrer Einwohner\*innen zu realisieren. Verbindliche Ziele und  
440 Maßnahmen, um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen und eine Mobilität ohne Auto günstig und  
441 komfortabel sicherzustellen, sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Klimaberichte. Um  
442 Kommunen noch mehr Gestaltungsspielräume zu geben, wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür  
443 schaffen, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, die sie dazu nutzen  
444 den ÖPNV zu stärken.

#### 445 ***Grundlage für einen starken ÖPNV: eine solide Finanzierung***

446 Wir werden das weitestgehend veraltete Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG) novellieren und an  
447 den Anforderungen einer notwendigen Mobilitätswende vor Ort ausrichten. Wir wollen mehr Geld ins  
448 System geben und dieses fair nach transparenten Kriterien verteilen. Wir wollen dafür sorgen, dass Busse  
449 und Bahnen umfassend und flächendeckend barrierefrei werden. Zur Unterstützung der kommunalen  
450 ÖPNV-Aufgabenträger verankern wir im NNVG, dass das Land Mittel bereitstellt, die ausschließlich für die  
451 Herstellung von Barrierefreiheit im ÖPNV verwendet werden. Auch die kommunalen Nahverkehrspläne  
452 müssen entsprechend der Ziele der Barrierefreiheit weiterentwickelt werden. Das Niedersächsische  
453 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) dient der Förderung von Kommunen beim Bau von  
454 Straßen und Radwegen sowie Investitionen in den ÖPNV – und braucht dringend ein Update. Wir richten  
455 es bedarfsgerecht neu aus, nehmen den Fußverkehr auf, weiten Fördertatbestände aus und setzen  
456 Prioritäten so, dass die Mittel zu 75 Prozent in den Umweltverbund fließen. Besonders klimafreundliche  
457 Projekte werden wir honorieren und dazu die Höhe des Fördersatzes an die CO2-Wirkung koppeln. Im  
458 Rahmen der NGVFG-Novelle stellen wir auch die Busbeschaffung auf klimaneutrale Antriebe um. Anders  
459 als die große Koalition bisher bemühen wir uns für die Realisierung der Verkehrswende aktiv um die vom  
460 Bund zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und die  
461 höheren in Aussicht gestellten Regionalisierungsmittel.

#### 462 ***Niedersachsen ist am Zug - Infrastrukturoffensive für die Schiene***

463 Etwa jeder 10. Regionalzug in Niedersachsen ist verspätet – ein Zustand, der endlich beendet werden  
464 muss. Wir vergrößern die Kapazitäten im Regionalbahnverkehr in den nächsten Jahren massiv, bieten  
465 höhere Taktungen an und steigern die Zuverlässigkeit. Dazu nutzen wir gezielt die in Aussicht gestellten  
466 höheren Regionalisierungsmittel des Bundes und steigern die Investitionen des Landes für den  
467 Nahverkehr. Für einen qualitätsorientierten Kapazitätsausbau werden wir die erweiterten  
468 Fördermöglichkeiten des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes des Bundes konsequent nutzen. Um die  
469 Leistungsfähigkeit des Schienennetzes weiter zu steigern, soll das Land eine führende Rolle beim Rollout  
470 der digitalen Zugsicherungstechnik ETCS einnehmen. Wir richten die Vergabekriterien des Landes an der  
471 Erreichung dieses Zieles aus und nutzen die Gelder aus dem GVFG-Bundesprogramm zur Elektrifizierung  
472 von Bahnstrecken, um zügig weitere Strecken zu elektrifizieren.

473 Mehr als 100 Bahnstrecken und viele hunderte Bahnkilometer wurden in Niedersachsen in den letzten 60  
474 Jahren stillgelegt. Viele dieser Bahnstrecken existieren bis heute und können verhältnismäßig leicht  
475 reaktiviert werden, um insbesondere die Mobilität in ländlichen Räumen zu verbessern. 2013 hat  
476 Landesregierung unter GRÜNER Beteiligung den Reaktivierungsprozess stillgelegter Bahnstrecken für den  
477 Personennahverkehr auf den Weg gebracht, den die aktuelle SPD/CDU-Regierung seitdem kräftig bremst.  
478 Wir GRÜNEN werden wieder aktiv Strecken zur Bundesförderung anmelden sowie mit einer

479 landeseigenen Konzeption, die wir gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln, den  
480 Reaktivierungsprozess voranbringen. Zur Finanzierung der Reaktivierung nutzen wir die stark  
481 ausgeweiteten Fördermöglichkeiten des GVFG-Bundesprogramms. Da, wo trotz stärkerer  
482 Siedlungsentwicklung, touristischer Zwecke und sozialer Aspekte eine Reaktivierung nicht wirtschaftlich  
483 ist, sorgen wir mit Schnellbuslinien für gute Anbindung.

#### 484 ***Mit dem Niedersachsentakt sorgen wir für Verlässlichkeit und kurze Umstiegszeiten***

485 Den Regionalverkehr stimmen wir GRÜNEN durch einen Niedersachsentakt gezielt mit geplanten  
486 Deutschlandtakt des Fernverkehrs ab, so dass künftig für alle Umsteigezeiten kürzer werden.  
487 Regionalbahnstrecken mit überregionaler Bedeutung, müssen in den Deutschlandtakt integriert werden.  
488 Die Vergabeverfahren für den schienengebundenen Nahverkehr entwickeln wir stetig weiter und stellen  
489 in allen Bereichen sicher, dass Verlässlichkeit und Qualität entscheidende Auswahlkriterien sind und  
490 unzureichende Leistungserfüllung der Verkehrsunternehmen wirksam sanktioniert werden. Auch in  
491 Niedersachsen zeichnet sich ein Trend ab, dass große, internationale und primär an Gewinnen  
492 orientierten Unternehmen eine immer wichtigere Rolle auf dem Markt spielen. Mangelnde lokale  
493 Verankerung und starke Fokussierung auf Gewinne führte in letzter Zeit immer wieder zu  
494 Qualitätseinbußen. Wir wollen die lokal verankerten Eisenbahnunternehmen stärken. Dem  
495 Lokführer\*innenmangel wollen wir GRÜNEN durch eine niedersächsische Ausbildungsoffensive  
496 entgegenwirken und bei neuen Zielgruppen für den Beruf werben. Um die Kapazitäten im Nahverkehr zu  
497 erweitern, und leere 1.Klasse Abteile bei gleichzeitig überfüllten 2.Klasse Abteile zu vermeiden, wollen  
498 wir die 1. Klasse in Zügen des Nahverkehrs abschaffen. Wir wollen für eine moderne Ausstattung der  
499 Züge mit Tischen, kostenlosem WLAN, Steckdosen und Fahrgast-informationen sorgen. Wir wollen die  
500 Möglichkeiten für die Fahrradmitnahme erhöhen und streben eine faire zeitlich einheitliche  
501 Tarifgestaltung an. Zur Stärkung des kombinierten Bahn- und Fahrradverkehrs, schaffen wir mehr  
502 Fahrradstellplätze und dazugehörige Infrastruktur an den Bahnhöfen. Park and Ride sowie Bike and Ride  
503 Angebote entwickeln wir gemeinsam mit den Kommunen weiter und denken dabei auch Ladeinfrastruktur  
504 für Pedelecs und Elektrofahrzeuge mit.

#### 505 ***Bezahlbare Mobilität ohne Tarifschunzel ist möglich***

506 Wir wollen, dass man sich in ganz Niedersachsen mit Bus und Bahn nach dem Prinzip „Eine Fahrt, eine  
507 Fahrkarte“ bewegen kann. Dafür planen wir perspektivisch, die Tarif- und Vertriebsstruktur landesweit zu  
508 vereinheitlichen. Wir setzen uns für ein Umweltticket als ein bezahlbares und landesweit gültiges  
509 Tarifangebot im Monats- oder Jahresabo ein – ergänzend zu den regionalen Angeboten. Wir unterstützen  
510 das Prinzip der „Eine App für alles“-Auskunft, die die Buchung sämtlicher Mobilitätsdienstleistungen  
511 vereinfacht. Die Schaffung der nötigen öffentlichen Schnittstellen bringen wir voran, indem wir dafür

512 sorgen, dass alle Mobilitätsdienstleister in Niedersachsen Daten vollständig, interoperabel, barriere- und  
513 kostenfrei zur Verfügung stellen.

514 Jugendliche in Niedersachsen sollen für wenig Geld mobil sein können. Der Weg zur Schule oder  
515 Berufsschule, aber auch zur Ausbildungsstätte oder in die Dienststellen der Freiwilligen Dienste soll  
516 nichts zusätzlich kosten. Die Fahrtkostenerstattung weiten wir deshalb auf Schüler\*innen der  
517 Sekundarstufe II und auf Auszubildende aus. Mit einem landesweit gültigen Sozialticket zum Preis von  
518 365 Euro pro Jahr machen wir in einem ersten Schritt Auszubildende, Schüler\*innen, Menschen mit  
519 geringem Einkommen und Freiwilligendienstleistende mobil. Allen, die keinen Anspruch auf ein 365€-  
520 Ticket haben, wollen wir ein landesweit gültiges Klimaticket für 2 Euro pro Tag bzw. 730 Euro pro Jahr  
521 anbieten.

### 522 ***Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr***

523 Alle 15 Minuten verunglückt in Niedersachsen ein Mensch im Straßenverkehr und alle vier Stunden ist  
524 dieser Mensch ein Kind. Hauptursache für schwere Verkehrsunfälle bleiben überhöhte Geschwindigkeiten.  
525 Ein besonders hohes Risiko für Unfälle haben oft die Schwächsten: unter anderem Kinder, Senior\*innen,  
526 Fußgänger\*innen und Radfahrende. Wir verfolgen die Vision Zero: Niemand soll im Straßenverkehr  
527 sterben. Dabei ist klar: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen nicht sinken. Daher setzen wir uns  
528 weiterhin gemeinsam mit vielen Bürger\*innen auf Bundesebene für eine Begrenzung der  
529 Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Autobahnen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
530 Bundesländer die Freiheit bekommen, Tempo 80 auf Landstraßen und 30 km/h innerorts als  
531 Regelgeschwindigkeit einzuführen. Die Entscheidungsspielräume zur Umsetzung von Tempolimits, die die  
532 Bundesregierung den Ländern in Aussicht gestellt hat, nutzen wir konsequent zur  
533 Geschwindigkeitsreduktion und Unfallprävention. Damit Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem  
534 Rad zur Schule kommen können und so schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu  
535 bewegen, treiben wir die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen voran. Der Einbau bzw. die  
536 Nachrüstung von Abbiegeassistenten in LKW ist uns ein wichtiges Anliegen.

### 537 ***Damit sich was dreht: Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1 machen***

538 Rund die Hälfte der Wege, die in Deutschland mit dem Auto zurückgelegt werden, sind kürzer als fünf  
539 Kilometer. Strecken also, die die meisten auch gut dem Rad bewältigen könnten. In Niedersachsen  
540 pendeln täglich rund 3,7 Millionen Berufstätige zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Mehr als 61 Prozent  
541 tun dies mit dem Auto und nur 15 Prozent mit dem Rad. Dabei würde rund die Hälfte der Pendler\*innen  
542 häufiger das Fahrrad nutzen, wenn es ein qualitativ gutes und sicheres Radwegenetz gäbe. Der Fokus rot-  
543 schwarzer Verkehrspolitik lag bis jetzt allerdings auf dem Auto. Nicht selten wurden gar für das Fahrrad  
544 vorgesehene Mittel für den Straßenbau zweckentfremdet. Wir treten ein für ein klares Bekenntnis zur

545 Fahrradpolitik als ein Baustein zur Mobilitätswende. Mit einer fahrradfreundlichen Infrastruktur und mehr  
546 Sicherheit für Radfahrer\*innen wollen wir mehr Menschen vom Radfahren überzeugen. Damit die aktive  
547 Mobilität endlich den notwendigen Stellenwert in der Landespolitik bekommt, richten wir die  
548 Verkehrsverwaltung neu aus und stärken sie so, dass die Förderung des Umweltverbundes endlich mit  
549 dem nötigen Nachdruck realisiert werden kann.

550 Ein großer Teil der Radwegeverbindungen, die Menschen täglich nutzen, liegt innerhalb von Kommunen  
551 oder in der Verantwortung von Landkreisen. Das wichtigste landesseitige Förderprogramm zum Bau von  
552 Radverkehrsanlagen in den Kommunen ist die Förderungen nach dem niedersächsischen  
553 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG). Förderbedingungen, Fördertatbestände und  
554 Fördersummen decken sich jedoch nicht immer mit dem tatsächlichen Bedarf der Kommunen. Das  
555 werden wir ändern, in dem wir die Bagatellklausel anpassen, die Fördertatbestände ausweiten und die zur  
556 Verfügung stehenden Mittel erhöhen: Von den 75 Millionen Euro für kommunalen Straßenbau  
557 verfügbaren Mitteln sollen in einem ersten Schritt mindestens 20 Millionen Euro für Radwegeprojekte  
558 verwendet werden. Perspektivisch ist unser Ziel, dass 80 Prozent dieser Mittel in den Bau von  
559 Radverkehrsanlagen fließen. Außerdem soll kommunaler Straßenbau nur noch dann gefördert werden,  
560 wenn ausreichend Raum für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen in den Planungen berücksichtigt wird.  
561 Damit einzelne Radverkehrsprojekte nicht im luftleeren Raum entstehen, sorgen wir dafür, dass die  
562 Kommunen im Rahmen ihrer Klimaschutzplanungen Fahrradmobilitätskonzepte erstellen. Dabei  
563 unterstützen wir sie. Die Vergabe von Fördermitteln im Radverkehrsbereich binden wir an ein aktuelles  
564 Radverkehrskonzept und die Einhaltung von Standards.

565 Wie bereits in vielen anderen Bundesländern geschehen, arbeiten wir auch in Niedersachsen am Aufbau  
566 eines flächendeckenden Radverkehrsnetzes, damit es im ganzen Land gute Radwege gibt, die nicht an der  
567 Landkreisgrenze enden. Radwege sollen zuerst da gebaut werden, wo sie am dringendsten benötigt  
568 werden: Deshalb braucht es landesseitig eine systematische Vorrangplanung, um bestimmte, über  
569 kommunale Grenzen hinaus bedeutsame Radwegeverbindungen besser zu fördern und beschleunigt  
570 umzusetzen. Gerade im ländlichen Raum fehlt es viel zu oft an straßenbegleitenden Radwegen. Straßen  
571 ohne Radwege soll es nur noch in begründeten Ausnahmefällen geben. Wir gehen seitens des Landes  
572 voran und initiieren entlang von Landstraßen 1.000 km Fahrradweg. Damit senken wir den Anteil der  
573 Landstraßen ohne begleitenden Radweg deutlich. Bei Sanierung oder Neubau von Landesstraßen prüfen  
574 wir grundsätzlich, ob eine Ertüchtigung oder ein Neubau eines Radweges erfolgen sollte, um den  
575 Radverkehr optimal zu führen, und setzen dies wo immer möglich um. Auch für Ausbau und Sanierung  
576 von Radwegen an Landesstraßen wollen wir zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Gegenüber der  
577 Bundesregierung setzen wir uns dafür ein, dass der Radwegeanteil an Bundesstraßen deutlich erhöht  
578 wird. Unser Ziel ist, dass das Land Niedersachsen die Schaffung von Radschnellwegen, die Fahrzeiten

579 erheblich verkürzen, auch als Landesaufgabe versteht und gemeinsam mit den Kommunen zügig neue  
580 Radschnellverbindungen baut.

581 Wir fördern die Anschaffung von Lastenrädern und Fahrradanhängern. Dazu erweitern wir das bisherige  
582 Landesförderprogramm für gewerbliche und private Nutzer\*innen und bauen es aus. Leihrad- und  
583 Leihlastenradangebote wollen wir als ergänzenden Teil der Nahverkehre fördern. Dafür verbinden wir  
584 Buchungssysteme mit dem Nahverkehr und schaffen Möglichkeiten, Leihradssysteme in das Tarifsystem zu  
585 integrieren. Unseren Landesbeschäftigten stellen wir noch mehr Diensträder zur Verfügung und machen  
586 allen Landesbediensteten ein Angebot zum Leasen eines Jobrads.

### 587 ***Gut zu Fuß***

588 Ob zu Fuß, mit Kinderwagen oder im Rollstuhl – alle Niedersächs\*innen sind im Alltag auf gute Fußwege  
589 angewiesen: Gehen hält gesund, hebt die Stimmung und viel begangene Straßen beleben unsere Städte  
590 und Gemeinden. In der Verkehrs- und Stadtplanung spielt der Fußverkehr allerdings meist nur eine  
591 untergeordnete Rolle. Das ändern wir und sorgen dafür, dass Fußgänger\*innen und Rollstuhlfahrer\*innen  
592 sowie Menschen mit Behinderungen sicher ans Ziel kommen. Unser Ziel ist, dass der öffentliche Raum  
593 persönliche Begegnungen und Freiraum ermöglicht. Raumkonflikte dürfen nicht immer nur zwischen  
594 Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen ausgetragen werden. Der gesamte Verkehrsraum muss neu  
595 aufgeteilt werden. Diese Aufgabe müssen vor allem Kommunen vor Ort bewältigen – dabei unterstützen  
596 wir sie. Die Fördermöglichkeiten für Projekte, die der Stärkung des Fußverkehrs dienen, wollen wir mit  
597 zusätzlichen Mittel im Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausweiten. Wir  
598 unterstützen Initiativen dabei, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z. B. für Nachbarschaftsfeste,  
599 Aktionen, Kultur, Kleinkunst, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-Radwege und vieles mehr.  
600 Den Kommunen ermöglichen wir die dauerhafte Umnutzung von Straßenraum und unterstützen sie bei  
601 der rechtssicheren Umsetzung. Der Raum in unseren Städten ist begrenzt und begehrt: Mit Autos, die im  
602 Schnitt 23 Stunden am Tag stehen und viel Platz in Anspruch nehmen, nutzen wir diesen Raum  
603 ineffizient. Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen dafür, die Zahl der Autos deutlich zu reduzieren  
604 und gute Alternativen zu bieten, damit die Bürger\*innen in Niedersachsen mobiler werden.

### 605 ***Straßenneubau runterfahren, Straßenverkehr dekarbonisieren***

606 Zur Verkehrswende gehört auch, dass wir die Abhängigkeit vom motorisierten Straßenverkehr nicht  
607 vorantreiben und die ökologische Krise anheizen, indem wir immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen  
608 wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab. Im Straßenbau gilt für  
609 uns die Maxime, dass die Sanierung von Straßeninfrastruktur zum Substanzerhalt Vorrang gegenüber dem  
610 Neubau hat. Die Gelder aus dem NGVFG für den Straßenbau werden wir daher prioritär für den Erhalt von  
611 Straßenbau nutzen und Straßenneubauten nur noch in Ausnahmefällen fördern.

612 Wir sind uns bewusst, dass selbst bei größter Anstrengung für eine Verkehrsverlagerung auf Bus, Bahn  
613 und Fahrrad das Auto weiterhin einen relevanten Anteil im Mobilitätsmix haben wird. Um den  
614 notwendigen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel zu leisten, treiben wir seine Dekarbonisierung konsequent voran.  
615 Der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Niedersachsen steckt in einer Sackgasse. Deshalb braucht es jetzt  
616 eine echte Ladesäulen-Offensive, die sowohl öffentliche als auch private Ladestationen umfasst und die  
617 Automobilindustrie mit in die Pflicht nimmt. Mit Unterstützung des Bundes sorgen wir dafür, dass bis  
618 2030 in Niedersachsen 100.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte geschaffen werden. Den Fuhrpark der  
619 Landesregierung stellen wir klimaschonend auf und verankern Anforderungen für alternative Antriebe für  
620 die Dienstfahrzeuge in den Beschaffungsrichtlinien.

### 621 ***Güterverkehr: Verladen und dekarbonisieren***

622 Immer mehr Güter werden auf immer mehr LKW durch Niedersachsen transportiert – der Anteil an LKWs  
623 mit klimafreundlichen Antrieben hingegen bleibt gering. LKW belasten unsere Straßen stärker als PKW  
624 und sind wesentlich für die Lärmbelastung durch den Straßenverkehr verantwortlich. Der Anteil der  
625 Schiene am gesamten Güterverkehrsaufkommen ist noch immer viel zu gering: Nicht einmal 20 Prozent  
626 aller Güter werden auf der Schiene transportiert. Die Gründe dafür sind vielfältig: Ein Mangel an  
627 verfügbaren Trassen, mangelnde Flexibilität, massive Verspätungen und überhöhte Trassenpreise sorgen  
628 dafür, dass der Schienengüterverkehr für viele Transportwege nicht wettbewerbsfähig ist. Wir GRÜNEN  
629 sorgen dafür, dass ein möglichst hoher Anteil des Güterverkehrs schnell von der Straße auf die Schiene  
630 verlagert wird. Dafür hat insbesondere das niedersächsische Hinterland der Seehäfen eine  
631 herausgehobene Bedeutung. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass der Ausbau der  
632 Schieneninfrastruktur schnell vorangetrieben wird – insbesondere der Ausbau der überlasteten Nord-Süd-  
633 Achse (Hamburg-Hannover), die für den Seehafenhinterlandverkehr von besonderer Bedeutung ist. Damit  
634 das Projekt den Erfordernissen der Verkehrswende gerecht wird, muss es sowohl den Bedarfen einer  
635 Güterverkehrsverlagerung als auch dem berechtigten Interesse der Region nach erweitertem Lärmschutz  
636 und Verbesserungen im Nahverkehr gerecht werden. Wir wollen Gleisanschlüsse für große  
637 Gewerbegebiete (wieder)herstellen, mit Umschlagplätzen für Lkw kombinieren und neue Zentren für den  
638 kombinierten Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten fördern.

639 Es wird auch weiterhin ein relevanter Teil des Güterverkehrs über Straßen transportiert werden. Damit  
640 auch dieser Verkehr klimaneutral wird, prüfen wir, inwiefern eine Elektrifizierung von Autobahnen,  
641 Bundes- und Landstraßen notwendig ist und welchen Beitrag Niedersachsen dazu leisten kann.

### 642 ***Für einen nachhaltigen Schiffsverkehr***

643 Der Schiffsverkehr hat eine herausragende Rolle im internationalen Welthandel inne: Über 90 Prozent des  
644 interkontinentalen Warenaustausches finden auf dem Seeweg statt. Deutschland wickelt über 60 Prozent

645 seiner Exporte über den Seeweg ab und erhält den Großteil seiner Importe per Schiff. Der Anteil der  
646 Seetransportkosten am Preis eines Produkts ist in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer  
647 geworden und inzwischen fast zu vernachlässigen. Das Schiff ist einer der umweltfreundlichsten  
648 Verkehrsträger, kann und muss aber gerade mit Blick auf die Schwefel- und Stickoxidemissionen noch  
649 besser werden. Während ein LKW rund 200 Gramm CO<sub>2</sub> je Tonnenkilometer ausstößt, kommt das  
650 Seeschiff mit 15 Gramm CO<sub>2</sub> aus. Die EU-Kommission hat im Rahmen ihres Gesetzespaketes Fit for 55  
651 Vorschläge gemacht, wie die internationale Seeschifffahrt in den kommenden Jahren durch Einbeziehung  
652 in den Emissionshandel und Anreize zur Nutzung alternativer Schiffstreibstoffe klimafreundlicher  
653 gestaltet werden kann. Wir begrüßen diese Vorschläge. Über die landeseigene Hafenbetreiberin  
654 Niedersachsen Ports GmbH werden wir dafür sorgen, dass die von der EU-Kommission angestrebte  
655 Versorgung der in den Häfen liegenden Schiffe mit Landstrom zügig umgesetzt wird. Wir setzen uns dafür  
656 ein, dass die Anti-Fouling-Anstriche, die eine Besiedlung des Schiffsrumpfes mit Muscheln und Seepocken  
657 verhindern sollen, künftig nicht mehr mit Giftstoffen belastet sind.

## 658 ***Innovatives Niedersachsen***

### 659 ***Niedersachsens Wirtschaft voranbringen: Klimaneutral und zukunftsfähig***

660 Die Niedersächsische Wirtschaft mit ihren über 4,1 Millionen Erwerbstätigen steht vor mehreren  
661 historischen Herausforderungen: Unsere Wirtschaft muss klimaneutral werden und sie muss die mit der  
662 Digitalisierung einhergehenden Umbrüche zielgerichtet gestalten. Nur wenn wir diese Herausforderungen  
663 annehmen, wird es gelingen, Unternehmen zukunftssicher aufzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und  
664 neue zu schaffen sowie klimagerechten Wohlstand zu gestalten. Viel zu lange haben CDU- und SPD-  
665 geführte Regierungen in Bund und Land versucht, etwa der für Niedersachsen besonders wichtigen  
666 Automobilindustrie zu ermöglichen, weiterhin auf Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren zu setzen,  
667 obwohl dieser Antrieb keine Zukunft hat. Das Beharren auf dem Status quo verbaut die Chancen von  
668 morgen: Wir GRÜNEN wollen, dass Niedersachsen vom Land der Verbrennungsmotoren zum Vorreiter der  
669 klimagerechten Mobilität wird.

670 Gleiches gilt für die zweite zentrale Herausforderung für die Wirtschaft unseres Landes, die  
671 Digitalisierung. Der Zugang zu schnellem und leistungsfähigem Internet entscheidet schon heute über die  
672 Chancen von Unternehmen. Unser Ziel ist daher eine gute digitale Infrastruktur in allen Teilen des  
673 Landes. Der Abbau von überflüssiger Bürokratie und Beschleunigung von Genehmigungen ist der  
674 Koalition aus SPD und CDU nicht gelungen. Im Gegenteil wurde durch unklare Zuständigkeiten,  
675 Kompetenzstreit, Misstrauen und fehlende Ansprechpartner\*innen in den Behörden eher zusätzliche  
676 Bürokratie aufgebaut und der Wirtschaftsentwicklung geschadet. Wir GRÜNEN identifizieren zusammen  
677 mit der Wirtschaft überflüssige Regelungen, Doppel- und Mehrfacherfassungen und Kontrollen,  
678 unzureichende Personalausstattungen in Behörden sowie unklare Zuständigkeiten und bauen sie  
679 gemeinsam ab. Auch hier kann die Bündelung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gerade  
680 auch bei der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft helfen.

681 Denn viele Unternehmen und ihre Beschäftigten haben sich bereits auf den Weg gemacht und gestalten  
682 den Wandel hin zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft. Aufgabe der Politik ist es, einen klaren  
683 unbürokratischen und verlässlichen Rahmen für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit zu  
684 setzen, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern, eine gute öffentliche Infrastruktur  
685 bereitzustellen, die Unternehmen bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfs zu unterstützen und den  
686 Arbeitnehmer\*innen die Sicherheit zu geben, bei der immer wichtiger werdenden Fort- und Weiterbildung  
687 gefördert zu werden und sozial abgesichert zu sein. Damit all das gelingt, gestalten wir GRÜNEN mit den  
688 Menschen in Niedersachsen den ökologisch-sozialen Umbau unserer Wirtschaft.

## 689 ***Den Umbau des Industriestandorts Niedersachsen unterstützen***

690 Unser Ziel ist es, den Industriestandort zu erhalten und weiterzuentwickeln. Fast 570.000 Menschen sind  
691 in den Industriebetrieben in ganz Niedersachsen beschäftigt. Vor allem der Fahrzeugbau, die  
692 Nahrungsmittelindustrie, die Chemie- und Metallindustrie spielen in unserem Land eine zentrale Rolle.  
693 Damit das so bleibt, muss sich vieles ändern. Unsere Industrie und damit eine der zentralen  
694 wirtschaftlichen Lebensadern Niedersachsens muss aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch zur  
695 Sicherung ihrer Stellung im internationalen Wettbewerb klimaneutral werden. Durch die GRÜNE  
696 Regierungsbeteiligung im Bund entstehen endlich neue Möglichkeiten und die notwendigen Impulse für  
697 den Umbau der Industrie. Diese Maßnahmen werden wir in Niedersachsen durch gezielte Wirtschafts-  
698 förderung des Landes unterstützen. Wir GRÜNEN wollen Niedersachsen gemeinsam mit den Unternehmen  
699 und ihren Beschäftigten zu einer Vorreiterin für den ökologisch-sozialen Umbau entwickeln.

700 Für den notwendigen Umbau werden wir Fördermittel, Konjunkturprogramme und Investitionszuschüsse  
701 konsequent an den Umwelt- und Klimazielen sowie an das Ziel der Beschäftigungssicherung koppeln. Ein  
702 wichtiger Impulsgeber hierfür ist die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, die wir stärken und  
703 weiterentwickeln werden, damit sie dieser Funktion gerade bei der Beratung und Förderung von  
704 Unternehmen zukünftig noch besser gerecht werden kann. Bestehende Förderkulissen gilt es so  
705 umzugestalten, dass sie möglichst effektiv genutzt werden können.

706 Mit Volkswagen setzt der führende Automobilkonzern Deutschlands endlich auf klimaneutrale E-Autos.  
707 Wir unterstützen den geplanten Umbau der VW-Standorte zu effizienten Produktionsstätten für E-Autos  
708 und die geplante Gigafactory für Batterien in Salzgitter. Hier gilt es zukünftig die Beteiligung des Landes  
709 an Volkswagen noch gezielter zu nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu befördern und den Umbau  
710 zu einem Mobilitätskonzern voranzutreiben. Zudem müssen die guten Ansätze des Batterie-Recyclings,  
711 die es in Niedersachsen gibt, ausgebaut werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass spätestens ab  
712 2030 keine neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen werden  
713 (vgl. Mobil in Niedersachsen).

714 Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele mittelständische Zulieferbetriebe verlieren mit dem Aus der  
715 Verbrennungsmotoren ihr bisheriges Geschäftsfeld, sodass sich Unternehmen komplett umstellen  
716 müssen. Wir GRÜNEN wollen diese Betriebe und ihre Beschäftigten mit Investitionshilfen, Bürgschaften  
717 und Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten dabei unterstützen, sich mit neuen Produkten  
718 zukunftsfähig aufzustellen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

719 Gerade im Bereich der energieintensiven Metall- und Chemieindustrie wird es darum gehen, die  
720 Dekarbonisierung voranzutreiben und auch über Niedersachsen hinaus eine Vorreiterrolle einzunehmen.  
721 Hierzu hat beispielsweise in der Stahlindustrie bereits ein Umdenken hin zu energieeffizienten Verfahren

722 und die Nutzung sauberer Energieformen eingesetzt, das wir GRÜNEN weiter fördern und intensivieren  
723 werden. Eine Kernherausforderung wird es sein, diese Industriezweige mit ausreichend grünem  
724 Wasserstoff zu versorgen. Hierfür werden wir die Standortvorteile Niedersachsens nutzen und den Aufbau  
725 einer entsprechenden Infrastruktur fördern. Dazu gehören Anlagen zur Produktion von Wasserstoff sowie  
726 die Infrastruktur zu dessen Transport (vgl. Energiewende gestalten). Um die Bedarfe unserer Industrie zu  
727 decken, ist in erheblichem Maße auch der Import von grünem Wasserstoff erforderlich. Hierfür besitzt  
728 Niedersachsen mit dem Jade-Weser-Port gute Voraussetzungen. Wir planen, den Standort Wilhelmshaven  
729 zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in Deutschland und Westeuropa zu entwickeln.

730 Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Industrie wird mindestens für eine Übergangszeit einen Außenschutz brauchen, um sie  
731 vor Wettbewerbsnachteilen z. B. durch den Import von mit klimaschädlicher Kohle produziertem Stahl zu  
732 schützen. Daher unterstützen wir GRÜNEN den von der EU-Kommission in ihrem Programm Fit for 55  
733 geplanten Grenzausgleichsmechanismus.

734 Nachhaltiges Wirtschaften ist kein Selbstläufer. Die Orientierung der Unternehmen zu einer nachhaltigen  
735 Produktion, weniger Energieverbrauch, zukunftsfähigen Produkten und zu einer ebenfalls  
736 zukunftsfähigen, digital unterstützten Produktion muss vom Land mit Beratungsangeboten und  
737 Investitionszuschüssen begleitet und unterstützt werden. Denn gerade die vielen kleineren Unternehmen  
738 sind mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen häufig damit überfordert, in ihrem Betrieb ein  
739 umfassendes nachhaltiges Wirtschaften zu etablieren.

#### 740 **Transformation aktiv gestalten - Ein Zukunftsfonds für die Transformation der Industrie**

741 Damit der Umbruch der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität gelingt, müssen Bund, Land, Kommunen,  
742 Unternehmen und Gewerkschaften zusammen daran arbeiten und ihre ganze Kraft und Expertise  
743 einbringen. Wir wollen einen Transformationsgipfel machen, der die Handlungsnotwendigkeiten und -  
744 möglichkeiten mit den Bedarfen und Planungen der Wirtschaft zusammenbringt. Während VW mit  
745 eigenen Akademien und viel Kapital Umbruchprozesse auch eigenständig organisieren kann und vor  
746 allem darauf angewiesen ist, dass der Staat die Schaffung benötigter Infrastruktur für beispielsweise die  
747 Energieversorgung vorantreibt, sind gerade kleinere Unternehmen auch auf Angebote zur  
748 Weiterqualifikation oder Unterstützung bei der Organisation des Umbruchs angewiesen. Hier wollen wir,  
749 dass der Staat aktiv vorgeht und klärt, wie dieser Umbruch gemeinsam gelingen kann. Die zentrale  
750 Herausforderung der klimaneutralen Ausrichtung unserer Wirtschaft und insbesondere unserer Industrie  
751 wird in den nächsten Jahren massiv Fahrt aufnehmen. Wir GRÜNE wollen Niedersachsen als Industrieland  
752 erhalten - mit starken Unternehmen, die hochwertige Produkte herstellen und gute Arbeitsplätze bieten.  
753 Hier ist das Land auch deshalb in der Pflicht, weil politische Fehlanreize eine absehbar notwendige  
754 Neuausrichtung in vielen Unternehmen verzögert haben – etwa das viel zu lange Festhalten von SPD und  
755 CDU am Verbrennungsmotor. Nun ist der Handlungsdruck gewaltig.

756 Für die Einführung klimaneutraler Prozesse und nachhaltiger Geschäftsmodelle brauchen  
757 Industrieunternehmen in Niedersachsen in den kommenden Jahren große Mengen Kapital. Gerade kleine  
758 und mittlere Unternehmen sowie Neugründungen stehen vor der Herausforderung, neben Fremdkapital  
759 (Krediten) auch die erforderliche Eigenkapitalbasis sicherzustellen, um mehrjährige  
760 Transformationsprozesse zu meistern.

761 Aus diesem Grund wollen wir in den kommenden Jahren einen groß angelegten „Zukunftsfonds  
762 Niedersachsen“ schaffen, um in die sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Niedersächsischen  
763 Wirtschaft zu investieren. Der Fonds soll nach marktüblichen Konditionen eine stille Beteiligung an  
764 Unternehmen ermöglichen, die ihre Produktionsweise zukunftsfähig umgestalten und Neugründungen  
765 mit besonders nachhaltigem Geschäftsmodell durch Wagniskapital fördern. Dabei denken wir den  
766 Zukunftsfonds von Beginn an zusammen mit anderen Fördermöglichkeiten wie Krediten und Zuschüssen.

767 Für die Anschubfinanzierung des Zukunftsfonds wollen wir öffentliches Geld einsetzen. Mittelfristig wird  
768 sich der Zukunftsfonds aus seiner Investitionstätigkeit heraus selbst tragen.

#### 769 ***Klimaschutz braucht Handwerk - Fachkräfteinitiative für den ökologisch-sozialen Wandel***

770 Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, trägt  
771 entscheidend zur ökologischen Modernisierung unseres Landes bei und stärkt regionale  
772 Wertschöpfungsketten. Ob die energetische Sanierung unserer Häuser, die Installation von Anlagen zur  
773 Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien, der Bau dringend benötigter Wohnungen oder der  
774 Ausbau der digitalen Infrastruktur: Nichts geht ohne das Handwerk. Eine zentrale Herausforderung für das  
775 Handwerk ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Etwa ein Fünftel der angebotenen Ausbildungsstellen  
776 im Handwerk kann aktuell nicht besetzt werden. Zentrales Element bei der Fachkräftesicherung unseres  
777 Handwerks ist die duale Ausbildung. Wir GRÜNEN haben diese Herausforderung im Blick und starten  
778 gemeinsam mit dem Handwerk eine große Ausbildungs- und Umschulungsinitiative und machen diesen  
779 Bereich attraktiver. Dazu wollen wir auch die Bildungsstätten des Handwerks stärken. (vgl. Gute  
780 Ausbildung und Wissenschaft gestaltet Zukunft).

781 Neben der Gewinnung von Auszubildenden muss es zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im Handwerk  
782 gelingen, die Mitarbeiter\*innen im stärkeren Maße im erlernten Beruf zu halten. Aktuell wandern rund  
783 zwei Drittel der im Handwerk ausgebildeten Mitarbeiter\*innen in andere Bereiche ab. Wesentlicher Grund  
784 dafür ist die im Vergleich zur Industrie niedrige Bezahlung. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für  
785 Tarifbindung auch im Handwerk: Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung in Niedersachsen haben wir  
786 bereits erreicht, dass die Tariftreue Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist. Darüber  
787 hinaus planen wir, die Innungen über eine Änderung der Handwerksordnung zu verpflichten, nur noch

788 tarifgebundene Betriebe aufzunehmen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). Um Frauen im Handwerk zu  
789 stärken, setzen wir uns für eine Reform des Mutterschutzes für Selbstständige ein.

790 Nach Untersuchungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks ist jede\*r vierte Betriebsinhaber\*in  
791 über 60 Jahre alt. Um die Betriebsnachfolge möglichst problemlos zu gestalten, wollen wir GRÜNEN die  
792 Beratung und Unterstützung verbessern und ein besonders zinsgünstiges Übernahmedarlehen über die N-  
793 Bank zur Verfügung stellen. Das gleiche gilt für die Förderung von Existenzgründungen und Start-ups  
794 (vgl. Start-ups gezielt fördern). Um die Übernahme des Betriebes durch Mitarbeiter\*innen zu erleichtern,  
795 setzen wir uns für einen Ausbau der Mitarbeiter\*innenbeteiligung als Instrument der  
796 Unternehmensnachfolge ein.

### 797 ***Umbau der Energieversorgung schafft Arbeit***

798 Wir GRÜNEN wollen die Energiewende gestalten, den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben  
799 und damit zugleich neue Geschäftsmodelle und gute Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen. Schon  
800 heute arbeiten über 50.000 Menschen direkt im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch den Ausbau  
801 der Nutzung von Wind und Sonne entstehen neue Arbeitsplätze in der Industrie: für die Projektierung der  
802 Anlagen, in der Installation, der Wartung und für den laufenden Betrieb. Im Bereich der Energieeffizienz,  
803 bei Herstellung und Einbau von Wärmepumpen sowie der Gebäudesanierung entstehen durch die  
804 Energiewende Tausende neue Arbeitsplätze. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Bau-, Wärme- und  
805 Verkehrswende sind Jobmotoren. Wir GRÜNEN werden diese Entwicklung konsequent vorantreiben und  
806 dabei die Arbeitnehmer\*innen beim Erwerb neuer oder zusätzlicher Qualifikationen unterstützen.

### 807 ***Digitalisierung gestalten***

808 Flächendeckendes schnelles Internet ist essentiell für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.  
809 Dass es vor allem im ländlichen Raum noch immer große Bereiche ohne schnelles Internet gibt, ist ein  
810 nicht länger hinnehmbares Hemmnis: Unternehmen verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit und werden  
811 abgehängt. Zudem führt die damit häufig einhergehende fehlende Home-Office-Möglichkeit für die dort  
812 lebenden Menschen dazu, dass sie sich gezwungen sehen, vom Land in die Stadt zu ziehen. Das muss sich  
813 dringend ändern und ein guter Breitbandausbau Teil der Daseinsvorsorge werden. Ziel ist es, auch die  
814 letzten weißen Flecken ans Netz zu bringen. Daher werden wir uns auch auf Bundesebene dafür  
815 einsetzen, dass die entscheidenden Weichen für einen flächendeckenden Glasfaseranschluss und  
816 schnelles mobiles Internet gestellt werden. In Niedersachsen müssen Land, Kommunen und Netzanbieter  
817 Hand in Hand arbeiten, um neue Modelle zum Ausbau und zur Sicherstellung einer angemessenen  
818 Breitband- und Mobilfunkversorgung auf den Weg zu bringen. Dazu wollen wir in Niedersachsen eine  
819 Landesnetzgesellschaft schaffen, die Kommunen dort unterstützt, wo durch Marktmechanismen kein  
820 ausreichender Netzausbau erreicht werden kann. Unser Ziel ist es, mit gezielter Förderung, dem Abbau

821 bürokratischer Hürden und einer Stärkung von Betreibermodellen einen Glasfaseranschluss an jedes  
822 Haus zu bringen.

### 823 ***Start-ups gezielt fördern***

824 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer\*innenwelle. Aktuell ist  
825 Niedersachsen bei den Unternehmensgründungen im Vergleich der Bundesländer bestenfalls Mittelmaß.  
826 Das ändern wir GRÜNEN. In enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Wirtschaftsförderung entlasten  
827 wir Gründer\*innen insbesondere in der Aufbauphase. Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht quälen zu  
828 müssen, sollen sie Informationen, Beratung und die Möglichkeit zur Anmeldung an einer zentralen  
829 Anlaufstelle erhalten. Das Gründer\*innenstipendium der N-Bank wollen wir ausbauen, denn die bisher  
830 über einen Zeitraum von höchstens acht Monaten gewährten maximal 2.000 Euro pro Monat reichen  
831 nicht aus, um die laufenden Kosten der Gründung und den Lebensunterhalt in der Gründungsphase zu  
832 sichern. Besonders Frauen wollen wir damit ansprechen, denn sie haben es weiterhin besonders schwer,  
833 an Startkapital und Unterstützung zu gelangen.

834 Gemeinsam mit den Hochschulen sorgen wir zudem dafür, dass neue Erkenntnisse und Ideen durch einen  
835 Ausbau des Transfers und eine Stärkung der Gründungsberatung gezielt in Geschäftsideen umgesetzt  
836 werden können. Um die Lücken bei der Verfügbarkeit von Gründungskapital zu schließen, werden wir  
837 einen Kapitalfonds für nachhaltige und innovative Gründungen schaffen. Wir wollen privates  
838 Wagniskapital aktivieren, mit dem auch größere Investitionen, z. B. in den Bereichen Greentech,  
839 künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität, Kommunikations- und Biotechnologie  
840 abgesichert werden können. Zusätzlich werden wir die Möglichkeit der zeitlich begrenzten  
841 Teilhaberschaft des Landes anbieten.

### 842 ***Nachhaltigen Tourismus fördern***

843 Der Tourismus hat für die niedersächsische Wirtschaft eine große Bedeutung und trägt in einem nicht  
844 unerheblichen Maße zur Wertschöpfung des Landes bei. Fast 300.000 Menschen sind landesweit direkt  
845 oder indirekt in dieser Branche beschäftigt. Die allgemeinen Nachfragetrends im Tourismus wie  
846 Nachhaltigkeit, Individualität, mehr Outdoor-Aktivitäten oder Regionalität bieten Chancen für die  
847 niedersächsische Tourismuswirtschaft, die wir GRÜNEN gezielt nutzen werden. Ob die landschaftliche  
848 Vielfalt des Weserberglandes, die besondere Geologie des Osnabrücker Hügellandes, die kulturelle  
849 Landpartie im Wendland, das Grüne Band oder der einzigartige Naturraum des Niedersächsischen  
850 Wattenmeeres: Die naturräumlichen Besonderheiten der Regionen unseres Landes wollen wir noch  
851 stärker herausstellen und für nachhaltigen sowie naturnahen Tourismus nutzbar machen. Gleichzeitig gilt  
852 es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten.  
853 Hierfür ist eine solide und konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich.

## 854 **Lebendige Innenstädte mit vielfältigem Einzelhandel**

855 Beschleunigt durch die Corona-Pandemie gerät der stationäre Einzelhandel zunehmend durch den rasant  
856 wachsenden Onlinehandel unter Druck. Unsere Innenstädte, die stark vom Einzelhandel geprägt sind,  
857 geraten dadurch zunehmend in Schwierigkeiten und drohen in Teilen zu veröden. Versuche, das  
858 Bestehende lediglich zu konservieren, werden auch hier nicht funktionieren. Unsere Kommunen und der  
859 stationäre Einzelhandel stehen vor der Herausforderung, die Aufenthaltsqualität in den Innenstädten zu  
860 steigern, um so einen real erlebbaren Mehrwert zu schaffen, der das Einkaufen in der Innenstadt attraktiv  
861 macht. Wir GRÜNEN werden die Kommunen dabei unterstützen, ihre Innenstädte mit gemischten  
862 Nutzungen aus Gastronomie, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten (vgl. Attraktive Städte,  
863 lebendige ländliche Räume).

## 864 ***Kultur- und Kreativwirtschaft stärken***

865 Die Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens beschäftigte vor der Pandemie über 100.000 Menschen,  
866 die nicht nur künstlerische Qualität schaffen und für kulturelle Vielfalt sorgen, sondern mit ihren  
867 Impulsen auch wirtschaftliche Innovationen anregen und Wertschöpfung erbracht haben. Damit gehörte  
868 sie zu den leistungsstärksten und personalintensivsten Branchen Niedersachsens. Die Corona-Pandemie  
869 hat jedoch gerade diese Branche besonders heftig getroffen und viele Arbeitsplätze vernichtet. BÜNDNIS  
870 90/DIE GRÜNEN wollen die Akteur\*innen der Kreativwirtschaft besser vernetzen und innovative Projekte  
871 sowie die Gründung von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen und  
872 gemeinsam mit den Kommunen diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder stärken. Nur so kann die  
873 kulturelle Landschaft in Niedersachsen wieder zu dem werden, was sie vor der Pandemie war (vgl.  
874 Niedersachsens Kultur).

## 875 ***Medienstandort Niedersachsen beleben***

876 Niedersachsen ist ein Medienstandort mit hohem Entwicklungspotenzial. Das gilt sowohl für die  
877 Filmproduktion als auch die wachsende Games-Branche. Leider vernachlässigt die Landesregierung  
878 jedoch diesen wichtigen Wirtschaftszweig mit hochwertigen Arbeitsplatzpotenzialen. Die Branche fordert  
879 eine stärkere Medienpolitik und bessere Förderbedingungen in Niedersachsen. Eine ARD-Produktion wie  
880 die „Roten Rosen“ in Lüneburg bringt nicht nur enorme Beschäftigungseffekte in der Region, sondern  
881 stärkt auch den Tourismusstandort – ebenso Krimiserien aus dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus  
882 Göttingen oder Ostfriesland. Wir wollen daher mehr Serien, Filmproduktionen und Dokumentationen aus  
883 Niedersachsen und die Filmförderung weiter verstetigen. Auch die kreative Computerspieleentwicklung  
884 mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen verdient mehr Aufmerksamkeit der Landesregierung und  
885 sollte durch einen eigenen Fördertopf und konkrete Ansprechpartner\*innen gestärkt werden.

## 886 ***Frauen in der Wirtschaft fördern***

887 In den letzten Jahren sind immer mehr Frauen erwerbstätig. Das ist nicht nur für die Unternehmen und  
888 die Fachkräftegewinnung von Vorteil, sondern auch für die Frauen selbst – so können sie selbstbestimmt  
889 leben und eine Absicherung für das Alter aufbauen. Dabei sorgen wir aber dafür, dass  
890 Frauenerwerbstätigkeit in Zukunft weniger zur Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen wird, sondern  
891 Haus- und Sorgearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird (vgl. Gleichstellung und  
892 Feminismus). Unter anderem mit weiteren Koordinierungsstellen Frau und Beruf unterstützt das Land  
893 Frauen, die in das Berufsleben (zurück) wollen. Frauen sind aber auch in der privaten Wirtschaft  
894 insbesondere in Leitungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Für uns GRÜNE ist das nicht nur eine  
895 Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern zugleich eine zentrale Herausforderung für die  
896 ökonomische Entwicklung unseres Landes. Frauen und Männer müssen sowohl in der Privatwirtschaft als  
897 auch im öffentlichen Dienst gleichberechtigt teilhaben können. Auf dieser Basis soll ihnen gleichzeitig die  
898 Teilhabe am Familienleben, der Hausarbeit und Freizeit ermöglicht werden. Die Aufsichts- und  
899 Verwaltungsräte, die das Land bei seinen Beteiligungen besetzen darf, planen wir paritätisch zu besetzen.  
900 Bei Unternehmen mit Landesbeteiligung werden wir unseren Einfluss dafür einsetzen, um diese Parität zu  
901 erreichen. Außerdem sind Migrantinnen und Frauen mit Behinderung oft in zweifacher Hinsicht  
902 benachteiligt, wenn es darum geht, eine qualifikationsgerechte und angemessen bezahlte Beschäftigung  
903 zu finden. Daher wollen wir ihre Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Wir unterstützen Unternehmen,  
904 öffentliche Verwaltung und Verbände dabei, sich dieser Zielgruppe stärker zu öffnen, denn davon  
905 profitieren wir als gesamte Gesellschaft.

## 906 ***Die Chancen der niedersächsischen Häfen nutzen***

907 Mit dem 2012 in Betrieb genommenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven verfügt Niedersachsen über  
908 den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig selbst von den größten Containerschiffen  
909 angelaufen werden kann. Weitere Flussvertiefungen sind damit überflüssig. Wir GRÜNEN werden uns  
910 dafür einsetzen, dass die Hafenkonzurrenz der norddeutschen Bundesländer, die sowohl Umwelt als auch  
911 Steuerzahler\*innen unnötig belastet, endlich zugunsten eines norddeutschen Hafenkonzepts beendet  
912 wird. Wir entwickeln den Standort Wilhelmshaven zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in  
913 Deutschland und Westeuropa. Wir werden uns ebenfalls dafür einsetzen, Elektrolyse-Anlagen zur  
914 Erzeugung von grünem Wasserstoff am Standort Wilhelmshaven zu realisieren und diesen über das  
915 bereits vorhandene Leitungsnetz zu den Verbrauchsschwerpunkten zu transportieren. Am Standort  
916 Cuxhaven werden wir gezielt die Chancen des weiteren Ausbaus der Offshore-Windkraft nutzen. Nachdem  
917 die Pläne zur Errichtung eines Offshore-Basishafens in Bremerhaven gescheitert sind, kommt Cuxhaven  
918 für die Wiederbelebung des Ausbaus der Offshore-Windenergie eine große Bedeutung zu. Diese Chance  
919 für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Hafenstandortes Cuxhaven wollen wir nutzen.

920 Damit der Hafenstandort Wilhelmshaven seine Funktion erfüllen kann, muss die Bahnanbindung weiter  
921 verbessert werden. Neben den niedersächsischen Seehäfen verfügen auch unsere Binnenhäfen über  
922 erhebliche Potenziale zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die umwelt- und klimafreundlichen  
923 Verkehrsträger Schiff und Schiene. Diese Potenziale wollen wir durch den gezielten Ausbau unserer  
924 Binnenhäfen zu trimodalen Logistik-Hubs nutzen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

#### 925 ***Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit Sozialwirtschaft stärken***

926 Mit einer älter werdenden Gesellschaft sind positive Aspekte wie eine stetig steigende Lebenserwartung  
927 verbunden, aber auch zahlreiche Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen  
928 Entwicklung. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen. Die  
929 industrielle Gesundheitswirtschaft und der Life-Science-Bereich sind schon heute ein wichtiger Jobmotor  
930 in Niedersachsen. Für die Entwicklung neuer Verfahren und innovativer Produkte im Bereich der  
931 Gesundheitstechnik setzen wir auf eine verbesserte Zusammenarbeit der Unternehmen mit  
932 Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie eine Stärkung des Transfers (vgl. Wissenschaft macht  
933 Zukunft).

#### 934 ***Wirtschaftsfaktor Daseinsvorsorge – für starke kommunale Unternehmen***

935 Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ein Fundament des  
936 Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Mit rund 275.000 Beschäftigten werden jährlich knapp 120  
937 Milliarden Euro erwirtschaftet und 12 Milliarden Euro investiert. Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, auch für  
938 die Daseinsvorsorge sind kommunale Unternehmen wichtig: für sauberes Trinkwasser, moderne und  
939 effektive Bildungsangebote, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie für den Ausbau digitaler  
940 Angebote. Hinzu kommen Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und Energieversorgung. Wir GRÜNEN  
941 wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sind und bleiben. Dazu gehören  
942 auch kommunale Krankenhäuser. Diese Aufgabenfelder nicht dem kurzfristigen Gewinnstreben zu  
943 unterwerfen und sie demokratisch zu kontrollieren, ist ein hohes Gut und wichtig für die Qualität der  
944 Leistung.

945 Deshalb erweitern wir die Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich im Sinne der öffentlichen  
946 Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Entwicklung zu betätigen. Wir unterstützen Städte und Gemeinden,  
947 die beispielsweise ihre Stromversorgung mit kommunalen Versorgungsbetrieben gewährleisten oder ihre  
948 Krankenhäuser rekommunalisieren wollen. Zudem unterstützen wir die kommunalen Wasserversorger in  
949 ihrem Bemühen, die Bürger\*innen mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser kostengünstig zu versorgen.  
950 Deshalb werden wir einen Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen im  
951 Wassergesetz verankern. Angesichts der Klimakrise wird es zudem erforderlich sein, dass regionale  
952 Wasserversorger neue Trinkwassergewinnungsgebiete erschließen und die Entnahmen aus den

953 bestehenden Gewinnungsgebieten anpassen. Wir GRÜNEN werden sie dabei unterstützen und die  
954 Genehmigungsverfahren für derartige Vorhaben beschleunigen.

### 955 ***Raus aus der Wegwerfgesellschaft – Kreislaufwirtschaft stärken***

956 Wir wollen Masse durch Qualität und Reparaturfähigkeit ersetzen und Ressourcen schonen. Während auf  
957 der einen Seite immer weiter Abfall produziert wird, werden auf der anderen Seite viele Stoffe immer  
958 knapper. Wir GRÜNEN wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft – für das Klima, die Umwelt und unsere  
959 Lebensqualität. Mit einer starken Kreislaufwirtschaft, in der wir ressourcensparend mit unseren  
960 Rohstoffen umgehen und jeder Stoff wiederverwertet wird, verringern wir zudem die Abhängigkeit von  
961 Rohstoffimporten. Wo der Import kurz- und mittelfristig nicht zu vermeiden ist, setzen wir uns unter  
962 anderem für zertifizierte Lieferketten und damit für ökologische, soziale und Menschenrechtsstandards  
963 ein.

964 Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass in Privathaushalten sogar noch mehr Abfälle anfallen als  
965 zuvor. Wir stoppen diese Ressourcenverschwendung und streben als Ziel Zero Waste an. Dazu  
966 unterstützen wir Zero-Waste-Projekte, die Umsetzung von Konzepten für plastikfreie Kommunen,  
967 Mehrwegkonzepte für den Liefer- und Versandhandel und prüfen die Umsetzung eines  
968 niedersachsenweiten To-Go-Mehrwegsystems für die Außer-Haus-Verpflegung. Wir setzen uns auf  
969 Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass Produkte so hergestellt werden, dass sie lange nutzbar, reparierbar  
970 und einfach recycelbar sind sowie dass unnötige Verpackungen der Vergangenheit angehören. Dazu  
971 begrüßen wir auch die Ankündigung der neuen Bundesregierung, höhere Recycling-Quoten, einheitliche  
972 Standards für recyceltes Plastik und verbindliche Anteile von Rezyklaten in Verpackungen  
973 festzuschreiben. Außerdem unterstützen wir die Gründung von Repair-Werkstätten und -Cafés, damit  
974 Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu helfen. Das fördert  
975 auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft.

### 976 ***Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe stärken***

977 Durch den Ausbau der Kreislaufwirtschaft stärken wir nachhaltige Wertschöpfungsketten mit kurzen  
978 Wegen in den Regionen. Dies kann den von Strukturwandel und von Abwanderung bedrängten ländlichen  
979 Räumen zu Gute kommen, das Abwandern von Gewinnen verhindern und mehr Unabhängigkeit und  
980 Stabilität gegenüber globalen Entwicklungen und Krisen schaffen. Gute Beispiele gibt es bereits viele:  
981 Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen oder Gemeinschaftsläden, in denen Landwirt\*innen  
982 vor Ort ihre Produkte verkaufen. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken den Mittelstand und sind  
983 gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit. Wir GRÜNEN fördern die regionale  
984 Wertschöpfung durch Modellprojekte, die regionale Kreisläufe etablieren oder stärken. So können wir die

985 regionale Identifikation sowie Arbeitsplätze erhalten und sie in überregionalen Strukturen und  
986 Netzwerken absichern.

987 ***Wirtschaftlichen Erfolg umfassend bilanzieren***

988 Die klassischen volkswirtschaftlichen Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt bzw. dessen Wachstum  
989 sind zumindest allein nicht in der Lage, die ökonomische Situation unseres Landes umfassend abzubilden.  
990 Es müssen weitere Kenngrößen wie der Ressourcenverbrauch, die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit  
991 unseres Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft hinzukommen.  
992 Hier liefert die Gemeinwohlökonomie einen Bilanzierungsansatz, der abbildet, inwieweit Unternehmen  
993 dem Gemeinwohl dienen. Wir bringen das Modell der Gemeinwohlbilanzierung voran, indem wir für  
994 Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, eine Gemeinwohlbilanzierung anregen. Darüber hinaus  
995 wollen wir private Unternehmen jeder Größe finanziell dabei unterstützen, ihre Gemeinwohlorientierung  
996 zu bilanzieren.

997 **5. Gute Arbeit in Niedersachsen**

998 Wir GRÜNEN stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben  
999 führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Die klimagerechte Transformation unserer  
1000 Wirtschaft muss auch eine soziale sein. Wir begnügen uns nicht damit, finanzielle oder soziale  
1001 Notsituationen abzufedern, sondern haben das Ziel, diese zu beenden. Die Grundpfeiler GRÜNER  
1002 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind gute Arbeit, Absicherung und Beratung bei Arbeitslosigkeit, Teilhabe  
1003 für alle und eine starke Daseinsvorsorge.

1004 **Gute Arbeit im Wandel absichern**

1005 Gute Arbeit ist von höchster Bedeutung, um Menschen vor Armut zu schützen und ihre aktive Teilhabe an  
1006 der Gesellschaft zu fördern. Der Wohlstand in unserem Land wird erst durch viele arbeitende Menschen  
1007 erwirtschaftet. Wir GRÜNEN wollen, dass alle arbeitenden Menschen einen gerechten Anteil an der  
1008 Wertschöpfung erhalten.

1009 Der ökologisch-soziale Umbau, also die Abkehr von fossiler Energie, eine umfassende Verkehrs- und  
1010 Agrarwende sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge schaffen neue Arbeitsplätze, führen in  
1011 einigen Branchen aber auch zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für diesen Wandel brauchen wir eine  
1012 strukturierte Folgenabschätzung und ein kontinuierliches Monitoring, aus dem regelmäßig  
1013 Maßnahmenvorschläge zur verbesserten Sozialverträglichkeit des Transformationsprozesses abgeleitet  
1014 werden. Wir GRÜNEN stehen dafür, dass gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Tarifbindung und  
1015 Mitbestimmung in allen niedersächsischen Unternehmen selbstverständlich sind. Für betriebliche  
1016 Innovations- und Transferprozesse schaffen wir Beratungsmöglichkeiten, die die Beschäftigten und die  
1017 Mitbestimmungsstrukturen nachhaltig unterstützen. Wir wirken darauf hin, dass in Betrieben  
1018 Transformationsausschüsse eingerichtet und tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der  
1019 Transformation geschlossen werden.

1020 **Landesweite Weiterbildungsstrategie umsetzen**

1021 Lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifizierung bilden die Basis für ein erfülltes und  
1022 wertschätzendes Berufsleben der Beschäftigten, stärken die Innovationskraft der Wirtschaft und  
1023 ermöglichen Resilienz in Zeiten des Strukturwandels. Gerade in Transformationsprozessen ändern sich  
1024 Qualifikationsanforderungen im Laufe des Berufslebens immer schneller – der Bedarf an  
1025 Weiterbildungsangeboten steigt. Bisher bieten jedoch nur knapp die Hälfte der Betriebe überhaupt  
1026 Weiterbildungsmöglichkeiten an und erreichen damit nur rund 40 Prozent der  
1027 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wir GRÜNEN wollen, dass alle Beschäftigten ihr Wissen und  
1028 ihre Kompetenzen regelmäßig erweitern können und von der Digitalisierung profitieren. Wer sich neben

1029 der Arbeit und der Familie weiterbildet, braucht dafür nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Wir streben  
1030 daher ein Weiterbildungsgesetz an, mit dem der Anspruch von Beschäftigten auf Freistellung von der  
1031 Arbeitsleistung für die individuelle berufliche Weiterbildung mit einem Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz  
1032 garantiert wird. Wir werden insbesondere die Beratung geringqualifizierter Beschäftigter sowie kleiner  
1033 und mittelständischer Betriebe ausbauen (vgl. Gute Ausbildung, Erwachsenenbildung stärken).

#### 1034 ***Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen!***

1035 Mehr als 200.000 Menschen in Niedersachsen sind arbeitslos. Zudem wurden immer mehr Menschen in  
1036 prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Arbeitslosigkeit führt bei den Betroffenen zu leeren  
1037 Geldbeuteln, sozialem Ausschluss und Perspektivlosigkeit – was wiederum gesellschaftlichen  
1038 Zusammenhalt und Demokratie gefährdet. Von einer Realisierung des Menschenrechts auf Arbeit sind wir  
1039 meilenweit entfernt. Gleichzeitig fehlt es in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen an Personal;  
1040 insbesondere die ökologisch-soziale Transformation wird aber nur funktionieren, wenn wir alle  
1041 vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen einbeziehen. Es wird Zeit für eine aktivere  
1042 Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen. Durch ein Recht auf Weiterbildung und den Aufbau eines  
1043 öffentlichen Beschäftigungssektors mit fairen Bedingungen gehen wir GRÜNEN Arbeitslosigkeit gezielt  
1044 an.

1045 Mit einem Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir darüber hinaus  
1046 Langzeitarbeitslose auf ihrem Weg in die Beschäftigung begleiten. Wir unterstützen gemeinnützige  
1047 Träger und Kommunen dabei, Langzeitarbeitslose einzustellen, indem wir die laut Teilhabechancengesetz  
1048 vorgesehenen Eigenanteile der Lohnkosten für sie übernehmen. Es gibt einen dringenden Bedarf an  
1049 besseren Beratungsleistungen für arbeitslose Menschen unabhängig vom Jobcenter. Die vorhandenen  
1050 Initiativen sind chronisch unterfinanziert – und vielerorts gibt es überhaupt keine Angebote. Das wollen  
1051 wir ändern und die Finanzierung der unabhängigen Sozialberatung in den Arbeitslosenzentren vor Ort  
1052 absichern.

#### 1053 ***Armut spürbar reduzieren***

1054 Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte  
1055 Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit  
1056 Gewerkschaften, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und den Kommunen wollen wir gute Arbeit  
1057 stärken und Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung und sorgen für mehr  
1058 Tarifbindung. Wir drängen den Niedriglohnssektor zurück, unterstützen Arbeitslose auf ihrem Weg in die  
1059 Arbeitswelt und qualifizieren die Fachkräfte von morgen. Wir schaffen Perspektiven für Jugendliche,  
1060 ermöglichen den kostenlosen Zugang zu Mieter\*innen-, Schuldner\*innen- und  
1061 Verbraucher\*inneninsolvenzberatung und vereinfachen Teilhabe für Menschen mit wenig Geld. Unser Ziel

1062 ist, Ungleichheiten abzubauen, die soziale, kulturelle und politische Teilhabe und ein Leben ohne  
1063 Existenzängste zu ermöglichen. Wir orientieren uns dabei an Reformszenarien wie dem Grundeinkommen  
1064 als Perspektive und unterstützen wissenschaftlich begleitete Feldforschung zur Wirksamkeit und  
1065 Finanzierbarkeit, Dazu kann die Evaluation eines niedersächsischen Modellprojekts beitragen.

### 1066 ***Den Niedriglohnsektor austrocknen – Tarifbindung stärken***

1067 Rund 20 Prozent der Deutschen arbeiten im Niedriglohnsektor – zu einem Lohn, der ihnen weder ein  
1068 Leben in Würde noch eine ausreichende Absicherung für das Alter ermöglicht. Deswegen ist ein wichtiger  
1069 Schritt, dass die neue Bundesregierung den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Die Zahl der  
1070 tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnisse hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Dabei sind  
1071 Tarifverträge der Schlüssel zu fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen: Wer in Niedersachsen nach Tarif  
1072 bezahlt wird, hat jedes Jahr fast 4.000 Euro mehr im Portemonnaie als nicht tarifgebundene Beschäftigte.  
1073 Zusätzlich vermindern Tariffucht und Lohndumping die öffentlichen Einnahmen: Sie führen zu jährlichen  
1074 Mindereinnahmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungsbeiträgen und 3 Milliarden  
1075 Euro bei der Einkommensteuer. Allein für die niedersächsischen Kommunen bedeutet das 443 Millionen  
1076 Euro an Steuermindereinnahmen. Wir GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, für eine Ausweitung der  
1077 Tarifbindung in Niedersachsen sorgen und uns dafür einsetzen, dass das Instrument der  
1078 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gesetzlich gestärkt wird.

### 1079 ***Einen inklusiven Arbeitsmarkt gestalten***

1080 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir streben einen  
1081 inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne  
1082 Behinderung gemeinsam arbeiten. Wir begrüßen, dass auch die Ampelkoalition im Bund daran arbeiten  
1083 will, die Segregation auf dem Arbeitsmarkt zu verringern und hierfür ein großes Bündel an Maßnahmen  
1084 plant. Aber auch das Land Niedersachsen kann einen Beitrag leisten. Die Landesbehörden müssen als  
1085 Vorbild vorangehen und deutlich mehr schwer-behinderte Menschen beschäftigen. Zudem machen wir  
1086 GRÜNEN die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen  
1087 Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig wollen wir die Hürden für Unternehmen  
1088 senken, die Menschen mit Behinderung einstellen. Die Rahmenbedingungen für Inklusionsbetriebe, also  
1089 Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 – 50 Prozent Menschen mit Behinderungen  
1090 beschäftigen, werden wir verbessern. Wir stärken Beratung und Förderung von Menschen mit  
1091 Behinderung beim Berufseinstieg und treiben dazu auch die Evaluierung der Bedarfsermittlung der  
1092 einzelnen Trägerorganisationen voran. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das System der  
1093 Werkstätten deutlich durchlässiger wird. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Zwänge dazu führen, dass  
1094 die Werkstätten vor allem von den Mitarbeiter\*innen abhängig sind, die die besten Chancen auf einen  
1095 Arbeitsplatz im allgemeinen Arbeitsmarkt hätten. Aber auch für diejenigen, die den Schritt in den ersten

1096 Arbeitsmarkt nicht gehen, ermöglichen wir gute Arbeitsbedingungen zu fairen Löhnen. Die Arbeit von  
1097 Werkstattträten unterstützen wir.

### 1098 ***Tariftreue und Vergabe***

1099 Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge sowie Umwelt- und Sozialstandards  
1100 gelten. Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt  
1101 werden. Deshalb werden wir bei öffentlicher Beschaffung, Vergabe und Wirtschaftsförderung Tariftreue  
1102 und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich festschreiben und  
1103 kontrollieren . Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir durch einen Public-Governance-Kodex  
1104 Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit guter Unternehmensführung verbinden (vgl. Niedersachsen  
1105 – ein Staat, der funktioniert).

### 1106 ***Standards besser kontrollieren***

1107 Wir werden die gesetzlichen Vorgaben und Standards für gute Arbeit durchsetzen. Dafür müssen sie auch  
1108 ausreichend kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden. Das ist in Niedersachsen bisher leider die  
1109 Ausnahme: Die Besichtigungsquote aller Betriebe lag 2020 lediglich bei 0,6 Prozent. Grund dafür ist die  
1110 schlechte Personalausstattung, mit der das Land deutlich hinter den Forderungen der internationalen  
1111 Arbeitsorganisation (ILO) zurückbleibt. Dass es erst die Corona-Pandemie brauchte, um Aufmerksamkeit  
1112 auf die vielfach menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen beispielsweise in der  
1113 niedersächsischen Fleischindustrie zu lenken, unterstreicht, wie wichtig regelmäßige Kontrollen sind. Die  
1114 bedeutsame Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in der Fleisch- und zunehmend auch der  
1115 Logistikbranche werden wir weiter fördern. Wir versetzen die Gewerbeaufsichtsämter mit einer klaren  
1116 Aufgabenregelung und mehr Personal in die Lage, Kontrollen vor Ort in ausreichender Zahl  
1117 durchzuführen. Unser Ziel für einen effektiven Schutz der Arbeitnehmer\*innen ist eine  
1118 Kontrollmindestquote von 5 Prozent bis 2026, wie es die Regelungen der EU vorschreiben. Wir sorgen  
1119 dafür, dass innerhalb von zehn Jahren jeder Betrieb in Niedersachsen mindestens einmal geprüft wird.

### 1120 ***Auf Mitbestimmung setzen***

1121 Die Mitbestimmung ist als gelebte Demokratie im Betrieb ein absolutes Erfolgsmodell. So hat sich  
1122 gezeigt: In mitbestimmten Betrieben sind die Arbeitsbedingungen besser und die Betriebe produktiver.  
1123 Trotzdem werden immer wieder Mitbestimmungsakteur\*innen von Arbeitgeber\*innen unter Druck gesetzt  
1124 – zu viele Betriebe in Niedersachsen haben gar keinen Betriebsrat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden  
1125 Gewerkschaften und Betriebsräten endlich die nötige Rückendeckung geben. Daher begrüßen wir, dass  
1126 die neue Bundesregierung die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung künftig als Officialdelikt

1127 einordnen will. Durch Kompetenzaufbau bei Polizei und Rechtsbehörden sorgen wir dafür, dass Delikte  
1128 dieser Art zügig und kompetent verfolgt werden.

1129 ***Schuldner- und Insolvenzberatung stärken***

1130 Niedrige Löhne, eine Grundsicherung unter dem Existenzminimum sowie unplanbare und einschneidende  
1131 Änderungen der Lebensumstände können zu privater Überschuldung führen: Die laufenden Einkünfte  
1132 können die Zahlungsverpflichtungen dann nicht mehr decken. Viele Menschen brauchen in dieser  
1133 Situation Unterstützung. Wir wollen deshalb für ein Recht auf kostenlose Schuldnerberatung sorgen – mit  
1134 offenem Zugang für alle Ratsuchenden. Die Arbeit der zahlreichen Schuldner- und  
1135 Insolvenzberatungsstellen in Niedersachsen wollen wir auf eine stabile Finanzierungsbasis stellen.

## 1136 **6. Für eine andere Agrarpolitik**

1137 Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt. Die Land- und  
1138 Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Niedersachsens. Landwirtschaft prägt  
1139 unser Landschaftsbild, den Zustand unseres Wassers, unserer Böden und unseres Klimas sowie die  
1140 wirtschaftliche und soziale Struktur unserer ländlichen Räume. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte mit  
1141 ihrer starken Weltmarktorientierung hat die Landwirtschaftsbetriebe in die fatalen Spirale des Wachstums  
1142 oder Weichens gezwungen. Ihre Zahl hat sich seither auf etwa 1/5 verringert und viele aktive Bäuer\*innen  
1143 können trotz harter Arbeit an sieben Tagen in der Woche nur schwer ein angemessenes Einkommen  
1144 erzielen. Unsere hochspezialisierten Landwirtschaftsbetriebe sind den ständigen Krisen noch nicht einmal  
1145 kostendeckender Getreide-, Milch- oder Schweinepreise des Weltmarktes ausgeliefert. Auch die Umwelt  
1146 leidet unter der intensiven landwirtschaftlichen Produktion: Unser Grundwasser ist in großen Teilen des  
1147 Landes zu stark mit Nitrat und Pestiziden belastet, die einst abwechslungsreiche Kulturlandschaft ist zur  
1148 Agrarsteppe degradiert, in der selbst robuste Tier- und Pflanzenarten immer weniger Lebensraum finden.

1149 Wir GRÜNEN stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltig und tiergerecht arbeitet. Für gute  
1150 Lebensmittel von artenreichen Feldern, Wiesen und Weiden und von gesunden Tieren. Hergestellt von  
1151 Bäuer\*innen, die damit ein gutes Einkommen erzielen. Immer mehr Menschen wollen regionale,  
1152 klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen. Die Zahl der Betriebe, die sich umorientiert haben  
1153 hin zu diversifizierten Betriebsstrukturen, bleibt gering. Es fehlen vielerorts wertschöpfende lokale und  
1154 regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Aber immer mehr Landwirt\*innen sind  
1155 entschlossen, diesen Weg zu gehen. Wir geben ihnen Rückenwind und bringen gemeinsam die Agrar- und  
1156 Tierhaltungswende voran.

## 1157 **Ernährungssicherheit in Zeiten der Krise**

1158 Landwirtschaft hat zuallererst die Aufgabe, ausreichend Lebensmittel in guter Qualität zu produzieren.  
1159 Durch Russlands brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine wird eine Verknappung vor allem des weltweit  
1160 verfügbaren Getreides erwartet. Im Lichte der aktuellen Krisen wird deutlich, wie wichtig Ernährungssou-  
1161 veränität und -sicherheit sind, regional, europäisch und weltweit. Bei uns in Niedersachsen, in Deutsch-  
1162 land und der EU ist die Ernährungsversorgung durch einen hohen Selbstversorgungsgrad und hohe Kauf-  
1163 kraft grundsätzlich gesichert, auch wenn Engpässe bei einzelnen Produkten auch bei uns auftreten kön-  
1164 nen. Weltweit aber stehen Millionen Menschen in ärmeren Staaten vor einer humanitären Katastrophe.  
1165 Darauf müssen wir jetzt in kürzester Frist mit ernsthaften Strategien statt mit Scheindebatten wie das  
1166 Aussetzen der Flächenstilllegung in der EU reagieren, das keinen effektiven Einfluss auf die Sicherung der  
1167 Welternährung hat. Dabei ist es zwingend, die aktuellen Krisen gemeinsam zu betrachten und nicht ge-  
1168 genseitig auszuspüren. Angesichts der Klimakrise und des Artensterbens ist es das falsche Signal, die

1169 ökologische Wende der Landwirtschaft auszusetzen. Wir treiben gemeinsam mit dem grün geführten Bun-  
1170 deslandwirtschaftsministerium die Ökologisierung der heimischen Landwirtschaft und die Umsetzung des  
1171 Green Deals konsequent voran und machen unsere heimische Landwirtschaft krisenfest. Wichtigste Ziele  
1172 dabei sind, die landwirtschaftlichen Rohstoffe z.B. durch die Reduzierung von Lebensmittelverschwen-  
1173 dung effizient zu nutzen, Flächenkonkurrenzen z.B. durch die Kombination von Landnutzung und Energie-  
1174 erzeugung durch Agri-PV-Anlagen aufzulösen, Importabhängigkeiten z.B. durch Stärkung des Anbaus von  
1175 heimischen Futtermitteln zu reduzieren und regionale Kreisläufe und Ernährungssysteme zu stärken.

1176 Zur Sicherung weltweiter Ernährungssouveränität setzen wir uns dafür ein, die regionalen Agrarmärkte in  
1177 allen Weltregionen kurz- und langfristig zu stärken. Dazu gehören auf internationaler und europäischer  
1178 Ebene Maßnahmen wie die Freigabe von Saatgut als Gemeingut und die Verschärfung der EU-Finanz-  
1179 marktrichtlinie zur Eindämmung von Nahrungsmittelspekulation. Wichtiges Instrument zur Stärkung loka-  
1180 ler Agrarmärkte ist aber auch die Reduzierung unseres Fleischexports, der beispielsweise bei Geflügel  
1181 nach Afrika in den letzten 10 Jahren um 3.000 Prozent gestiegen ist. Die heimischen Kleinbauern können  
1182 damit nicht konkurrieren und so vernichtet unsere Massentierhaltung lokale bäuerliche Existenzen dort  
1183 und schwächt die Ernährungssouveränität. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Erträge insbesondere in  
1184 Lateinamerika oder Südostasien gehen nicht auf die dortigen Teller, sondern werden bei uns in Deutsch-  
1185 land und Niedersachsen verfüttert oder verheizt. Global gehen allein neun Prozent der Erntemenge aus  
1186 der Pflanzenproduktion in Bioethanol und fünf Prozent in Biodiesel. Hier müssen wir gegensteuern. Des-  
1187 halb fordern wir kurzfristig, die Beimischungspflicht von Biotreibstoffen in Benzin und Diesel EU-weit auf-  
1188 zugeben.

### 1189 **Anbau heimischer Futtermittel stärken und neue Märkte erschließen**

1190 Auf Dauer können wir es uns nicht erlauben, knapp 60 Prozent unserer Feldfrüchte in der kli-  
1191 maschädlichen intensiven Tierhaltung zu verwenden. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt  
1192 überdeutlich die hohe Abhängigkeit unserer niedersächsischen Tierhaltung von Futtermittelexporten und  
1193 die stetig zunehmenden Konkurrenzen zwischen Trog und Teller. Weltweit und auch bei uns in Deutsch-  
1194 land wird die Mehrheit der Getreideernte nicht gegessen, sondern verfüttert. Wir müssen unseren hohen  
1195 Fleischkonsum in den Industrieländern auf den Prüfstand stellen, die Reduzierung der Tierhaltung voran-  
1196 bringen und die regionalen Kreisläufe stärken, damit in anderen Teilen der Welt wieder mehr Lebensmit-  
1197 tel für die lokale Bevölkerung und weniger Futtermittel für Tiere bei uns angebaut werden. Mit den Fut-  
1198 termitteln importieren wir zudem Nährstoffe, die in unseren Ställen als Gülle anfallen und zu einem ho-  
1199 hen Nitratgehalt in unserem Grundwasser führen. Wir GRÜNEN wollen den heimischen Anbau von Ei-  
1200 weißpflanzen als Futtermitteln verstärkt fördern. Ferner wollen wir die Forschung der  
1201 Ernährungswirtschaft im Wachstumsmarkt pflanzlicher Proteine unterstützen. Während wir bei Fleisch  
1202 einen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100% haben, liegen wir bei Obst und Gemüse deutlich

1203 darunter. Hier bestehen große Potentiale, durch passgenaue Förderangebote stärken wir die pflanzliche  
1204 Erzeugung und den Obst- und Gemüseanbau. Dabei nehmen wir auch neue Ansätze wie Solidarische  
1205 Landwirtschaft in den Blick, dies dient auch unserer Ernährungssouveränität.

### 1206 ***Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft***

1207 Wir Grünen gehen die multiplen Krisen gemeinsam an, ambitionierter Klima- und Biodiversitätsschutz in  
1208 unserer heimischen Landwirtschaft stärkt auch immer unsere langfristige Ernährungssicherheit. Unsere  
1209 Landwirtschaft ist nämlich zugleich Leidtragende wie Mitverursacherin der Klimakrise: CO<sub>2</sub>-  
1210 Freisetzungen aus Mooren, bei hoher Stickstoffdüngung und durch die Tierhaltung machen in  
1211 Niedersachsen einen hohen Anteil am menschengemachten Ausstoß von Treibhausgasen aus. Gleichzeitig  
1212 ist die Landwirtschaft bereits jetzt massiv von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen: Dürren und  
1213 Hitzeperioden, jahreszeitliche Verschiebung der Niederschläge, Starkregenereignisse, aber auch die  
1214 klimabedingte Ausbreitung von Pflanzenschädlingen wirken sich auf die Erträge aus. Dem Boden kommt  
1215 sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Klimafolgenanpassung eine entscheidende Rolle zu. Der  
1216 Aufbau von Humus bindet Kohlenstoff im Boden und schafft gleichzeitig eine höhere Speicherkapazität  
1217 für Feuchtigkeit. Landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen, die den Humusaufbau stärken wollen wir  
1218 besonders fördern. Jahrhunderte lang wurde in Niedersachsen dem Moor Land abgerungen, um es  
1219 landwirtschaftlich zu nutzen mit fatalen Auswirkungen für das Klima. Landwirtschaftliche  
1220 Bewirtschaftung von Moorflächen wollen wir reduzieren und neue klimaschonende Methoden wie  
1221 Paludikulturen fördern, so dass die niedersächsischen Moore so viel Kohlenstoff wie möglich speichern  
1222 (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz). Zudem setzen wir uns dafür ein, Dauergrünland zu erhalten und  
1223 wiederherzustellen, denn Grünland bindet im Vergleich zur ackerbaulichen Nutzung deutlich mehr CO<sub>2</sub>.

1224 Die Lachgas- und Methanemissionen der Landwirtschaft wollen wir durch eine Reduzierung der  
1225 Stickstoffdüngung, durch einen Ausstieg aus der Massentierhaltung und effektivere Kontrollen der  
1226 ordnungsgemäßen Düngung und eine Stärkung des Ökolandbaus deutlich senken. Ökologische Betriebe  
1227 wirtschaften aufgrund geringerer Düngemenge, höherer Humusgehalte und den weitgehenden Verzicht  
1228 auf den Import von Futtermitteln wie Soja deutlich klimafreundlicher als konventionelle Betriebe.

1229 Über die Vermeidung von Treibhausgasemissionen hinaus verfolgen wir das Ziel, unsere Landwirtschaft  
1230 dabei zu unterstützen, sich bestmöglich an die bereits unabwendbaren Folgen des Klimawandels  
1231 anzupassen. Grundsätzlich sind breiter aufgestellte Betriebe in Krisen widerstandsfähiger als  
1232 spezialisierte Betriebe. Zur Klimafolgenanpassung gehört z.B. die Förderung des Anbaus  
1233 trockenresistenter Kulturen sowie von Maßnahmen zum Schutz vor Wind- und Wassererosion, wie die  
1234 Nutzung besonders erosionsgefährdeter Standorte als Grünland, die Anlage von Windschutzgehölzen.

1235 Das Wassermanagement in der Landwirtschaft, muss sich an die Herausforderungen des Klimawandels

1236 anpassen. Gemeinsam mit Landwirt\*innen bringen wir Maßnahmen auf den Weg, die dazu beitragen, dass  
1237 Wasser möglichst in der Fläche gehalten wird und ausreichend Versickerungsflächen zu Verfügung  
1238 stehen. Die Nutzung von Grauwasser in der Landwirtschaft und wassersparende Beregnungstechniken  
1239 werden wir stärken. (vgl. *Sauberes Wasser, saubere Luft und gesunde Böden*)

#### 1240 ***Für eine flächengebundene Tierhaltung***

1241 Wir GRÜNEN treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein – nur mit dieser kann ein  
1242 bedarfsgerechter Einsatz der anfallenden Exkrememente vor Ort und ohne „Gülletourismus“ über weite  
1243 Strecken sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die insbesondere im westlichen Teil  
1244 Niedersachsens viel zu hohen Tierzahlen reduziert werden. Wir werden Betriebe dabei unterstützen, ihre  
1245 Tierbestände zu reduzieren und ihre Ställe tiergerecht umzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der  
1246 Ampelkoalition im Bund, Investitionsförderungen für Stallbauvorhaben stärker an der Haltung  
1247 auszurichten und die Landwirtschaft dabei zu unterstützen, ihre Tierhaltung tiergerecht umzubauen.

1248 Sinkende Nachfrage, Afrikanische Schweinepest und Schlachtstau – die niedersächsische  
1249 Schweinehaltung steht unter Druck. Die Verbraucher\*innen und der Handel fragen neben günstiger  
1250 Massenware zunehmend Produkte mit höheren Tierschutzstandards und einer möglichst regionalen  
1251 Wertschöpfungskette – von der Ferkelerzeugung bis zur letzten Verarbeitungsstufe – nach. Die geplante  
1252 Einführung des staatlichen Tierwohllabels auf Bundesebene, die wir GRÜNEN aus Niedersachsen  
1253 unterstützen, wir dies noch mal verstärken. Wir unterstützen unsere Schweinehalter\*innen durch  
1254 Förderungen, diese regionalen Märkte auf allen Wertschöpfungsstufen diese regionalen Märkte zu  
1255 erschließen.

1256 Der Ausbruch von Tierseuchen und die dadurch verursachten Schäden stehen im engen Zusammenhang  
1257 mit der in einem Betrieb gehaltenen Zahl von Tieren und der Tierdichte in der Region. Daher planen wir,  
1258 die Beiträge zur Tierseuchenkasse entsprechend der Gefährdungssituation anzupassen. Es darf nicht sein,  
1259 dass bäuerliche Betriebe mit angepassten Tierbeständen mit ihren Beiträgen zur Tierseuchenkasse  
1260 Seuchengefahren subventionieren, die vor allem von der Massentierhaltung ausgehen.

#### 1261 ***Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft fördern***

1262 Nicht zuletzt durch das Agieren des CDU-geführten Bundeslandwirtschaftsministeriums ist es leider auch  
1263 für die neue EU-Förderperiode nicht gelungen, die Agrarförderung gezielt so auszurichten, dass Umwelt-  
1264 und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft honoriert werden. Der größte Teil der Fördermittel wird noch  
1265 immer pauschal für die Bewirtschaftung der Fläche gezahlt. Davon profitieren vor allem Großbetriebe und  
1266 Flächeneigentümer\*innen. Gleichwohl gibt es Verbesserungen: Aus dem Budget für die Flächenprämien  
1267 werden zumindest Teile nach ökologischen Vorgaben (sogenannten Eco-Schemes) vergeben. Wir wollen

1268 die Möglichkeit nutzen, die vom Land festzusetzenden Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes  
1269 und von Agrarumweltmaßnahmen gezielt für echte Umwelt- und Tierschutzprogramme einzusetzen.

1270 Auch die Anlage und der Schutz von Hecken muss noch weiter vorangetrieben werden. Denn Hecken sind  
1271 nicht nur ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Kleintiere und Vögel und tragen damit zum Erhalt der  
1272 Biodiversität bei – sie haben auch wichtige Funktionen beim Boden- und Erosionsschutz und für ein  
1273 günstiges Mikroklima. Auch die Herausnahme der Randstreifen öffentlicher Wege aus der  
1274 landwirtschaftlichen Nutzung dient diesem Ziel. Die durch die neue Bundesregierung vereinbarte  
1275 Evaluation der neuen EU-Förderung muss von Niedersachsen intensiv begleitet werden, um möglichst  
1276 schnell eine wirkliche Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zu erreichen. Für uns ist eine  
1277 Gemeinwohlprämie, die das Erfüllen gesellschaftlicher Notwendigkeiten honoriert, der richtige Ansatz.

### 1278 ***Den Pestizideinsatz reduzieren***

1279 Der Pestizideinsatz in der niedersächsischen Landwirtschaft ist deutlich zu hoch. Wir GRÜNEN wollen den  
1280 Pflanzenschutzmitteleinsatz massiv reduzieren. Durch das von uns GRÜNEN gemeinsam mit den  
1281 Umweltverbänden vorangetriebenen Volksbegehren Artenvielfalt gelang es, im Niedersächsischen Weg  
1282 die Erarbeitung einer Pestizidreduktionsstrategie zu vereinbaren. Das CDU-geführte  
1283 Landwirtschaftsministerium verschleppt diese jedoch seither. Wir GRÜNEN werden diese Strategie  
1284 erarbeiten und eine deutliche Reduktion von Pestiziden in der Landwirtschaft, im Gartenbau und auf nicht  
1285 landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen umsetzen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen  
1286 Bundesregierung, den Glyphosateinsatz bis spätestens Ende 2023 zu verbieten und die Beschränkungen  
1287 zum Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten auch auf Wasserschutzgebiete auszuweiten. Wir setzen uns  
1288 im Bund weiterhin für die Einführung einer Pestizidabgabe ein.

### 1289 ***Wirksame Kontrollen sicherstellen***

1290 Die besten Gesetze und Verordnungen nutzen in der Regel wenig, wenn sie nicht ausreichend kontrolliert  
1291 werden. Wir GRÜNEN werden die Kontrollen neu ordnen. Die Zuständigkeit für die Umsetzung von  
1292 Umweltauflagen wie beispielsweise Dünge- und Pflanzenschutzrecht planen wir von der  
1293 Landwirtschaftskammer, die als Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft gleichzeitig hoheitliche  
1294 Kontrollaufgaben wahrnimmt, auf eine andere Landesbehörde zu übertragen. Damit stärken wir die  
1295 Trennung von berufsständischer Selbstverwaltung und hoheitlicher Aufgabenwahrnehmung.

### 1296 ***Bienen schützen – vielfältige Agrarlandschaften fördern***

1297 Für uns GRÜNE hat der Schutz der Honigbiene, eines unserer wichtigsten Nutztiere, eine hohe Bedeutung.  
1298 Bienen sind ein Indikator für den Zustand unserer Landschaft. Die Bienen finden heute in der Stadt

1299 vielfältigere Nahrung als in unseren Agrarlandschaften. Das müssen wir ändern, um den Artenschwund zu  
1300 stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten. Bei der Förderung von  
1301 Blühstreifen haben wir in der GRÜNEN in Regierungsverantwortung einen Extrabonus für von  
1302 Imker\*innen empfohlene Blühstreifen durchgesetzt. Der Einsatz von Insektiziden, vor allem der  
1303 sogenannten Neonikotinoide, gefährdet Bienen, Hummeln und andere Insekten. Wir wollen die Imkerei in  
1304 Niedersachsen durch eine Bestäubungsprämie fördern und die Imkervereine bei ihren erfolgreichen  
1305 Schulungsangeboten unterstützen.

### 1306 ***GRÜNE wollen Grünland erhalten***

1307 Niedersachsen verfügt über weitumfassende Grünlandregionen, die es nach jahrelangem Rückgang zu  
1308 erhalten gilt. Grünland bindet nicht nur mehr CO<sub>2</sub> im Oberboden als Ackerflächen. Grünland ist auch von  
1309 besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt. Wir fordern daher eine Weideprämie. Das in der GRÜNEN  
1310 Regierungszeit auf den Weg gebrachte Weidemilchprogramm, bei dem Milch von Kühen mit  
1311 Weidehaltung höherpreisig vermarktet wird, bauen wir gezielt aus und weiten sie auf Milchprodukte wie  
1312 Joghurt oder Käse aus. Wir setzen uns zudem für ein Konzept der flexiblen Milchmengenregulierung, wie  
1313 vom Bund Deutscher Milchviehalter gefordert, ein. Zum Schutz unserer massiv bestandsbedrohten  
1314 Wiesenvögel werden wir das Wiesenvogelschutzprogramm durch eine deutlich verbesserte Honorierung  
1315 wirksamer Maßnahmen zum Wiesenvogelschutz qualitativ aufwerten.

### 1316 ***Bauernland in Bauernhand***

1317 Boden ist ein unersetzlicher und unvermehrbarer Produktionsfaktor für die Landwirtschaft. Er spielt für  
1318 die wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe eine zentrale  
1319 Rolle. Die Konkurrenz von Finanzinvestor\*innen und steigenden Pachten stellen aktive ortsansässige  
1320 Landwirt\*innen vor große Probleme. Außerlandwirtschaftliche Bodeneigentümer\*innen sind die großen  
1321 Gewinner\*innen auf dem Bodenmarkt – aktive Landwirt\*innen sind die Verlierer\*innen. Das werden wir  
1322 GRÜNEN ändern. Mit einem Grundstücksverkehrsgesetz stellen wir sicher, dass ortsansässige  
1323 Landwirtschaftsbetriebe ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber außerlandwirtschaftlichen Investor\*innen  
1324 haben und eine wirksame Preisbremse eingeführt wird.

### 1325 ***Ökologische Landwirtschaft stärken***

1326 Unser Ziel ist es, die gesamte niedersächsische Landwirtschaft nachhaltiger und ökologischer  
1327 auszurichten. Unser Leitbild ist der ökologische Landbau, denn die ökologische Wirtschaftsweise trägt  
1328 durch ihren Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel und Pestizide zum Schutz des Bodens, des  
1329 Grundwassers und der Arten bei. Zudem ist der Ökolandbau deutlich klimaschonender, setzt hohe  
1330 Tierhaltungsstandards um und trägt durch seinen gegenüber konventionell wirtschaftenden Betrieben

1331 häufig höheren Personalbedarf zu Arbeit und Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Deshalb setzen wir  
1332 den Niedersächsischen Weg konsequent um, der eine Ausweitung des Ökolandbaus auf mindestens 10  
1333 Prozent bis 2025 und mindestens 15 Prozent bis 2030 vorsieht. Da Niedersachsen im Vergleich zu  
1334 anderen Bundesländern einen deutlich geringeren Ökolandbauanteil von aktuell 5,2 Prozent hat, ist das  
1335 ein ambitioniertes Ziel. Neben einer Ausweitung der Förderung der Betriebe insbesondere in den ersten  
1336 beiden Jahren der Umstellung, in denen die Produkte noch nicht als bio vermarktet werden können,  
1337 wollen wir GRÜNEN auch die Infrastruktur für die Verarbeitung und Vermarktung der ökologischen  
1338 Lebensmittel deutlich verbessern. Die Umstellung z. B. der Milchkuhhaltung auf bio ist schließlich nur  
1339 dann attraktiv, wenn auch eine Bio-Molkerei in erreichbarer Nähe ist. Gleiches gilt für Schlachtstätten für  
1340 tierhaltende Bio- und Direktvermarktungsbetriebe.

1341 Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit noch nicht durch die heimische Landwirtschaft gedeckt  
1342 werden. Hier ist viel Potenzial. Neben dem Ausbau der Vermarktung bestehen in der  
1343 Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von  
1344 Bioprodukten. Hier muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen und die Gemeinschaftsverpflegung in  
1345 Einrichtungen des Landes auf bio umstellen. Ein Niedersächsisches Biosiegel kann dabei hilfreich sein.

1346 Damit noch mehr Betriebe auf Ökolandbau umsteigen können, werden wir einen Aktionsplan Ökolandbau  
1347 gemeinsam mit den Verbänden umsetzen. Wir GRÜNEN werden sicherstellen, dass die dafür  
1348 erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Über eine Informationsoffensive sollen die Chancen des  
1349 Ökolandbaus breiter an konventionelle Landwirt\*innen vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu  
1350 motivieren. Auch den Flächenzugang für Biobetriebe erleichtern wir. Pachtflächen öffentlicher  
1351 Eigentümer sollen vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden. Die ökologische Ausrichtung der  
1352 Ausbildung stärken wir auch in den Berufs- und Hochschulen weiter. In der agrarwissenschaftlichen  
1353 Forschung und im Versuchswesen in Niedersachsen muss der Ökolandbau einen noch höheren  
1354 Stellenwert haben. Mit attraktiven Weiterbildungsangeboten wie Winterakademien für den Ökolandbau  
1355 verbreitern wir das Wissen über die ökologische Landwirtschaft.

### 1356 ***Keine Gentechnik auf unseren Äckern***

1357 Niedersachsen ist durch das Engagement von uns GRÜNEN gentechnikfreie Region und wird es auch  
1358 bleiben. Wir fördern die gentechnikfreie Eiweißversorgung mit einer Eiweißstrategie, die gezielt auf den  
1359 Anbau heimischer eiweißreicher Futtermittel setzt, um den Import von Soja als Futtermittel zu  
1360 reduzieren. Mit uns GRÜNEN bleibt Niedersachsen gentechnikfrei.

### 1361 ***Die Blaue Landwirtschaft – Aquakulturen ökologisch und nachhaltig gestalten***

1362 Heute stammt jeder dritte Speisefisch aus Aquakulturen – und das ist gut so, denn Wildbestände sind zu

1363 einem Großteil überfischt. Bei Aquakulturen wie Karpfen- und Forellenzuchten ist Niedersachsen führend.  
1364 Die Förderung der regionalen Erzeugung und Vermarktung führen wir fort. Die Fischwirtschaft aber muss  
1365 noch ökologischer ausgerichtet werden: Die Schädigung wertvoller Naturräume durch belastete  
1366 Abwasser, Antibiotikaeinsatz und nicht tiergemäße Haltungssysteme müssen der Vergangenheit  
1367 angehören. Wir GRÜNEN wollen die europäischen Fischereifördermittel gezielt zum Ausbau ökologisch  
1368 nachhaltiger und innovativer Aquakulturen nutzen. Dazu gehören geschlossene Kreislaufsysteme, in  
1369 denen das Wasser aufbereitet und in die Zuchtbecken zurückgeführt wird. Eine tiergerechte Haltung über  
1370 geringere Besatzdichten ist dabei für uns ebenso ein Muss wie der Verzicht auf umweltschädigende  
1371 Chemikalien und Antibiotika. Die traditionelle Teichwirtschaft, die auch ökologisch hochwertige Biotope  
1372 schafft, gilt es ebenso wie die wenigen Flussfischereien zu erhalten und zu fördern.

### 1373 ***Nachhaltige Fischereipolitik***

1374 Niedersachsen richtet seine Fischerei zunehmend nachhaltig aus. So lassen sowohl die Muschel- und  
1375 Krabbenfischer\*innen als auch große Teile der Hochseefischerei ihre Nachhaltigkeit vom Marine  
1376 Stewardship Council (MSC) überprüfen und zertifizieren, nehmen an Umweltprogrammen wie Fishing for  
1377 litter teil und beteiligen sich an der Erforschung und dem Einsatz besserer Fangtechnik. Dabei werden sie  
1378 durch eine Fischereiförderung, die auf hohe Umweltstandards setzt, unterstützt. Diesen Wege gehen wir  
1379 konsequent weiter. Nicht zuletzt durch die bereits durch uns GRÜNE angeschobene Förderung der  
1380 Erzeugergemeinschaft der Krabbenfischer konnten wieder auskömmliche Preise erzielt werden. Wir  
1381 GRÜNEN fordern eine bessere Berücksichtigung von Fischereibelangen bei der Genehmigung von  
1382 Verklappungsstellen für Hafenschlick, um so der Beeinträchtigung traditioneller Fanggründe  
1383 vorzubeugen. Wir setzen uns zudem dafür ein, die Fangquoten stärker an wissenschaftlichen  
1384 Erkenntnissen auszurichten.

## 1385 | **Für konsequenten Tierschutz**

1386 | Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz. Ställe und Haltung müssen den Bedürfnissen der Tiere  
1387 angepasst werden und nicht umgekehrt. Deshalb haben wir GRÜNEN gemeinsam mit dem  
1388 Lebensmittelhandel dafür gesorgt, dass die jahrzehntelange Praxis des Schnabelkürzens bei Legehennen  
1389 beendet wurde. Damit den Schweinen nicht der Schwanz abgeschnitten wird, haben wir eine  
1390 Ringelschwanzprämie eingeführt, die viele Nachahmer\*innen fand und auch von der CDU-  
1391 Landwirtschaftsministerin fortgeführt wurde. Unkupierte Schnäbel und Ringelschwänze sind schließlich  
1392 die besten Indikatoren für das Tierwohl, denn nur wenn Tiere auf engstem Raum gehalten werden und  
1393 Stress ausgesetzt sind, kommt es zu Schwanzbeißen und Federpicken. Es gibt zahlreiche  
1394 tierschutzpolitische Herausforderungen, die wir angehen werden, um an erfolgreiche GRÜNE Politik zum  
1395 Wohle der Tiere in Niedersachsen anzuknüpfen.

## 1396 | **Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung**

1397 Nach langwierigen und zähen Verhandlungen ist es den GRÜNEN Landwirtschaftsminister\*innen 2021  
1398 endlich gelungen, beim Bund ein Auslaufen der Fixierung von Sauen in Gittern (Kastenständen)  
1399 zumindest perspektivisch zu erreichen. Die bereitstehenden Fördermittel für den Umbau reichen aber bei  
1400 weitem nicht aus. Wir werden uns gegenüber dem Bund für wirksame Finanzierungsinstrumente zum  
1401 Umbau der Tierhaltung einsetzen, Mittel für niedersächsische Betriebe stärker verfügbar machen und um  
1402 zielgerichtete Landesförderinstrumente ergänzen.

1403 Wir GRÜNEN fordern artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese muss nach den neuesten  
1404 Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart ausgerichtet werden. Wir begrüßen, dass die  
1405 Ampelkoalition im Bund endlich obligatorische Prüf- und Zulassungsverfahren für tiergerechtere Ställe  
1406 einführt und die Vorschriften zum Schutz vor Stallbränden verschärft. Ein weiteres Tierschutzproblem in  
1407 der Schweinehaltung besteht noch immer: Niedersächsische Mastschweine werden viel zu häufig auf  
1408 Vollspaltenböden gehalten. Das ist mit dem Tierwohl nicht vereinbar. Wir GRÜNEN lehnen dies ab und  
1409 werden eine Haltung mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen zum Standard in Niedersachsen  
1410 machen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen wir auch in Niedersachsen endlich beenden. In der  
1411 Milchwirtschaft stärken wir die Kälberaufzucht, denn Mutter-Kalb-Haltung ist besonders tiergerecht.

1412 Wir sehen die Entwicklung in der Zucht von Nutztieren auf Hochleistung sehr kritisch und werden  
1413 Entwicklungen fördern, die auf Ausprägung von Merkmalen für tiergerechte Haltung, wie beispielsweise  
1414 das freie Abferkeln, zielen. Das bestehende Qualzuchtverbot im Bundestierschutzgesetz wurde bisher  
1415 nicht ausreichend umgesetzt und ist unvollständig. Gemeinsam mit der Bundesregierung wollen wir das  
1416 Qualzuchtverbot umsetzen. Das Ziel der neuen Bundesregierung, das Qualzuchtverbot zu konkretisieren,  
1417 unterstützen wir GRÜNEN aus Niedersachsen.

#### 1418 ***Den Antibiotikaeinsatz reduzieren***

1419 Noch immer werden in der Tiermast zu viele Antibiotika eingesetzt. Das ist gefährlich für unsere  
1420 Gesundheit, weil sich Krankheitserreger an Antibiotika gewöhnen und resistent werden. Solche  
1421 resistenten Keime stecken dann im Fleisch, sie gelangen über die Gülle oder den Geflügelkot in die  
1422 Umwelt und landen letztlich im menschlichen Körper. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung  
1423 zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung eine schlagkräftige Überwachungseinheit  
1424 beim Landesamt für Verbraucherschutz eingerichtet und den Antibiotikaeinsatz damit deutlich reduziert.  
1425 Die rot-schwarze Regierung hat diese erfolgreiche Einheit zerschlagen und die Überwachungsaufgabe bei  
1426 den Landkreisen angesiedelt, denen dafür Personal und häufig auch das Know-how fehlt. Deshalb werden  
1427 Wir GRÜNEN an die erfolgreiche Strategie von 2014 anknüpfen und die dringend erforderliche  
1428 Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes wieder zu einer Landesaufgabe machen. Besonders beunruhigend  
1429 ist, dass vor allem in der Geflügelhaltung vermehrt sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt werden, die  
1430 üblicherweise in der Humanmedizin genutzt werden, wenn andere Mittel nicht mehr ausreichend wirksam  
1431 sind. Wir können es uns nicht leisten, durch die Auswüchse der Massentierhaltung auch noch diese  
1432 Präparate als wirksame Therapeutika zu verlieren. Deshalb treten wir GRÜNEN für ein Verbot von  
1433 Reserveantibiotika in der Tiermast ein.

#### 1434 ***Schluss mit langen Tiertransporten***

1435 Viel zu viele Tiere werden jährlich lebend über zum Teil lange Distanzen transportiert. Vor allem  
1436 Transporte lebender Jungrinder in den Nahen Osten und nach Nordafrika haben im letzten Jahr deutlich  
1437 zugenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, Transporte von Tieren – auch von angeblichen  
1438 Zuchttieren – ins außereuropäische Ausland mit Transportzeiten von über acht Stunden grundsätzlich zu  
1439 verbieten. Auch innerhalb Deutschlands und der EU planen wir, die Standards bei Tiertransporten zu  
1440 verbessern: Transporte über sechs Stunden müssen grundsätzlich von eine\*r zweiten Fahrer\*in begleitet  
1441 werden. Den Transport zu Schlacht- und Maststätten wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Um  
1442 Verstöße wirksam zu ahnden, setzen wir uns für eine Verschärfung des Strafrahmens und eine Ausweitung  
1443 der Kontrollen ein. Ein Transport auf nicht zertifizierten Routen muss umgehend untersagt werden.

1444 Mobiles Schlachten, Weideschuss oder dezentrale Schlachteinrichtungen helfen, unnötige Tiertransporte  
1445 zu verhindern – diese Techniken möchten wir zukünftig gezielt fördern. Die derzeitigen Betäubungs- und  
1446 Schlachtmethoden stellen wir auf den Prüfstand. Um Fehlbetäubungen im Schlachthof zu verhindern,  
1447 muss qualifiziertes Personal eingesetzt werden, das zudem mehr Zeit erhält, um die einzelne Betäubung  
1448 durchzuführen. Daneben gilt es, weniger belastende Betäubungsarten zu entwickeln und die qualvolle  
1449 Betäubung mit CO<sub>2</sub> zu beenden, wie dies auch die EU fordert. Unser Ziel ist, dass Großbetriebe in Zukunft  
1450 vom Land kontrolliert werden und die Taskforce Verbraucherschutz beim Landesamt für  
1451 Verbraucherschutz (LAVES) deutlich verstärkt wird.

1452 ***Tierversuchsfreie Forschung vorantreiben***

1453 Wir GRÜNEN wollen weitestgehend auf Tierversuche verzichten und treiben daher Alternativen voran. Die  
1454 Fördermittel für Projekte, die die Zahl der Tierversuche wirksam reduzieren und neue Alternativmethoden  
1455 entwickeln, werden wir erhöhen und einen Preis für tierversuchsfreie Forschung ausloben. Wir GRÜNEN  
1456 werden den Tierschutz bei der Bewertung und Genehmigung von Versuchen stärken sowie die Kontrollen  
1457 ausbauen.

1458 ***Klare Vorgaben bei Tieren in Privathand – für einen sensiblen Umgang mit Wildtieren***

1459 Auch für mehr Tierschutz bei der privaten Tierhaltung setzen wir GRÜNEN uns ein. Um das Katzenelend  
1460 zu reduzieren, wollen wir die Kastration von Katzen durch kommunale Kastrationssatzungen mit  
1461 Förderprogrammen des Landes begleiten. Die von der Ampelkoalition im Bund angekündigte  
1462 Identitätsprüfung für den Onlinehandel mit Heimtieren unterstützen wir und setzen uns für ein Verbot  
1463 des postalischen Versandes von Tieren ein. Zudem wollen wir Spontankäufe durch eine stärkere Kontrolle  
1464 von Tierbörsen verhindern.

1465 Der internationale Wildtierhandel gefährdet den Artenschutz und erhöht das Risiko von auf den  
1466 Menschen übertragbaren Krankheiten. Die zunehmende Haltung von exotischen Tieren stellt  
1467 Einrichtungen, die Wildtiere aufnehmen, vor Herausforderungen, weil Halter\*innen nicht selten mit dem  
1468 Tier überfordert sind und dieses dann im Tierheim landet. Wir GRÜNEN werden die Halter\*innen von  
1469 exotischen Tieren frühzeitig mit Hilfe eines Sachkundenachweises dazu befähigen, ihre Tiere so  
1470 artgerecht wie möglich zu halten und sich der mit der Haltung verbundenen Herausforderungen und  
1471 Gefahren bewusst zu sein. Bestimmte Tiere, insbesondere gefährliche, gehören nicht in Privathände. Wir  
1472 treiben die Weiterentwicklung der niedersächsischen Gefahrtierverordnung voran und richten eine  
1473 zentrale Datei für exotische Wildtiere ein, auf die sowohl Veterinär- als auch Naturschutzbehörden Zugriff  
1474 haben. Wir GRÜNEN setzen uns ferner dafür ein, dass Wildtiere auch in zoologischen Einrichtungen so  
1475 tiergerecht wie möglich gehalten werden. Zoos müssen dazu verstärkt den veränderten  
1476 tiergartenbiologischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Zudem werden wir Tiergärten so unterstützen ,  
1477 dass sie auch als Auffangstationen für beschlagnahmte, nicht auswilderungsfähige Wildtiere aller Arten  
1478 dienen können. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen lehnen wir ab. Daher begrüßen wir das Vorhaben  
1479 der neuen Bundesregierung, eine Positivliste für Wildtiere einzuführen, die nach einer Übergangsfrist  
1480 noch in Zirkussen gehalten werden dürfen.

1481 ***Tierheime stärken***

1482 Wir GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung der Tierheime durch die Kommunen sichergestellt wird. Wir  
1483 werden uns für die bessere Unterstützung der Arbeit von Tierheimen einsetzen und ein Förderprogramm

1484 zur baulichen Sanierung von Tierheimen auflegen. Wir möchten auch weiterhin das wichtige freiwillige  
1485 und ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für den Tierschutz und die Tierheime stärken (vgl.  
1486 Niedersachsen in Bewegung).

1487 | **Moorschutz ist Klima- und Artenschutz**

1488 Moore entziehen als CO<sub>2</sub>-Senken der Atmosphäre Treibhausgase, sind Lebensraum für seltene Arten und  
1489 fungieren mit ihrer Schwammfunktion als natürliche Wassermanager und -filter. Doch fast alle unsere  
1490 Moore sind in einem schlechten Zustand. Entwässert geben sie das in ihnen über mehrere Tausend Jahre  
1491 gespeicherte CO<sub>2</sub> wieder frei und zersetzen sich immer weiter. Als moorreichstes Bundesland stehen wir  
1492 hier in besonderer Verantwortung. Rund 11 Prozent der niedersächsischen Treibhausgasemissionen  
1493 stammen aus trockengelegten Moorböden.

1494 Wir GRÜNEN wollen diesen Klimaschatz heben und machen aus unseren Moorböden wieder CO<sub>2</sub>-Senken.  
1495 Durch die Einrichtung einer Landesgesellschaft für Moorschutz bringen wir Tempo in den Moorschutz und  
1496 ermöglichen eine besonders effiziente Umsetzung der angekündigten Moorschutzmittel des Bundes in  
1497 Niedersachsen. Das Aktionsprogramm niedersächsische Moorlandschaften entwickeln wir weiter und  
1498 konkretisieren Ziele und Zeitpläne für die Wiedervernässung und den Stopp der Klimaemissionen aus  
1499 kohlenstoffhaltigen Böden. Wir lenken gezielt Kompensationsmaßnahmen in die Moorvernässung und  
1500 den Klimaschutz. Die Industrie nehmen wir wirksam in die Pflicht, vormalige Torfabbauflächen so zu  
1501 restaurieren, dass wieder eine torfbildende Vegetation entsteht.

1502 Die Umstellung bisheriger landwirtschaftlicher Nutzung auf moorerhaltende Bewirtschaftungsformen wie  
1503 die Paludikultur unterstützen und fördern wir (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Als Torfabbauland  
1504 Nummer 1 ist für uns GRÜNE klar, dass wir einerseits keine neuen Abbaugenehmigungen mehr erteilen  
1505 werden, aber gleichzeitig auch die Torfnutzung ersetzen und die Nachfrage somit senken müssen. Das  
1506 Land geht dabei mit gutem Beispiel voran: Es verzichtet auf den Einsatz torfhaltiger Erden auf  
1507 landeseigenen Flächen, nutzt torffreie Alternativen und achtet bei Neuanpflanzungen darauf, dass diese  
1508 aus torffreier Anzucht stammen. Dies gilt auch soweit möglich für Förderprogramme.

1509 Mit einem Programm Gärtnern ohne Torf für den gewerblichen Gartenbau unterstützen wir die  
1510 schrittweise Erhöhung des Anteils von Torfersatzstoffen im Erwerbsgartenbau. Durch das Label Torffrei  
1511 aus Niedersachsen schaffen wir Transparenz für Verbraucher\*innen sowie neue Absatzmärkte für torffreie  
1512 Alternativen. Innerhalb der EU und gegenüber dem Bund setzen wir uns für Moorschutzvereinbarungen  
1513 mit den weiteren torfreichen EU-Ländern und die Einführung einer wirksamen Torfabgabe auch bei  
1514 Importen ein. Auf diese Weise können wir Klimafolgekosten stärker einpreisen, die Torfnachfrage senken  
1515 und eine bloße Verlagerung des Torfabbaus verhindern.

1516 **8. Sozial und ökologisch bauen und wohnen**

1517 Gutes Wohnen ist für uns GRÜNE Grundrecht: Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und leiten die  
1518 ökologisch-soziale Transformation im Gebäudesektor ein. Von knappem und teurem Wohnraum in  
1519 Städten und Ballungsräumen bis hin zu Leerstand in Teilen des ländlichen Raumes – die  
1520 Herausforderungen sind vielfältig und unter Rot-Schwarz ist zu wenig passiert, um diese anzugehen. Es  
1521 braucht den Mut, neue Ideen und Nutzungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

1522 **Gutes Wohnen für alle**

1523 Die Sozialwohnungsquote in Niedersachsen geht stetig zurück – das werden wir GRÜNEN ändern. Wir  
1524 schaffen dauerhaft mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen, modernisieren den Gebäudebestand  
1525 klimagerecht und vitalisieren die Quartiere und Innenstädte. Um sowohl die Sanierung von Gebäuden, die  
1526 Stärkung des sozialen Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand und Milliardeninvestitionen mit dem  
1527 Niedersachsen Fonds (*vgl. Nachhaltig haushalten*) zu ermöglichen, gründen wir eine gemeinnützige  
1528 Landesgesellschaft Wohnen und Klima. Land und Kommunen sind beim Erneuern, Bauen und Vermieten  
1529 Vorreiter\*innen für modernen, bezahlbaren Wohnraum. Gemeinsam mit den Kommunen und ihren  
1530 Wohnungsbaugesellschaften saniert die Landesgesellschaft für Wohnen und Klima den Gebäudebestand  
1531 der öffentlichen Hand klimaneutral, barrierefrei und sozial – vom Mietshaus bis zum Ministerium. Zudem  
1532 schafft sie neuen öffentlich-gemeinnützigen Wohnraum, möglichst durch ressourcenschonendes  
1533 Aufkaufen, Ausbauen und Aufstocken von Gebäuden. Neubau erfolgt, wo zwingend nötig, klimagerecht  
1534 und flächenschonend.

1535 Die Gründungen neuer Wohnungsbaugenossenschaften fördern wir und stärken Bauräger\*innen, die sich  
1536 dem Gemeinwohl verpflichten und langfristige Sozial- und Mietpreisbindungen eingehen. BÜNDNIS  
1537 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen unterstützen das Ziel der Bundesregierung, eine neue  
1538 Wohngemeinnützigkeit auf den Weg zu bringen. Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus und  
1539 honorieren nach Vorbild anderer Bundesländer verstärkt ökologisches, energieeffizientes,  
1540 klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen Wohnungsbau. Einen besonderen Fokus legen  
1541 wir auf die Förderung von Umbauten. Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung,  
1542 teilweise ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen des  
1543 gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte Bauernhäuser zu  
1544 Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende Gebäude mit Fördermitteln  
1545 barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit attraktiver gemacht werden.

1546 ***Mietpreisbremse konsequent anwenden und Mieter\*innenberatung ausbauen***

1547 Wir stellen sicher, dass die Mietpreisbremse, wo immer im Land notwendig, angewendet werden kann  
1548 und stärken die Vorkaufsrechte von Kommunen bei Immobilien- und Grundstücksveräußerungen. Immer  
1549 mehr Wohnungen werden dem Mietmarkt entzogen und profitabel als Ferienwohnung oder möblierte  
1550 Short-Term-Rentals genutzt – nicht nur auf den Ferieninseln. Deshalb planen wir, das  
1551 Zweckentfremdungsgesetz nachzuschärfen und den Kommunen zu ermöglichen, es überall zur  
1552 Anwendung zu bringen. Auf dem Wohnungsmarkt sind Mieter\*innen ihren Vermieter\*innen aufgrund des  
1553 knappen Angebots an Wohnraum nicht selten ausgeliefert. Mangelnde Kenntnis der Rechtslage führt  
1554 dann oft dazu, dass Vermieter\*innen regelwidrig Mietpreise erhöhen, Kauttionen nicht richtig verwahren  
1555 oder viel zu hohe Mieten verlangen. Wir weiten die Mieter\*innenberatung aus und richten eine  
1556 landesweite Hotline ein, bei der Bürger\*innen eine kostenlose Miet- und Mietrechtsberatung erhalten.  
1557 Einen besonderen Fokus legen wir hierbei auf Fragen der Diskriminierung auf dem Mietmarkt.

1558 Wir GRÜNEN stehen für konsequenten Wohnraumschutz und wollen gutes Wohnen für alle zum Standard  
1559 machen, auch für Gemeinschaftsunterkünfte etwa für Erntehelfer\*innen oder Beschäftigte in der  
1560 Schlachtbranche. Wir machen die im Wohnraumschutzgesetz verankerten Standards auch für  
1561 Gemeinschaftsunterkünfte verbindlich. Zusätzlich stärken wir die Wohnraumaufsicht, um sicherzustellen,  
1562 dass das Gesetz für menschenwürdiges Wohnen Für Menschen in Wohnungsnotfällen wollen wir  
1563 Fachstellen einrichten, die Menschen kurzfristig vor der Obdachlosigkeit schützen.

1564 ***Menschen aus der Wohnungslosigkeit begleiten***

1565 Die zunehmende Wohnungsnot und die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt hat auch die Zahl der  
1566 Wohnungs- und Obdachlosen steigen lassen. Mehr als zehntausend Menschen in Niedersachsen sind  
1567 betroffen. Wenn Menschen ihre Wohnung verlieren, werden sie in einem elementaren Grundrecht  
1568 beschnitten. Wir sorgen dafür, dass das Recht auf Wohnen für alle Menschen in Niedersachsen eingelöst  
1569 und Obdachlosigkeit deutlich verringert wird. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen Obdachlosigkeit ist  
1570 zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt. Das vorhandene kommunale Netz der Fachstellen zur  
1571 Wohnungssicherung, die tätig werden, wenn Wohnungsverlust droht, muss gestärkt und weiter ausgebaut  
1572 werden. Auch wollen wir dafür sorgen, dass möglichst flächendeckend Hilfsangebote greifen, um  
1573 Mieter\*innen bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen zu unterstützen. Einen  
1574 erfolgversprechenden Ansatz, um Menschen aus der Obdachlosigkeit zu begleiten, verfolgen Housing  
1575 first-Projekte. Es hat sich gezeigt, dass viele soziale Probleme erst dann gut angegangen werden können,  
1576 wenn Menschen wieder in einer Wohnung leben. Mit Housing first wird Wohnungslosen eine Wohnung in  
1577 Kombination mit sozialer Unterstützung angeboten. Die Betroffenen werden dann, sobald sie eine  
1578 Wohnung haben, je nach Situation bei der Beantragung von Sozialleistung und dem (Wieder-)Einstieg ins  
1579 Berufsleben begleitet. Mit einem Landesprogramm gegen Wohnungslosigkeit werden wir Housing first-

1580 Projekte gezielt fördern, Obdachlosenunterkünfte und soziale Unterstützungsmaßnahmen ausbauen und  
1581 die Förderung der langfristigen Mieter\*innenbegleitung für Wohnungslose verbessern. Wir wollen ein  
1582 Sonder-programm Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen und Wohnungslose im Rahmen der sozialen  
1583 Wohnraumförderung auflegen, den Ankauf von Belegrechten unterstützen und gemeinsam mit den  
1584 Kommunen dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Risiken der Vermietung von Wohnraum an Personen in  
1585 besonderen Problemlagen aufgefangen werden. Eine gute und zielgruppengerechte Beratungsstruktur ist  
1586 auch für die große Zahl von wohnungslosen Migranten\*innen und Geflüchteten wichtig. Dies werden wir  
1587 mit den Kommunen angehen.

### 1588 ***Nachhaltig bauen und sanieren – Klimaschutzpotenziale heben***

1589 Die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.  
1590 Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung schadstofffreier, nachwachsender und recycelter  
1591 Baustoffe. Gebäude sind die Rohstofflager der Zukunft – das Recycling der Baumaterialien denken wir  
1592 bereits im Planungsprozess mit. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss, Deponie und  
1593 Rohstoffkosten. Renovierung, Umbau und Modernisierung haben stets Vorrang vor Abriss. Bereits beim  
1594 Neubau denken wir mit, dass die Gebäude zurückgebaut oder recycelt werden können. Wir integrieren  
1595 entsprechende Auflagen in bestehende Förderprogramme und bringen ein Programm für den Einsatz von  
1596 Recycling-Baustoffen auf den Weg. Die von uns GRÜNEN errichtete Klima- und Energieagentur  
1597 Niedersachsen (KEAN) bauen wir aus und entwickeln sie zur Klima- und Nachhaltigkeitsagentur weiter –  
1598 mit mehr Kompetenzen auch im Bereich Material- und Ressourcenschonung sowie ökologisches Bauen.  
1599 Wir legen einen Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf.

1600 Wir GRÜNEN bringen die energetische Sanierung voran. Das senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen und reduziert  
1601 Wohnkosten. Die vorhandenen Förderinstrumente stellen wir auf den Prüfstand und entwickeln sie  
1602 bedarfsgerecht weiter. Das Fördermittelvolumen werden wir an der Nachfrage ausrichten und die  
1603 Beratung ausbauen: Jeder Person, die energetisch sanieren will, bieten wir Unterstützung an. Um die  
1604 Sanierungsrate schnell und effizient zu erhöhen, stärken wir die Möglichkeiten der seriellen Sanierung.  
1605 Unsere GRÜNE Wärmewende ist eine soziale: Wir flankieren die energetischen Sanierungen mit einem  
1606 Förderprogramm zur Wärmewende, das gezielt bei unteren Einkommensgruppen ansetzt und dazu  
1607 beiträgt, dass die Gesamtmieten nicht steigen. Dies bedeutet, gerade in Altbauten die stärkere  
1608 energetische Sanierung oder den Austausch von Öl- und Gasheizungen gegen erneuerbare Energien so zu  
1609 fördern, dass die Einsparungen bei Öl- und Gas höher sind als die Mehrkosten durch die Investition. So  
1610 wird vor allem an immer teurer werdenden Heizkosten gespart. Durch dieses Förderprogramm profitieren  
1611 alle. Die Vermieter\*in bekommt ein energiesparenderes, modernes Gebäude, die Mieter\*innen senken die  
1612 Heizkosten und leben in einem klimaverbesserten Gebäude. Durch den Fokus auf Altbauten mit hohen

1613 Energieverbräuchen und einkommensschwachen Mieter\*innen schützen wir wirksam das Klima und  
1614 halten die Gesamtmiete mindestens stabil.

1615 Mit der Solardachpflicht, einem Förder- und Ausbauprogramm für klimaneutrale Wärmepumpen auf Basis  
1616 erneuerbarer Energien, Geothermieanlagen und Kleinwindrädern bringen wir die Energiewende in den  
1617 Gebäudesektor. Besondere Synergieeffekte für Energiegewinnung, nachhaltige Gebäudekühlung und ein  
1618 gesundes Stadtklima bietet die gezielte Kombination von Solar- und Gründächern, die wir besonders  
1619 honorieren werden. Mieter\*innen profitieren von der gebäudeeigenen Energiegewinnung durch  
1620 Mieterstromangebote. Um den Anteil an erneuerbaren Energien beim Heizen auszubauen und das fossile  
1621 Zeitalter auch im Heizungskeller zu beenden, bringen wir nach Vorbild Baden-Württembergs ein eigenes  
1622 Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf den Weg. Mit diesem werden wir schrittweise verpflichtende  
1623 Mindestquoten für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder Sanierung einführen (vgl. Energiewende  
1624 gestalten).

1625 Das Land als Bauherr wird mit der neuen Landesgesellschaft für Klima und Wohnen Vorreiter bei der  
1626 Energiewende im Gebäudebestand sein. Wir stellen klimagerechte Standards für landeseigene Gebäude  
1627 auf, sanieren diese grundsätzlich mit kreislaufgerechten Materialien und nutzen soviel erneuerbare  
1628 Energien wie möglich. Nach einem festen Zeit- und Fahrplan machen wir die öffentlichen Gebäude bis  
1629 2035 klimaneutral und fangen mit der Sanierung der klimaschädlichsten Altbauten an. Bei  
1630 Auftragsvergaben der öffentlichen Hand stärken wir die Gewichtung von Qualitätskriterien gegenüber  
1631 dem Preis und legen ökologische Grundanforderungen für Baustoffe fest. Die Fortbildung und Beratung  
1632 der Vergabestellen in diesem Bereich bauen wir aus, damit sie Spielräume des Vergaberechts zum  
1633 nachhaltigen und zukunftsfähigen Bauen gezielt nutzen können (vgl. *Niedersachsen, ein Staat der*  
1634 *funktioniert*).

### 1635 **Baurecht modernisieren – Baudenkmäler erhalten**

1636 Die Landesbauordnung braucht ein Update. Wir passen sie an die Klima- und Nachhaltigkeitsziele an. Das  
1637 ökologische und klimaschonende Bauen, den Einsatz von alternativen Baustoffen wie Stroh und Holz und  
1638 die Sanierung von Bestandsbauten stärken wir GRÜNEN – beispielsweise durch Abweichungen von  
1639 Neubaurichtlinien und die Erleichterung der Zertifizierung von umweltgerechten und recycelten  
1640 Baustoffen. Für den Einsatz von Recycling-Baustoffen legen wir Mindestquoten fest, auch in öffentlichen  
1641 Ausschreibungen. Bei Neubau und grundlegender Dachsanierung verankern wir eine Solarpflicht sowohl  
1642 bei gewerblichen als auch bei privaten Gebäuden. Wir vereinfachen den Dachgeschossausbau,  
1643 beispielsweise mit Blick auf die Anforderungen der Barrierefreiheit, und verbessern die Möglichkeiten zu  
1644 unterschiedlichen Nutzungen auf einem Grundstück. Mischgebiete erleichtern wir und bringen so  
1645 gemeinsam mit den Kommunen Modelle wie Wohnen über dem Supermarkt voran. Insbesondere in  
1646 Großstädten, wo durch die Stärkung der autofreien Innenstädte und den Ausbau niedrigschwelliger

1647 Carsharing-Angebote immer weniger Haushalte ein eigenes Auto haben, schaffen wir die  
1648 Stellplatzvorgaben ab. Die Bauverwaltung stärken wir, um zielorientierten Vollzug zu ermöglichen und  
1649 die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

1650 Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmalern aus unterschiedlichen Epochen. Die Bewahrung  
1651 dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor Herausforderungen. Viele der in Niedersachsen  
1652 unter Denkmalschutz stehenden Gebäude sind mit ihren Naturbaustoffen Vorbilder für ökologisches  
1653 Bauen. Diese werden wir behutsam energetisch sanieren und auf die Nutzung erneuerbarer Energien  
1654 umstellen. Dazu nehmen wir den Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon der verpflichtend  
1655 abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz auf. Begrenzungen und Hemmnisse für die Nutzung  
1656 reversibler Solaranlagen auf denkmalgeschützten Dächern schaffen wir ab.

## 1657 ***Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten***

1658 Was wären unsere Städte ohne ihr Umland, was die ländlichen Räume ohne die Städte? Die aktuellen  
1659 Herausforderungen von Klimawandel bis zur Corona-Pandemie zeigen, wie wichtig es ist, die Stadt-Land-  
1660 Beziehungen und regionalen Kreisläufe zu stärken. Von eng verzahnten Verkehrsverbänden, regionalen  
1661 Innovationssystemen und Wirtschaftsclustern, Energie-, Kreislaufwirtschafts- und Ernährungssystemen  
1662 über soziale Infrastrukturen und vernetzte Naturräume bis zu regionalen Kultur-, Erholungs- und  
1663 Tourismusangeboten – das bringen wir gemeinsam mit Akteur\*innen vor Ort auf den Weg.

1664 Wir GRÜNEN denken Landesentwicklung ganzheitlich und stellen die Besonderheiten und  
1665 Wechselbeziehungen aller Regionen in den Mittelpunkt. Es bedarf endlich eines echten  
1666 Landesentwicklungsplans, der die verschiedenen Fachstrategien zusammenführt und Basis für regionale  
1667 Handlungsstrategien sowie Planungs- und Förderinstrumente ist. Das Landes-raumordnungsprogramm  
1668 machen wir zu einem Gestaltungsinstrument für die ökologische Transformation und stimmen alle  
1669 Planungen auf die Umwelt- und Klimaziele ab. Um den Windenergieausbau schneller voranzubringen,  
1670 werden wir 2,5 Prozent der Landesfläche als geeignete Vorrangflächen für Windenergie ausweisen und 15  
1671 Prozent der Landesfläche in ein Biotopverbundsystem überführen. Zur Umsetzung der verbindlichen  
1672 Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur Ausweisung und  
1673 Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene. Raumordnung und Planfeststellung verzahnen wir noch  
1674 stärker – damit letztere nicht erst anfängt, wenn das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist.

## 1675 ***Klimaschonende Siedlungsentwicklung – Flächenverbrauch stoppen***

1676 Durch eng vernetzte flächenschonende Verkehrs- und Siedlungsplanung beugen wir weiterer Zersiedlung  
1677 vor und bringen bis 2030 die Neuversiegelung auf unter drei Hektar pro Tag und bis zum Jahr 2050 auf  
1678 Netto-Null. Siedlungsgebiete sollen eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken  
1679 konsequent geschlossen werden. Dazu setzen wir Anreize und treiben dies mit den Kommunen, in letzter  
1680 Konsequenz auch mit einer Baupflicht, voran.

1681 Unsere Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) machen wir zur Partnerin der Kommunen bei der  
1682 örtlichen Siedlungsentwicklung und nutzen deren Möglichkeiten zur Bevorratung, zum Verkauf und zur  
1683 Verpachtung von Flächen im Sinne des Gemeinwohls. Den Kommunen räumen wir GRÜNEN wo möglich  
1684 im Rahmen unseres Grundstücksverkehrsgesetzes bessere Vorkaufsrechte für Baugrundstücke ein. Wir  
1685 stärken die Flächenkreislaufwirtschaft, z. B. durch überregionale Flächenpools, intelligente  
1686 Flächenzertifikatesysteme, den Einsatz von Flächen- und Leerstandsmanager\*innen. Mit Modellprojekten  
1687 zum generationenübergreifenden Gebäude- und Flächentausch, wie Jung kauft alt oder  
1688 Wohnungstauschbörsen, bringen wir flächenschonende Wohnformen voran. Zudem wirken wir damit dem  
1689 Effekt entgegen, dass Erfolge der Senkung des Energieverbrauchs pro Quadratmeter durch immer größere

1690 Wohnflächen pro Person zunichtegemacht werden. Werden im Ausnahmefall neue Baugebiete  
1691 ausgewiesen, müssen diese klimaneutral sein. Eine zentrale, klimaneutrale Wärme- und Stromversorgung  
1692 zum Beispiel mittels Solarenergie oder Geothermie muss bei der Quartiersentwicklung eingeplant  
1693 werden.

#### 1694 ***Attraktive Städte und lebendige ländliche Räume***

1695 Städte sind kleine Ökosysteme mit einem Mikroklima – ein gesundes Stadtklima ist elementar für  
1696 attraktive urbane Räume. Wir werden Modellprojekte zur Umsetzung von klimaneutralen Quartieren und  
1697 Klimaanpassungsmaßnahmen wie Starkregenvorsorge verstärkt fördern. In verdichteten Innenstädten  
1698 schaffen wir Entsiegelungsanreize, das Stadtgrün zu erhalten und bunte vielfältige Gründächer zu  
1699 gestalten. Dies verbessert das Stadtklima und macht Städte attraktiver und lebenswerter (*vgl. Kapitel*  
1700 *Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden*).

1701 Innovative Idee zur Stadtentwicklung von Smart Cities über Schwammstädte bis zu lokalen Ökonomien  
1702 bringen wir GRÜNEN gemeinsam mit den Kommunen in Form von vielfältigen Modellprojekten voran und  
1703 unterstützen diese beim Best-Practice-Austausch. Zur Reduzierung von gewerblichem Leerstand in  
1704 Innenstädten setzen wir Anreize für Multinutzungskonzepte und Zwischennutzungen, beispielsweise für  
1705 gemeinnützige Akteur\*innen oder kulturelle Träger, und bauen bestehende Hemmnisse für diese im  
1706 Baurecht ab.

1707 Ländliche Räume gewinnen an Attraktivität – neue Formen des digitalen Arbeitens ermöglichen ganz  
1708 neuen Berufsgruppen ein Leben im ländlichen Raum ohne lange Wege. Neben einer guten Verkehrs- und  
1709 Internetanbindung und wohnortnaher Versorgungsinfrastrukturen braucht es innovative Formen der  
1710 Dorfwirtschaft. Wir bringen Initiativen zur Schaffung von Begegnungsorten im ländlichen Raum voran,  
1711 die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen bündeln.  
1712 Dorfläden und -büros sowie Co-Working-Spaces als innovative Möglichkeit für mobile Arbeit fördern wir.  
1713 Der Zusammenhalt von Nachbarschaften in Dorf und Stadtquartieren ist keine Selbstverständlichkeit. Eine  
1714 gute Stadtplanung, die menschenfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes, die aktive  
1715 Unterstützung von sozialen Beziehungen sollen dazu beitragen, Quartiers- und Dorfgemeinschaften zu  
1716 stärken und resilienter zu machen. Wir haben vor, die Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftsinitiativen,  
1717 Dorfgemeinschaftshäusern und Stadtteiltreffs gemeinsam mit den Kommunen zu stärken (*vgl.*  
1718 *Zivilgesellschaft unterstützen*).

1719 Innovationscluster und Modellregionen stärken die regionale Wertschöpfung und beleben ländliche  
1720 Räume. Hier gibt es noch viel Potenzial, das wir heben wollen. Großflächige Einzelhandelsansiedlungen  
1721 auf der grünen Wiese und Outlet-Center an Autobahnen hingegen lehnen wir ab. Sie ziehen Kaufkraft aus

1722 den Innenstädten und Dorfkernen ab und lösen unnötige neue Verkehrsströme aus (vgl. *Innovatives*  
1723 *Niedersachsen*).

#### 1724 **Starke Verbraucher\*innen**

1725 Bei der Transformation zu einer nachhaltigen und klimagerechten Gesellschaft spielen Verbraucher\*innen  
1726 eine Schlüsselrolle. Verkehrs-, Ernährungs-, Energie- und Wärmewende, Divestment, Digitalisierung – all  
1727 dies gelingt nur mit Verbraucher\*innen. Eine bewusste Entscheidung der Verbraucher\*innen bedarf guter  
1728 Verbraucher\*inneninformation. Erste Anlaufstelle ist unsere niedersächsische Verbraucherzentrale, die wir  
1729 fit für die Themen der Zukunft machen. Wir bauen sowohl digitale Beratungsangebote als auch die Vor-  
1730 Ort-Beratung in der Fläche weiter aus. Dazu testen wir auch neue Modelle wie die mobile Beratung. Das  
1731 thematische Beratungsspektrum und die Marktwächterfunktion müssen entlang der aktuellen  
1732 Herausforderungen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Ernährung, Energie, Finanzen und  
1733 Vorsorge, Medien, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die Verbraucher\*innen brauchen aber nicht nur  
1734 Beratung, sie brauchen auch ein\*e Anwalt\*in für ihre Rechte. Die Verbraucherzentrale unterstützen wir  
1735 daher dabei, die Möglichkeit der neuen Europäischen Verbandsklagerichtlinie aktiv nutzen zu können und  
1736 als Klägerin eine Musterfeststellungsklage zu führen.

#### 1737 **Gutes Essen für alle**

1738 Niedersachsen als Agrar- und Ernährungsland hat das Potenzial, eine richtungsweisende, zukunftsfähige  
1739 Ernährungslandschaft zu gestalten. Stadt und Land, Produzent\*innen und Konsument\*innen, Tradition  
1740 und Moderne zusammen denken ist unser GRÜNES ernährungspolitisches Leitbild. Eine  
1741 Ernährungsstrategie auf dem Papier allein reicht nicht – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sie um. Dabei  
1742 beziehen wir die Ernährungsräte aktiv ein, die sich in immer mehr niedersächsischen Städten und  
1743 Kommunen bilden.

1744 Wichtigster täglicher Essensort ist für viele Menschen die Kantine. Wir wollen, dass es dort gutes,  
1745 gesundes, möglichst regional produziertes Essen zu fairen Preisen gibt. Projekte wie das Kopenhagener  
1746 House of Food und die Berliner Kantine Zukunft zeigen, wie die Gemeinschaftsverpflegung der Zukunft  
1747 aussehen kann - mit und ohne Currywurst. Sie beraten und begleiten Großküchen bei der Umstellung zu  
1748 mehr Bioprodukten. Wir werden auch in Niedersachsen solche Beratungsangebote für Kantinen von der  
1749 Kita bis zum Mobilitätsunternehmen schaffen, damit diese erfolgreich auf mehr Bioprodukte umstellen.  
1750 Zudem bringen wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg (vgl. GRÜNE machen Schulen).

1751 Noch immer landen zu viele Lebensmittel in der Tonne. Wir ergreifen Maßnahmen, um die  
1752 Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Lebensmittelretter\*innentüten, Noch länger gut- Aktionen,  
1753 Überraschungstüten zu Ladenschluss zum günstigen Preis, lokale Fairteilerstationen oder Angebote der

1754 Tafeln – diese vielfältigen Ansätze bringen wir voran. Für besonders innovative Projekte loben wir einen  
1755 Lebensmittelretter\*innen-Preis aus. Das Containern muss endlich entkriminalisiert und das  
1756 Mindesthaltbarkeitsdatum modernisiert werden. Aktuelle Vorstöße auf Bundes- und EU-Ebene  
1757 unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Niedersachsen. Lebensmittelverschwendung fängt häufig  
1758 schon bei der Ernte an. Damit weniger Reste auf dem Feld liegen bleiben, stärken wir alternative Absatz-  
1759 und Vermarktungswege für krummes Gemüse sowie Erntereste und nutzen Spielräume bei der  
1760 Anwendung von Vermarktungsnormen. In der Außer-Haus-Verpflegung schaffen wir ein stärkeres  
1761 Bewusstsein für das Entstehen der Lebensmittelabfälle und setzen Modellprojekte zur Reduktion um,  
1762 beispielsweise in der Schulverpflegung.

### 1763 ***Förderstrategie zur Entwicklung von Stadt und Land aus einem Guss***

1764 Die Ämter für regionale Landesentwicklung machen wir zu der zentralen Förderinstitutionen für die  
1765 Flächen- und Strukturförderung in Niedersachsen, um so eine optimal an den regionalen Bedürfnissen  
1766 orientierte Förderung aus einer Hand zu gewährleisten. Die regionalen Programme der EU-Struktur- und  
1767 Flächenfonds und die verschiedenen Landessprogramme richten wir daran aus, dass sie die ökologische-  
1768 soziale Transformation gestalten, vielfältige soziale Infrastrukturen schaffen und nachhaltige  
1769 Mobilitätsangebote für alle ermöglichen. Unsere GRÜNE Förderstrategie greift sowohl die Ziele des  
1770 europäischen Green Deals als auch die von unten entwickelten Regionalen Handlungsstrategien  
1771 konsequent auf. Maßnahmen, die Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen. In  
1772 klimarelevanten Förderprogrammen schreiben wir konkrete Klimaziele fest sowie einen Mindestanteil an  
1773 Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielen. Wir stärken die Beratung für  
1774 Antragsteller\*innen, von den Kommunen bis zur ehrenamtlichen Initiative, vereinfachen den  
1775 Antragstellungsprozess, verbessern die Möglichkeiten zur digitalen Antragstellung und entwickeln neue  
1776 Instrumente zur Wirkungs- und Erfolgsmessung.

1777 **Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren**

1778 **Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden**

1779 **Wasser ist Leben – Sauberes Wasser ist Lebensgrundlage**

1780 „Wasser ist ein Menschenrecht – keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt und  
1781 sorgsam behandelt werden muss“, so formuliert es die Nationale Wasserstrategie. Doch unser Wasser  
1782 steht unter Druck. Ob Nitrat oder Medikamentenreste: Immer mehr Schadstoffe belasten Grundwasser,  
1783 Bäche und Flüsse. Die Klimakrise verschärft das Problem. Nur 2 Prozent der niedersächsischen Bäche,  
1784 Flüsse und Seen sind in einem guten ökologischen Zustand – dabei soll dieser nach EU-  
1785 Wasserrahmenrichtlinie bis spätestens 2027 für alle Gewässer erreicht sein. Der Wasserschutz ist in den  
1786 letzten Jahren massiv unterfinanziert gewesen, Fortschritt wurde kaum erreicht. Wasserschutz muss in  
1787 den politischen Fokus rücken. Wir sorgen dafür, dass wir auch in Zukunft immer sauberes und bezahlbares  
1788 Wasser zur Verfügung haben. Die Dürresommer haben gezeigt, dass Nutzungskonkurrenzen um die  
1789 Ressource Wasser zunehmen und stärker in die Vorsorge investiert werden muss.

1790 Wir GRÜNEN passen daher das Niedersächsische Wassergesetz an die Herausforderungen der Gegenwart  
1791 und Zukunft an. Kommunen geben wir bei Genehmigungsverfahren zu Grundwasserentnahmen die  
1792 Möglichkeit eines vorsorglichen Klimapuffers. Durch die rasante Änderung unseres Klimas müssen zur  
1793 Ermittlung der nutzbaren Grundwasserressourcen aktuelle Messdaten sowie Klimaprognosen  
1794 zugrundegelegt werden. Den Einsatz moderner Effizienz- und Kreislauftechnologien befördern wir durch  
1795 strengere Vorgaben für Wasserrechtsverfahren. Genehmigungen zur Entnahme von Grund- oder  
1796 Oberflächenwasser darf es in Zukunft nur geben, wenn der Bedarf durch Effizienztechnik minimiert und  
1797 das Potenzial von Alternativen wie der Nutzung von Prozess-, Regen- oder Brauchwasser ausgeschöpft ist.

1798 Wir sorgen dafür, dass ökologische Aspekte bei der Gewässerunterhaltung berücksichtigt werden. Die  
1799 Ausnahmen bei der Wasserentnahmegebühr für die Erdöl- und Erdgasindustrie, den Sand- und Kiesabbau  
1800 und den Abbau von Bodenschätzen streichen wir. Mit einem Vorteilsmaßstab bei den Beiträgen zu den  
1801 Wasser- und Bodenverbänden ähnlich wie in Schleswig-Holstein berücksichtigen wir den Vorteil von  
1802 Laubwald- und Moorflächen für den Gewässerschutz, die Grundwasserneubildung und die  
1803 Starkregenvorsorge. Den Nährstoffüberschuss bauen wir durch wirksame Düngerechtskontrollen und eine  
1804 flächengebundene Tierhaltung ab (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

1805 Wir gehen gegen die Verbreitung von Nitrat, multiresistenten Keimen, Antibiotika- und  
1806 Medikamentenrückständen, Mikroplastik und weiteren Spurenstoffen in unseren Bächen, Flüssen und  
1807 Seen vor. Dabei haben für uns die Bekämpfung an der Quelle und das Verursacherprinzip Priorität. Mit

1808 einer aktualisierten Antibiotika- und Medikamenten-Minderungsstrategie für Tier und Mensch führen wir  
1809 die Erfolge aus GRÜNER Regierungszeit fort. Mit einer Untersuchung zur Belastung von Böden und  
1810 Gewässern mit Mikroplastik schaffen wir einen Überblick über die Ist-Situation und leiten darauf  
1811 aufbauend gezielt Maßnahmen ein, um (Mikro-)Plastikeinträge zu reduzieren. Um die steigenden Kosten  
1812 bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung aufzufangen, setzen wir uns für einen Verursacherfonds  
1813 ein, um damit die Produktverantwortung der Medikamentenhersteller zu stärken.

1814 Die Salzeinleitungen durch den Konzern K+S wollen wir GRÜNEN bis spätestens 2027 beenden. Unsere  
1815 Weser ist kein Abwasserkanal für Millionen Tonnen Industrieabfälle. Weitere Verschiebungen der  
1816 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und der 2016 vereinbarten Absenkung der Grenzwerte an Werra  
1817 und Weser sind für uns nicht akzeptabel. Wir sehen die Kaliindustrie in der Verantwortung, ihre Altlasten  
1818 zu sanieren. Die Ablagerung von Bauschutt auf den Kalihalden ist nicht geeignet, Salzauswaschungen in  
1819 Gewässer zu stoppen. Wir haben vor, den Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten und Kalirückstände  
1820 primär in die Bergwerke rückzuversetzen. Die Verklappung von Schlick – wie zurzeit mit Hamburger  
1821 Baggergut vor Scharhörn geplant – im oder am Rande des Nationalparks Wattenmeer lehnen wir  
1822 entschieden ab.

1823 Die Vertiefungen von Elbe, Weser und Ems lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für ein norddeutsches  
1824 Hafenkonzzept ein (vgl. Innovatives Niedersachsen).

### 1825 ***Lebendige und gesunde Bäche, Flüsse und Seen***

1826 Wir GRÜNEN legen mit dem Gewässerentwicklungsplan 200 wilde Bäche für Niedersachsen ein  
1827 priorisiertes Maßnahmenprogramm für die Renaturierung von Oberflächengewässern vor, um endlich  
1828 Bewegung in die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu bringen. Wir schaffen außerdem klare  
1829 Zuständigkeiten für die Umsetzung der ökologischen Gewässerentwicklung und entlasten die  
1830 Unterhaltungsverbände von Planungs- und Finanzierungsrisiken. Bis 2023 evaluieren wir das aktuelle  
1831 System und prüfen, inwiefern die ökologische Gewässerentwicklung vom Land selbst übernommen  
1832 werden sollte. Wir führen darüber hinaus verbindliche Sachkundenachweise mit Schulungen für die  
1833 naturverträgliche Durchführung von Unterhaltungsarbeiten an Gewässern ein. Bei unseren  
1834 Förderprogrammen nutzen wir auch gezielt die Synergien zwischen Wasser- und Naturschutz und  
1835 verknüpfen die Umsetzung von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie.

1836 Die Wasserkraftnutzung muss mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und dem Gewässerschutz in  
1837 Einklang gebracht werden. Dazu müssen bestehende Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten  
1838 weiterentwickelt werden und dürfen nicht weiter unsere Flüsse und Bäche blockieren.

1839 ***Klimafolgenanpassung: Zu viel und zu wenig Wasser sind zwei Seiten einer Medaille***

1840 Durch die Klimakrise werden wir in Niedersachsen in Zukunft mehr Dürresommer und  
1841 Starkregenereignisse haben. Ein kluges, ökologisches Wassermanagement hilft sowohl bei regenreichen  
1842 als auch bei regenarmen, trockenen und heißen Tagen und ist unabdingbar für die  
1843 Klimafolgenanpassung. Wir helfen dabei, unsere niedersächsischen Kommunen zu Schwamm-Kommunen  
1844 und Green Cities weiterzuentwickeln. Die Biodiversität und Begrünung unserer Kommunen, die Stärkung  
1845 des Wasserrückhaltes und das natürliche Versickern durch die Begrünung von Dächern, Fassaden und  
1846 öffentlichen Flächen unterstützen wir von Landesebene mit vielfältigen bestehenden Förderangeboten,  
1847 die wir bedarfsgerecht weiterentwickeln. Für uns gilt das Prinzip: Grün statt Grau. So kann sich genug  
1848 Grundwasser neu bilden und durch ausreichend Versickerungsflächen wird der Hochwasserschutz  
1849 gestärkt. Die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden steigt und im Sommer sind die Menschen  
1850 besser gegen Hitzeereignisse gewappnet. Eine ausreichende Starkregenvorsorge findet in den meisten  
1851 Kommunen aktuell nicht statt. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erarbeitung von  
1852 Starkregenvorsorgekonzepten und schaffen im Niedersächsischen Wassergesetz analog zu Nordrhein-  
1853 Westfalen eine Finanzierungsgrundlage für die Starkregenvorsorge.

1854 Ökologischer Hochwasserschutz dient gleichzeitig der öffentlichen Sicherheit und dem Naturschutz.  
1855 Flüssen und Auen geben wir wieder mehr Raum und schaffen Durchlässigkeit. Moore vernässen und  
1856 restaurieren wir und geben ihnen ihre Funktion als natürliche Schwammflächen zurück (vgl. Moorschutz  
1857 ist Klimaschutz).

1858 ***Saubere Luft zum Atmen***

1859 Ohne saubere Luft können wir nicht leben. Hier zeigt sich besonders, dass Umweltschutz und soziale  
1860 Gerechtigkeit zusammengehören. Menschen mit geringem Einkommen können es sich oft nicht  
1861 aussuchen, ob sie an vielbefahrenen Straßen oder in der Nähe von Kraftwerken leben oder arbeiten. Doch  
1862 beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken oder eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben. Grenzwerte  
1863 zum Schutz der Gesundheit müssen flächendeckend eingehalten werden. Der Umstieg auf saubere,  
1864 klimaneutrale Mobilität, die Begrünung unserer Kommunen, der Ausstieg aus der Massentierhaltung und  
1865 das Erzeugen sauberer, grüner Energie statt der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas machen auch  
1866 unsere Luft sauberer. Wir unterstützen darüber hinaus die Kommunen bei der luftqualitätsgerechten  
1867 Stadt- und Gemeindeplanung.

1868 ***Unsere Böden schützen***

1869 Böden sind unsere Lebensgrundlage: Sie filtern das Wasser, regulieren unser Klima und sind die  
1870 Grundlage für unsere Nahrungsmittelproduktion. Unser Ziel ist, den Flächenfraß zu reduzieren (vgl. Stadt  
1871 und Land zusammen zukunftsfähig gestalten).

1872 Landwirt\*innen unterstützen wir dabei, bodenschonender und schadstoffreduzierter zu arbeiten und den  
1873 Humusaufbau zu stärken (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch unsere Böden sind von Mikroplastik  
1874 betroffen. Die Folgen der Anreicherung der kleinen Plastikteilchen sind jedoch wenig erforscht. Wir  
1875 setzen uns für das Vorsorgeprinzip und daher für eine möglichst plastikarme Land- und Bauwirtschaft ein.  
1876 Dazu führen wir unter anderem ein Pfandsystem für Ackerfolien ein.

1877 ***Für die Artenvielfalt***

1878 Der Schutz der biologischen Vielfalt ist für unser Überleben von grundlegender Bedeutung und von  
1879 Beginn an das zentrale Anliegen von uns GRÜNEN. Neben der Klimakrise ist das Artensterben die zweite  
1880 große ökologische Herausforderung unserer Zeit. Wir wollen den Reichtum unserer biologischen Vielfalt  
1881 und unserer Lebensräume erhalten und schützen. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund (NABU) und dem  
1882 Berufs- und Erwerbsimkerbund haben wir GRÜNEN im Frühsommer 2020 ein Volksbegehren  
1883 ArtenvielfaltJetzt! gestartet. Die breite Beteiligung niedersächsischer Bürger\*innen hat deutlich gemacht:  
1884 Wir müssen mehr für die Erhaltung unserer heimischen Arten und ihrer Lebensräume tun. Die rot-  
1885 schwarze Landesregierung war gezwungen, die Ziele und Gesetzesvorschläge des Volksbegehrens  
1886 weitgehend zu übernehmen und das Naturschutz-, Wasser- und Waldgesetz endlich zu ändern.

1887 Leider vernachlässigen SPD und CDU die Umsetzung. Viele Förderprogramme sind noch immer nicht auf  
1888 den Weg gebracht und Verordnungen für mehr Natur- und Artenschutz lassen auf sich warten. Wir  
1889 GRÜNEN werden die infolge des Volksbegehrens im Niedersächsischen Weg getroffenen Vereinbarungen  
1890 wirksam umsetzen, wie z. B. die Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiesen-vogelschutzprogramme oder  
1891 ein besseres Monitoring bedrohter Arten (Rote Listen). Zudem unterstützen wir die Naturschutzbehörden  
1892 dabei, ihre dadurch entstandenen neuen Aufgaben zielgerichtet wahrzunehmen. Wir werden zusätzliche  
1893 Anreize zur Renaturierung von Wäldern, Mooren, aber auch artenreichem Grünland schaffen. Für bedrohte  
1894 Arten legen wir besondere Schutzprogramme auf. Doch all das reicht nicht, um das Artensterben wirklich  
1895 zu beenden. Wir werden deshalb das Ziel der EU, 30 Prozent der Landfläche wirksam zu schützen,  
1896 schrittweise umsetzen. Wir brauchen neben einer echten Naturschutzoffensive eine Agrarwende (vgl. Für  
1897 eine andere Agrarpolitik) und eine Reduzierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs (vgl. Sozial und  
1898 ökologisch bauen und wohnen, Stadt und Land gemeinsam zukunftsfähig gestalten).

1899 ***Unsere Schutzgebiete wirksam schützen***

1900 Auch 30 Jahre nach Verabschiedung der europäischen FFH-Richtlinie und vier Jahre nach Verstreichen der  
1901 allerletzten Nachmeldefrist sind in Niedersachsen noch immer nicht alle Schutzgebiete wirksam als Natur-  
1902 oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Darüber hinaus genügen zahlreiche Schutzgebiete nicht  
1903 annähernd naturschutzfachlichen Mindestanforderungen. Die Schutzziele sind häufig zu vage gefasst –  
1904 fast überall fehlen Maßnahmen- und Managementpläne zum Erhalt oder zur Verbesserung des  
1905 Erhaltungszustandes. Niedersachsen ist damit absolutes Schlusslicht in Deutschland.

1906 Wir GRÜNEN werden das zügig ändern und schnellstens alle noch nicht als Natur- oder  
1907 Landschaftsschutzgebiete ausgewiesenen Teile des Natura 2000-Schutzgebietsnetzes (FFH- und EU-  
1908 Vogelschutzgebiete) sichern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass die Schutzgebietsverordnungen den  
1909 naturschutzfachlichen Anforderungen tatsächlich entsprechen und dass Maßnahmen zum guten Erhalt

1910 umgesetzt werden. Gleiches gilt für die Schutzgebiete im Landeswald, die von den Niedersächsischen  
1911 Landesforsten verwaltet werden. Für uns GRÜNE ist entscheidend: Hinter dem Schutzgebietsschild muss  
1912 die Natur tatsächlich wirksam geschützt werden – zu viel ist hier bisher Etikettenschwindel. Dank des  
1913 Volksbegehrens ist es gelungen, innerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-Gebieten endlich den  
1914 Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide auf Grünland grundsätzlich auszuschließen. Wir GRÜNEN sorgen  
1915 dafür, dass diese und andere Maßnahmen in der Fläche wirksam von einer Landesbehörde unter Aufsicht  
1916 des Umweltministeriums kontrolliert werden (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch brauchen wir ein  
1917 öffentlich einsehbares landesweites Kataster der ökologischen Ausgleichsflächen und Ersatzmaßnahmen.

1918 Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, der Nationalpark Harz, der auch Flächen in Sachsen-  
1919 Anhalt umfasst, und das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue sind die Perlen des Naturschutzes  
1920 in Niedersachsen. Wir GRÜNEN stehen dafür, diese Highlights des Natur- und Artenschutzes auch  
1921 weiterhin wirksam zu schützen und zu entwickeln. Darüber hinaus werden wir mit Sachsen-Anhalt die  
1922 geplante Ausweisung des länderübergreifenden Biosphärenreservats Drömling vorantreiben. Gemeinsam  
1923 mit Thüringen als Drittem im Bunde streben wir die Ausweisung der weltweit einzigartigen Südharzer  
1924 Gipskarstlandschaft als länderübergreifendes Biosphärenreservat an. Denn der Südharzer Zechsteingürtel  
1925 ist ein Hotspot der biologischen Vielfalt, mit dem wir um eine Anerkennung als UNESCO-  
1926 Biosphärenreservat werben. Dazu starten wir einen Beteiligungsprozess mit den Kommunen und  
1927 Akteur\*innen der Region, um die vielfältigen Nutzungsansprüche wie Tourismus, Rohstoffgewinnung und  
1928 Naturschutz für eine nachhaltige Entwicklungsperspektive in Einklang zu bringen. Wir bekennen uns zum  
1929 „Gipsfrieden“ und lehnen eine Ausweitung der Vorranggebiete für den Gipsabbau ab.

1930 Bei Gebietsbetreuung und Management unserer Naturschutzgebiete spielen die von  
1931 Naturschutzverbänden getragenen Ökologischen Stationen eine wichtige Rolle. Wir werden weitere  
1932 Ökologische Stationen gründen, die bestehenden dauerhaft absichern und auch die Naturparks weiter  
1933 fördern. Das von uns geschaffene Landesbüro der Naturschutzverbände (LabÜN) werden wir stärken.

### 1934 ***Den Biotopverbund sichern***

1935 Für die Artenvielfalt und den Erhalt wertvoller Naturräume werden wir GRÜNEN einen landesweiten  
1936 Biotopverbund auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche schaffen. Nationalparks, Biosphärenreservate,  
1937 Natur- und zum Teil auch Landschaftsschutzgebiete bilden die Kernflächen des Biotopverbunds. Diese  
1938 werden entlang von Landschaftselementen und ökologischen Trittsteinen verbunden, um ein Netzwerk  
1939 natürlicher Lebensräume zu schaffen. Strukturierende Landschaftselemente wie Fließgewässer, Weg- und  
1940 Feldraine oder auch Hecken, Feldgehölze, Alleen und Baumreihen haben eine besondere Bedeutung für  
1941 die Biotopvernetzung. Deshalb verbinden wir Bäche, Flüsse, Seen und Auen mit ihren  
1942 Gewässerrandstreifen und Entwicklungskorridoren zu einem Blauen Band. Zudem beteiligen wir uns am

1943 Erhalt und der Sicherung des Grünen Bandes als Naturschutzgroßprojekt entlang der ehemaligen  
1944 innerdeutschen Grenze.

1945 Wir GRÜNEN sichern die Verbindungselemente des Biotopverbundes und bauen zusätzliche Wald- und  
1946 Grünbrücken zur Vernetzung von Lebensräumen bestimmter Arten aus, beispielsweise  
1947 Wildkatzenkorridore. Darüber hinaus werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die  
1948 Wegeseitenränder als ungenutzte oder extensiv genutzte Strukturen in der Landschaft zurückzugewinnen  
1949 und wiederzubeleben. Diese in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive in die Nutzung genommenen  
1950 Flächen sind in der Regel Eigentum der Kommunen und können unsere oftmals ausgeräumte Landschaft  
1951 als Trittsteinelemente beleben. Allein werden wir schützen und auch als Kulturgut erhalten.

### 1952 ***Das Artensterben bekämpfen***

1953 Die Bekämpfung des Artenschwunds duldet keinen weiteren Aufschub. Wir schützen den Reichtum  
1954 unserer natürlichen Lebensgrundlagen, damit es auch morgen noch summt und brummt in Stadt und  
1955 Land, auf Feldern, Wiesen und Wäldern. Grünflächen und Schutzgebiete im Landeseigentum werden wir  
1956 insektenfreundlich bewirtschaften (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch die Landesstraßenbaubehörde  
1957 nehmen wir in die Pflicht für eine insektenschonende Pflege des Straßenbegleitgrüns und etablieren ein  
1958 landesweites Insekten-Monitoring als belastbare Datengrundlage für den Insektenschutz. Die ökologische  
1959 Flurbereinigung führen wir wieder ein und fördern mit EU-Mitteln gezielt eine Neuordnung von Flächen,  
1960 die auch den Zielen des Natur-, Wasser- und Klimaschutzes zugutekommt.

### 1961 ***Unsere Wiesenvögel wirksam schützen***

1962 Niedersachsen hat bundes- und europaweit eine hohe Verantwortung für den Schutz der Wiesenvögel,  
1963 wie des Großen Brachvogels, der Uferschnepfe oder der Bekassine. Deren Bestände sind seit den 1980er  
1964 Jahren um zum Teil mehr als 80 Prozent eingebrochen, weil Grünland in Ackerflächen umgewandelt und  
1965 das verbleibende Grünland intensiv genutzt wurde. Die bisherigen Wiesenvogelschutzprogramme haben  
1966 sich als nicht ausreichend wirksam erwiesen, um den Niedergang der Bestände entscheidend aufzuhalten,  
1967 geschweige denn eine Trendumkehr einzuleiten. Auf Druck des Volksbegehrens ArtenvielfaltJetzt! sind  
1968 von der Landesregierung zwar notwendige Maßnahmen zum Schutz der Wiesenvögel zugesagt worden –  
1969 leider ist in der Umsetzung seither zu wenig passiert. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, die Zusagen in  
1970 konkrete Programme zu überführen. Grünland ist auf eine Nutzung angewiesen. Deshalb werden wir für  
1971 die beteiligten Landwirt\*innen nicht nur Ertragseinbußen ausgleichen, sondern darüber hinaus wirksame  
1972 Anreize für eine den Wiesenvögeln zuträgliche Bewirtschaftung setzen. Dazu gehört auch extensive  
1973 Beweidung (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Den Erfolg dieser Maßnahmen werden wir stetig prüfen, im  
1974 Bedarfsfall Anpassungen vornehmen und wo nötig gezielt mit ordnungsrechtlichen  
1975 Bewirtschaftungsauflagen zum Schutz des Wasserhaushaltes kombinieren.

1976 ***Das Wolfsmanagement versachlichen***

1977 Die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen ist eine der wenigen Erfolgsgeschichten des Natur- und  
1978 Artenschutzes. Dieser Erfolg ist jedoch alles andere als konfliktfrei. Zwar geht die Zahl der Nutztierrisse  
1979 dank verstärktem Schutz und Prävention mittlerweile zurück, doch für die einzelnen  
1980 Weidetierhalter\*innen sind die Verluste durch Wolfsübergriffe konsequent zu entschädigen und ihnen  
1981 Hilfen anzubieten. Forderungen nach einer willkürlichen Bejagung oder wolfsfreien Zonen erteilen wir  
1982 eine Absage. Wir wollen den Umgang mit dem Wolf wieder versachlichen. Unser Ziel ist ein  
1983 Wolfsmanagement, das sowohl den Naturschutz als auch die berechtigten Interessen der  
1984 Weidetierhalter\*innen berücksichtigt.

1985 Wir setzen auf einen flächendeckenden Herdenschutz, verbesserte Förderung von  
1986 Präventionsmaßnahmen und Unterstützung von weidetierhaltenden Betrieben, u. a. über eine  
1987 Weidetierprämie, um die schwierige, wirtschaftliche Lage zu verbessern (vgl. Für eine andere  
1988 Agrarpolitik). Die Haltung von Herdenschutztieren unterstützen wir mit besonderem Fokus auf den  
1989 Herdenschutz am Deich. Wir richten ein Herdenschutzteam ein, das für von Wolfsrissen betroffene  
1990 Tierhalter\*innen und benachbarte Betriebe schnelle Hilfe bei der Verbesserung des Herdenschutzes  
1991 leistet, um weitere Angriffe zu verhindern.

1992 Dessen ungeachtet wird es in Ausnahmefällen erforderlich sein, einzelne Wölfe, die regelmäßig  
1993 wolfsabweisende Umzäunungen überwinden oder eine Gefahr für den Menschen darstellen, zu töten. Die  
1994 niedersächsische Wolfsverordnung werden wir zusammen mit allen Beteiligten im Einklang mit dem  
1995 europäischen und dem Bundesrecht überarbeiten und willkürliche Abschüsse ausschließen. Bestrebungen  
1996 der SPD und CDU, rechtlich wirkungslose Obergrenzen für den Wolfsbestand festzusetzen oder den Wolf  
1997 zu bejagen, erteilen wir GRÜNEN eine eindeutige Absage – denn das ist weder zielführend noch  
1998 erforderlich.

1999 ***Wälder schneller klimatauglich machen***

2000 Unsere Wälder sind für uns GRÜNE natürliche Lern- und Erholungsorte, die für alle zugänglich sein  
2001 müssen und deren vielfältige Funktionen es zu erhalten gilt. Der Klimawandel und damit einhergehend  
2002 Wassermangel, Hitzewellen und Krankheiten bedrohen unseren Wälder. In den trockenen Sommern 2018  
2003 bis 2020 sind Fichtenforste großflächig dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen. Der Waldzustandsbericht  
2004 des Bundes zeichnet ein düsteres Bild: Noch nie ging es unserem Wald so schlecht. Gleichzeitig sind  
2005 unsere Wälder wertvolle CO<sub>2</sub>- und Wasserspeicher, die es als natürliche Puffer gegen die Klimakrise zu  
2006 erhalten und stärken gilt.

2007 Wir GRÜNEN bringen den ökologischen Waldumbau hin zu klimarobusteren Laub- und Mischwäldern mit  
2008 standortheimischen Bäumen voran. Die ökologischen Leistungen von Wäldern fördern wir im Landes- und  
2009 im Privatwald: beispielsweise durch den Verbleib von Tot- und Schadholz im Wald und Maßnahmen zum  
2010 Humusaufbau, zum Wasserrückhalt sowie zur Bekämpfung von Waldbodenverdichtung. Waldtypen, die in  
2011 trockenen Regionen besonders positiv zur Grundwasserneubildung beitragen, werden wir in der  
2012 Förderung honorieren, während Förderungen wie die der nicht heimischen Douglasie der Vergangenheit  
2013 angehören. Die nach wie vor viel zu hohen Stickstoffeinträge durch hohe Ammoniakemissionen aus der  
2014 Massentierhaltung setzen unserem Wald massiv zu und verstärken den klimabedingten Stress unserer  
2015 Bäume weiter – diesen werden wir reduzieren (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

2016 Mit dem von uns GRÜNEN wesentlich vorangetriebenen Volksbegehren ArtenvielfaltJetzt! haben wir  
2017 bereits eine ganze Reihe positiver Entwicklungen in den niedersächsischen Wäldern erreicht: Im Solling  
2018 wurde zusätzlich zu den 10 Prozent Naturwald in den Landesforsten ein weiteres rund 1.000 Hektar  
2019 großes Naturwaldgebiet ausgewiesen, in dem sich der Wald künftig natürlich entwickeln kann. Die  
2020 Biodiversitätsstrategie des Bundes, die vorsieht, 10 Prozent des Landeswaldes aus der forstlichen  
2021 Nutzung zu nehmen, damit sich der Wald dort natürlich entwickeln kann, haben wir GRÜNEN in der  
2022 Regierung von 2013 bis 2017 umgesetzt. Unser Ziel bleibt aber, 5 Prozent des Gesamtwaldes, vorrangig  
2023 in öffentlichen Wäldern, in Niedersachsen zu Naturwäldern ohne Nutzung zu machen.

2024 Im Landeswald, der rund ein Drittel der Waldfläche in Niedersachsen ausmacht, haben der Klima- und  
2025 Artenschutz künftig Vorrang vor der Nutzung. Wir machen ihn noch ökologischer, bewirtschaften ihn  
2026 schonend und zertifizieren ihn weitgehend nach den Standards des Forest Stewardship Council (FSC).  
2027 Zudem werden wir die Waldfläche in öffentlicher Hand erhöhen. Zusammen mit den Landesforsten setzen  
2028 wir auf geeigneten Flächen eine Aufforstungsoffensive für mehr klimaresistente Laub- und Mischwälder  
2029 um – damit erzielen wir positive Aspekte für den Klima- und Wasserschutz. Das Programm zur  
2030 Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung (LÖWE) führen wir fort und entwickeln es weiter auch als  
2031 Vorbild für die Förderung des Privatwaldes. Mit dem Klimawandel steigt die Gefahr von verheerenden  
2032 Waldbränden. Wir müssen praxistaugliche Waldbrandschutzkonzepte entwickeln und die Feuerwehren für  
2033 Waldbrand und andere Vegetationsbrände besser ausstatten.

#### 2034 ***Gesetze alleine reichen nicht – Umwelt- und Naturschutzverwaltung stärken***

2035 Gute Gesetze und Verordnungen sind das Eine, ihre tatsächliche Umsetzung das Andere. Nirgendwo gilt  
2036 diese Binsenweisheit so sehr wie im Umwelt- und Naturschutz. Ursache der Misere sind nicht sachgerecht  
2037 ausgestattete Umwelt- und Naturschutzbehörden im Land sowie in den Städten und Landkreisen. Durch  
2038 Personalmangel finden Kontrollen nur unzureichend statt. Wir stärken die Umwelt- und  
2039 Naturschutzverwaltung als Treiber für den Schutz unserer Lebensgrundlagen – insbesondere für  
2040 Pflichtaufgaben wie die Umsetzung der FFH-Richtlinie und der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die

2041 Strafverfolgung von Umweltvergehen intensivieren wir und führen Umweltbeschwerdestellen ein, denn  
2042 Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt und Umweltverbrechen dürfen nicht weiter im Verborgenen  
2043 bleiben.

2044 ***Für eine zeitgemäße Jagd***

2045 Wir GRÜNEN treten für eine an ökologischen und zeitgemäßen wildbiologischen Kriterien orientierte und  
2046 ethisch vertretbare Jagd sowie ein ökologisches Jagdrecht ein. Dabei werden wir vor allem die Liste der  
2047 jagdbaren Arten überarbeiten – anhand von Kriterien wie Bestandssituation einer Art und Nutzung der  
2048 Tierbestandteile. Arten, die aufgrund ihrer Bestandssituation nicht mehr bejagt werden dürfen, wollen wir  
2049 aus dem Jagdrecht streichen. Eine Jagd auf Beutegreifer und auf alle gefährdeten Arten sowie die Jagd in  
2050 Jagdgattern lehnen wir ab. In Schutzgebieten ordnen wir die Jagd dem jeweiligen Schutzzweck unter. Das  
2051 gilt auch für die Jagd auf rastende und überwinterte Gänse.

2052 Wir GRÜNEN setzen uns für ein Verbot von Totschlagfallen und Bautenjagd ein. Den Einsatz von  
2053 Lebendfallen im Jagdbetrieb werden wir unter behördliche Genehmigungspflicht stellen. Der Besitz von  
2054 und Handel mit verbotenen Fanggeräten ist komplett zu untersagen, um Tierschutzvergehen zu  
2055 verhindern. Die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir den  
2056 Abschuss von Katzen grundsätzlich ab. Schießübungen müssen für aktive Jäger\*innen verpflichtend  
2057 werden.

## 2058 **Atomkraft – teuer und gefährlich**

2059 Die Atomkraft lehnen wir GRÜNEN weiterhin klar und entschieden ab. Sie ist keine Lösung für die  
2060 Klimakrise, denn sie ist teuer, risikobehaftet und produziert große Mengen von gefährlichem Müll. Zudem  
2061 hat sich gerade in der Ukraine gezeigt, dass Atomkraftwerke ein unkalkulierbares Eskalationspotenzial  
2062 besitzen und eine große Gefahr darstellen. Wir haben mit der Wind- und Sonnenenergie bereits die  
2063 nötigen Technologien gegen die Klimakrise, doch mit dem bisher produzierten Atommüll müssen wir  
2064 einen Umgang finden. Insbesondere wir GRÜNEN aus Niedersachsen haben uns über Jahrzehnte für einen  
2065 transparenten, lernenden Suchprozess nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll eingesetzt.  
2066 Das Standortauswahlverfahren muss mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz  
2067 fortgesetzt werden. Dabei gilt Sicherheit vor Eile. Wir GRÜNEN werden dies kritisch begleiten und uns für  
2068 echte Mitspracherechte für die betroffenen Regionen einsetzen. Die niedersächsischen Teilgebiete  
2069 vernetzen wir miteinander und verbessern die fachlichen Beratungsangebote. Mit einer  
2070 Forschungsoffensive für Standortauswahl und Endlagerung sichern wir den Forschungsbedarf und  
2071 kritischen Sachverstand für die Endlagersuche ab.

2072 Ein Erfolg ist, dass nach jahrzehntelangem Kampf der völlig ungeeignete Salzstock Gorleben wegen  
2073 geologischer Mängel aus der Endlagersuche ausgeschieden ist. Nun muss die nukleare Infrastruktur am  
2074 Standort Gorleben zurückgebaut werden. Das Bergwerk muss verfüllt und die Pilotkonditionierungsanlage  
2075 zur endlagergerechten Umverpackung des Mülls schnellstmöglich abgebaut werden. Einen regionalen  
2076 Stakeholder-Dialog für eine zukunftsfähige Nutzung der Flächen und Gebäude unterstützen wir.

## 2077 ***Neues Sicherheitskonzept für die Zwischenlagerung***

2078 Wann ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll zur Verfügung stehen wird, ist bislang nicht absehbar.  
2079 Selbst wenn der aktuelle Zeitplan Bestand hat, gibt es eine zeitliche Lücke zwischen dem Auslaufen der  
2080 Zwischenlagereignisungen und der Inbetriebnahme des Endlagers. Folglich muss eine Debatte über  
2081 die notwendigen verlängerten Zwischenlagerzeiträume sowie über die Sicherheitskonzepte der  
2082 Lagerstandorte geführt werden. Wir niedersächsischen GRÜNEN werden uns bei der Bundesregierung für  
2083 eine Zwischenlagerkommission und eine damit verbundene Beteiligung der Zivilgesellschaft an den  
2084 betroffenen Zwischenlagerstandorten einsetzen.

## 2085 ***Atomausstieg vollenden***

2086 Mit dem AKW Emsland geht Ende 2022 zeitgleich mit Isar 2 und Neckarwestheim 2 das letzte  
2087 Atomkraftwerk in Niedersachsen vom Netz. Das ist ein riesiger Erfolg der Antiatombewegung und  
2088 GRÜNER Politik. Nun gilt es, den Rückbau auf höchstem Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Um den  
2089 Atomausstieg zu vollenden, muss endlich auch die Brennelementefabrik in Lingen geschlossen werden

2090 und solange mindestens der Export von Brennelementen an Risikoreaktoren in Nachbarländer verboten  
2091 werden. Dafür setzen wir uns gegenüber der Bundesregierung ein.

### 2092 ***Transparenter Endlagersuchprozess für schwach- und mittelradioaktive Abfälle***

2093 Wir setzen uns für einen transparenten und lernenden Endlagersuchprozess auch für schwach- und  
2094 mittelradioaktive Abfälle ein – mit einheitlichen Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlagerung und  
2095 Einlagerung entsprechend dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Wir begrüßen den Antrag  
2096 auf Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für Schacht Konrad, denn die Sicherheitskriterien aus den  
2097 1980er Jahren sind veraltet und können nicht mehr angesetzt werden.

2098 Wir prüfen, ob ein Atommüll-Logistikzentrum bzw. Zwischenlager – wie aktuell in Würiggassen geplant –  
2099 notwendig ist oder stattdessen auch eine Direktanlieferung an ein Endlager möglich ist. Gegenüber der  
2100 Bundesregierung setzen wir uns für einen Neustart des intransparenten Verfahrens ein.

2101 Die Einlagerungsbedingungen der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle im Zwischenlager Leese  
2102 entsprechen nicht den heutigen Anforderungen und der Pachtvertrag für das Gelände des Zwischenlagers  
2103 läuft 2030 aus. Nicht nur mit Blick auf das Zwischenlager Leese, sondern generell muss in einem  
2104 transparenten Verfahren endlich ein Sicherheitskonzept für den zukünftigen Umgang mit den Abfällen in  
2105 den Zwischenlagern erarbeitet werden.

### 2106 ***Atommüll aus der Asse holen***

2107 Für die Asse gilt: die schnellstmögliche Rückholung ist das Ziel. Alle Teilprojekte der Rückholung müssen  
2108 weiter konsequent in einem transparenten Verfahren unter Bürger\*innenbeteiligung vorangetrieben  
2109 werden. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit der Begleitprozess wieder in Gang  
2110 gebracht wird und die Belange der Betroffenen und der Wissenschaft, u. a. über die Asse-II-Begleitgruppe  
2111 und die Arbeitsgruppe Optionen – Rückholung (AGO), gehört werden. Wir unterstützen  
2112 Bürger\*inneninitiativen dabei, ihren Sachverstand in die Stilllegungs- und Rückbauverfahren einzubringen  
2113 und fordern gegenüber der Bundesregierung ein, dass alle kritischen Punkte sorgfältig abgearbeitet  
2114 werden. Die Auswahl eines Zwischenlagerstandorts war laut einem unabhängigen Expert\*innengremium  
2115 nicht sachgerecht. Die Alternativenprüfung für einen Zwischenlagerstandort muss daher  
2116 nachvollziehbarer gestaltet werden als bisher.

2117 ***Wir gestalten Niedersachsen – chancengerecht und solidarisch***

2118 ***Gute Kinderbetreuung im ganzen Land***

2119 Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen für den beruflichen  
2120 Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie  
2121 und ist elementare Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2122 sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung.

2123 Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und Unterstützung von Kindern und  
2124 Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und  
2125 Fähigkeiten entdecken. Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und  
2126 Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern- und Lebensorten  
2127 entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher\*innen gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht  
2128 nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine Entlastung für die Erzieher\*innen, damit sie genug Zeit  
2129 haben, allen Kindern gerecht zu werden.

2130 Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein wichtiger Schritt,  
2131 dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um allen Kindern ein wohnortnahes Angebot  
2132 machen zu können. Zudem haben aktuell viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher  
2133 setzen wir uns für eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und  
2134 brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen mit besonderen  
2135 Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende oder im Schichtdienst Arbeitende.

2136 Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die Qualität der Angebote  
2137 weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards und ein Qualitätsmanagement für  
2138 Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu  
2139 einer guten Qualität gehört für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es  
2140 daher, das Verhältnis von Pädagog\*innen und Kindern kontinuierlich zu verbessern. Um das zu erreichen,  
2141 brauchen wir in den Kitas endlich einen Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine  
2142 stundenweise Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten, damit  
2143 sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und den Eltern gerecht werden  
2144 können.

2145 ***Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an***

2146 Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und Förderung aller Kinder  
2147 in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür

2148 schreiben wir in jeder Gruppe eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine  
2149 Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit barrierefreien Räumlichkeiten  
2150 im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine  
2151 behindertengerechte Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in  
2152 Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe und Förderung von  
2153 Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden.

#### 2154 ***Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln***

2155 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren zu  
2156 unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung mit Familien-  
2157 und Elternarbeit und schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen  
2158 Hilfen und Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu solchen  
2159 Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind: in den Kindertagesstätten.  
2160 Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren  
2161 ermöglichen sowie (Grund-)Schulen die Möglichkeit geben, ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir  
2162 nutzen Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende  
2163 Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die Gründung und den Betrieb von  
2164 Familienzentren erleichtert.

#### 2165 ***Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen***

2166 Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch kindgerechtes  
2167 Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine Rolle. Diesen Trend wollen wir  
2168 unterstützen, denn er ist wichtig, um die Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen  
2169 Menschen zu unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine zentrale  
2170 Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen Überstunden in den Kitas sind es gerade  
2171 Fortbildungen und die Etablierung solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die  
2172 Fachkräftesituation deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden wir  
2173 künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten wollen wir erleichtern,  
2174 indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere Bundesländer anpassen.

#### 2175 ***Fachkräftemangel begegnen, Erzieher\*innen besser bezahlen***

2176 Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten Fachkräften. Ein  
2177 wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich ist die zu geringe Bezahlung für diese  
2178 anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste  
2179 Ausbildungsvergütung auf den Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken.

2180 Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr  
2181 Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher\*innenberuf zu ermöglichen. Hierzu gehört auch  
2182 eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, um Menschen mit  
2183 Migrationsgeschichte mit entsprechenden Berufskennnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu  
2184 vereinfachen. Wir sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und  
2185 lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die Arbeitsbedingungen für  
2186 Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote  
2187 ermöglicht werden. Noch immer ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer  
2188 werden beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung an Schulen,  
2189 durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung diese Berufe attraktiver  
2190 machen. Vielen Fachkräften fällt es mit zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil  
2191 etwa die Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das Thema  
2192 Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte aufzeigen, um sie im Beruf zu halten.

2193 ***GRÜNE Politik macht Schule***

2194 Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu  
2195 lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der  
2196 individuellen Herkunft abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges  
2197 Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert.

2198 Unser Ziel ist, dass jede\*r Schüler\*in einen guten Bildungsabschluss erreicht, der den eigenen Fähigkeiten  
2199 und Talenten entspricht. Deutschland hat im internationalen Vergleich immer noch eines der  
2200 ungerechtesten und sozial selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss  
2201 auf die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler\*innen durch das gegliederte  
2202 Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung  
2203 der Kinder im Wege.

2204 Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler\*innen, die besonders große Lasten  
2205 tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit verbundene Aussetzen von Routinen, durch den  
2206 zwischenzeitlichen Verlust ihres sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der  
2207 Schüler\*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in Niedersachsen setzt auf  
2208 das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die als attraktive  
2209 Ganztagschule Freiräume für individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung  
2210 der Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht sehen wir dieses  
2211 bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken  
2212 werden.

2213 Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen mit ausreichend gut  
2214 ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen  
2215 Infrastruktur so auszustatten, dass sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir  
2216 mit dem Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu sanieren und aufzuwerten, um vor  
2217 Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen.

2218 ***Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule***

2219 /nternationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom gemeinsamen Lernen  
2220 profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere Schüler\*innen. Und dort, wo die  
2221 Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch  
2222 gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause  
2223 nicht so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule muss Chancen  
2224 eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln und auf gezielte individuelle

2225 Förderung setzen. Für uns ist das längere gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben,  
2226 um Schüler\*innen alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu befördern.  
2227 Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter stärken und auch die Gymnasien  
2228 durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege der schulischen Laufbahn möglichst lange  
2229 offengehalten werden.

### 2230 ***Damit der Übergang klappt***

2231 Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen sind eine wichtige  
2232 Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier profitieren alle von längerem gemeinsamen  
2233 Lernen. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten  
2234 Gesamtschulen um Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur  
2235 dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise  
2236 Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein,  
2237 Schulverbünde weiter voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von  
2238 Klasse eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch die Möglichkeit,  
2239 wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

### 2240 ***Ressourcen gerecht verteilen***

2241 In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders viele Schüler\*innen haben,  
2242 die intensiv begleitet werden müssen. Die Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch  
2243 an Grund- und Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem Trend  
2244 werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die pädagogisch  
2245 herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb genau diese Schulen  
2246 personell verstärken und damit auch ihre Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine  
2247 kostenlose Bildung von Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit  
2248 einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien.

### 2249 ***Lernen im eigenen Takt***

2250 Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder verschiedene Lernwege  
2251 benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik, Lernberatung und Lernbegleitung müssen die  
2252 zentralen Aufgaben für gut ausgebildete Lehrer\*innen sein. Damit Schüler\*innen Raum für ein  
2253 selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen Takt im  
2254 Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen bei der Weiterentwicklung von  
2255 Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch  
2256 an den weiterführenden Schulen. Um dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war

2257 die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs ein  
2258 wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass der Weg zum Abitur noch  
2259 individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt  
2260 anzubieten, indem Schüler\*innen ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit  
2261 noch besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich anderes  
2262 Verständnis des Lehrer\*innenberufs voraus und wird eine wesentliche Veränderung der  
2263 Lehrer\*innenausbildung mit sich bringen.

2264 Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle Erfahrungen des Misserfolgs,  
2265 die sich in aller Regel negativ auf den weiteren Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen  
2266 europäischen Ländern der Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker  
2267 in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler\*innen bis zum Sek I-Abschluss zu begleiten und  
2268 zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen.

2269 Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die Schulen zu stärken, die  
2270 abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit  
2271 Kindern, die scheitern und einen Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese  
2272 kommen dann in überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen.  
2273 Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als Lernort einer sehr  
2274 heterogenen Schüler\*innenschaft mit sehr unterschiedlichen Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte  
2275 diese Schulform generell mit kleineren Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der  
2276 Schulzeit noch Kinder aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung  
2277 von Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt werden.

### 2278 ***Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen***

2279 Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von pädagogischen Freiräumen  
2280 durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen, selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales  
2281 Lernen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben sich  
2282 bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so zu verändern, dass sie  
2283 diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und die  
2284 schulbürokratischen Regelungen so verändern, dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht  
2285 behindern. Über die Einführung von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von  
2286 Schulen ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie jahrgangs- und  
2287 fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben. Auch bei der bisherigen Praxis der  
2288 Noten und Schullaufbahneempfehlungen benötigen Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die  
2289 individuelle Förderung auch durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen  
2290 wir Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können.

2291 ***Inklusive Schulen weiterentwickeln***

2292 Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und macht alle Menschen zu  
2293 einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer  
2294 inklusiven Politik. Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde  
2295 Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan des Landes  
2296 entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus. Das entstehende  
2297 Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und  
2298 Unternehmen ansprechbar sein.

2299 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler\*innen ein – egal, ob diese  
2300 Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen, aus weniger bildungsstarken  
2301 Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen müssen heutzutage mit vielfältigen  
2302 Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht  
2303 nach neuen Wegen und Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und  
2304 Teilhabebarrrieren abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik, die die  
2305 individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen Bedürfnisse im Unterricht in den  
2306 Blick nimmt.

2307 Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bezieht alle  
2308 Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre  
2309 Aufgaben besser erfüllen können. Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung,  
2310 ebenso wie die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige Aufgabenzuordnungen der  
2311 an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die  
2312 Tatsache, dass Jugendliche an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten  
2313 Klasse machen können, benachteiligt viele Schüler\*innen, die keine Förderschule mehr besuchen. Diese  
2314 und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven Arbeitens abbauen.

2315 Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die sonderpädagogische  
2316 Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen. Sonderpädagog\*innen sollen an den  
2317 allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an  
2318 inklusiven Schulen gebraucht: wie etwa Logopäd\*innen oder Ergotherapeut\*innen, Erzieher\*innen und  
2319 Schulsozialarbeiter\*innen, aber auch Handwerker\*innen und Krankenpflegekräfte. Deshalb wollen wir die  
2320 Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus  
2321 dem therapeutischen Bereich ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein  
2322 Ausbau systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen personell gut  
2323 aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden therapeutische Fachkräfte an Schulen  
2324 schlechter bezahlt und neue therapeutische Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden.

2325 Fachkräfte werden durch fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit  
2326 beschäftigt. Das wollen wir beenden.

2327 Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess ist, der nicht überall  
2328 gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder Problemanzeigen, Überforderung und Kinder,  
2329 die derzeit unter die Räder geraten. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für  
2330 schulische Inklusion stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales,  
2331 niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen. Bis diese Struktur funktioniert und  
2332 aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder  
2333 zu unterstützen und für die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter die  
2334 Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird.

### 2335 ***Diversität fördern***

2336 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten noch stärker als bisher  
2337 auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt das Abbilden der gesellschaftlichen  
2338 Lebensrealitäten in den einzelnen Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an  
2339 der Zeit, dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir die  
2340 Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für alle Kinder auch im  
2341 Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um  
2342 einen Überblick über den Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur  
2343 Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende Angebote auf den Weg  
2344 bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte für Angebote des Herkunftssprachlichen  
2345 Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein  
2346 Studienangebot für Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur Sprachförderung  
2347 müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Antidiskriminierung an  
2348 Schule gelebt wird und Vielfalt im Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in  
2349 Unterrichtsmaterialien eine Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden  
2350 werden. Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch heute noch  
2351 werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt. Dieses Muster wollen wir  
2352 durchbrechen.

2353 Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten. Viele Schulen machen sich  
2354 bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule  
2355 unterstützen können. Diese Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an  
2356 Schulen und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität  
2357 werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen,  
2358 um die Schulen zu unterstützen.

## 2359 ***Ganztagsschulen ausbauen***

2360 Die Ganztagsschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten Schulsystems, damit alle  
2361 Schüler\*innen bestmöglich gefördert werden und an vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir  
2362 möchten keinen „Ganztag light“, der als Verwehrstation für Schüler\*innen am Nachmittag fungiert. Unser  
2363 Ziel ist stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei dem durch einen  
2364 rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit  
2365 außerschulischen Akteur\*innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein,  
2366 alle Schulen zu Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem  
2367 pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen.

## 2368 **Guter Ganztag durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung mit Vereinen**

2369 Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören qualifiziertes und engagiertes  
2370 Lehrpersonal, eine gute Architektur und Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche  
2371 und kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres räumlichen Umfeldes.  
2372 Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf  
2373 Augenhöhe unabdingbar. Diese Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler\*innen, Jugendverbände  
2374 und Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und verlässliche  
2375 Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und Kooperation ermöglichen. Insbesondere  
2376 ausreichend Bewegungsangebote sind wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir  
2377 setzen uns deshalb für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen  
2378 Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes Kind gleichermaßen  
2379 kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die derzeit ergänzende und attraktive Angebote  
2380 machen, sollten im Prozess des Ganztagschulbaus mitgedacht und integriert werden. Die  
2381 Weiterentwicklung von Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und  
2382 Unterstützungsangebote dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren).

2383 Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen in  
2384 den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden wir ein Landesprogramm für gutes  
2385 Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind –  
2386 insbesondere auch diejenigen aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme  
2387 Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil erhalten  
2388 kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den Bereichen Kochen und Hauswirtschaft  
2389 sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir  
2390 Ausbildungsplätze und Synergien schaffen.

2391 **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben**

2392 *Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten Jahrzehnten bei der Sanierung und*  
2393 *Modernisierung der Schulen gespart. Die Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei*  
2394 *sind, die Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an gutes Lernen und*  
2395 *Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen, diesen Trend umzukehren, haben aber allein*  
2396 *nicht die finanzielle Kraft, die Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem*  
2397 *Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und Modernisierung der Schulen*  
2398 *investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal*  
2399 *grundsätzlich anzugehen, anstatt teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns*  
2400 *dafür ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus der Pandemie auch*  
2401 *die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken.*

2402 | Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran **und**— die Schulen werden bei der  
2403 Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt und begleitet. Wir wollen dazu  
2404 beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei  
2405 kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher und  
2406 attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau anzuwenden. Anders als  
2407 andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut noch Digitalprofessuren, um die  
2408 Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen.  
2409 Das gilt es zu ändern. Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem  
2410 hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine Ausbildung IT-  
2411 Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte zu gewinnen.

2412 **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel**

2413 Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der  
2414 Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir  
2415 GRÜNEN möchten diese deshalb in Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung  
2416 und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der  
2417 Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein,  
2418 Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen  
2419 fest zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern.  
2420 Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um vielfältige Angebote zu  
2421 machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-Welt-Promotor\*innen weiter unterstützen (vgl.  
2422 Niedersachsen in Europa und der Welt).

2423 ***Lehrer\*innen unterstützen und Schulqualität sichern***

2424 Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag Lehrer\*innen für unsere  
2425 Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit den Schüler\*innen und für die Schüler\*innen. Sie  
2426 entwickeln Schulen aktiv weiter und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer\*innen haben  
2427 sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der Schulpolitik haben zu  
2428 einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer\*innen geführt. Eine Schule, die unseren Vorstellungen von  
2429 gutem Lernen entspricht, erfordert mehr und bestausgebildete Lehrer\*innen. Diesen Anforderungen  
2430 wollen wir GRÜNEN gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im  
2431 Beruf verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen  
2432 Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bislang  
2433 gab es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen  
2434 wir ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, wie etwa  
2435 eine Anpassung der Altersermäßigung.

2436 Noch immer werden Lehrer\*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und schlechtergestellt  
2437 als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch Grund-, Haupt-, Real- und  
2438 Oberschullehrer\*innen in der Regel nach A13 bezahlt werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der  
2439 Masterstudiengänge für die Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist  
2440 diese Bezahlung zudem rechtlich geboten. Darüber hinaus brauchen auch diese Schulformen  
2441 Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von Grundschulen beispielsweise ist überfällig.  
2442 Schulleitungen haben an Schulen eine zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild.  
2443 Wir setzen uns daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von  
2444 Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete Weiterbildungsangebote für  
2445 Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung,  
2446 Supervision und Coaching.

2447 Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrighwelligen, regionalen Beratungs- und  
2448 Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich  
2449 bei den Lehrer\*innen ankommen. Wir treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen  
2450 voran und bauen sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn diese  
2451 Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von Verwaltungsaufgaben und  
2452 Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal – insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine  
2453 Aufstockung von Schulverwaltungskräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten  
2454 Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter\*innen kann Schule den Anforderungen besser gerecht werden.

2455 ***Den Fachkräftemangel gezielt angehen***

2456 Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit die  
2457 Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines erheblichen  
2458 Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und Entlastung von Lehrkräften ebenso  
2459 wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger Reform- und Qualitätsverbesserungsvorhaben nicht  
2460 kurzfristig gelingen, sondern müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den  
2461 Fachkräftemangel nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche  
2462 Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben mitberücksichtigt. Die  
2463 verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und Sonderpädagog\*innen muss vorangetrieben werden. Darüber  
2464 hinaus setzen wir uns für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein.

2465 Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der Übergangszeit verstärkt den  
2466 Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft  
2467 Quereinsteiger\*in sein wird, dann macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem  
2468 großen Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv gestaltet werden. Wir  
2469 setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und  
2470 Vorbereitungsphase zu gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal  
2471 hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar sind. Dadurch  
2472 gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können.

2473 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer\*innen zu reformieren, um sie besser auf die  
2474 veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich,  
2475 Lehrer\*innen nicht länger nach Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen.  
2476 Hierzu gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker einzubeziehen.  
2477 Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um  
2478 Lehrer\*innen auf die Herausforderungen einer individualisierten und inklusiven Pädagogik gut  
2479 vorzubereiten. Die Lehrer\*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den  
2480 Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür schaffen wir die  
2481 Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz  
2482 dieser Schulen in die Ausbildung einfließt.

2483 Sonderpädagog\*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen hin zur Inklusion  
2484 getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert. Wir wollen die Anerkennung ihrer  
2485 Fachkompetenz als Spezialist\*innen der Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und  
2486 ihre beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen.

2487 ***Schule als demokratisches System***

2488 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler\*innen und  
2489 Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird. Demokratie lernen heißt auch Demokratie  
2490 leben. Hier setzen wir uns dafür ein, eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die  
2491 Einrichtung von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der  
2492 Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an Schulen sind – wir  
2493 GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern diese durch flächendeckende  
2494 Qualifizierungsangebote auch für Schüler\*innen und Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass  
2495 Schüler\*innen auch bei allen schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der  
2496 Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden.

## 2497 ***Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden***

2498 Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein erfolgreicher Weg, um  
2499 jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf zu begegnen.  
2500 Aktuell steht dieses Modell jedoch von zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des  
2501 demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger\*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil  
2502 derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den  
2503 gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern. Gemeinsam mit den Industrie-  
2504 und Handelskammern sowie dem Handwerk bringen wir eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf  
2505 den Weg. Unser Ziel ist es, Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame  
2506 Konzepte zu entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird.

2507 Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer Aufwertung der dualen  
2508 Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute Entlohnung für Auszubildende und eine bessere  
2509 Unterstützungsinfrastruktur. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit  
2510 einem landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in Niedersachsen). An  
2511 den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von weiter weg anreisen, Modelle für bessere  
2512 Unterbringungsmöglichkeiten, etwa Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie  
2513 Schüler\*innenbeförderung auf die Schüler\*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen  
2514 und der Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das  
2515 Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu 10.000 Euro kostet.  
2516 Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie Meisterausbildung ein.

2517 Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher Ausbildung verbessert  
2518 werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit  
2519 Auszubildende neben dem Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl.  
2520 Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um beispielsweise  
2521 Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich  
2522 strecken zu können. Die Qualität der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine  
2523 unabhängige und öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische Ausbildungsqualität  
2524 evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen dazu  
2525 Bewertungssysteme für die Qualität einer Ausbildung entwickelt werden.

2526 Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt  
2527 kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele  
2528 junge Menschen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im  
2529 Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen streben wir eine

2530 bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um  
2531 alle Ausbildungsinteressierten auch in die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf  
2532 der einen Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen Seite viele  
2533 junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus. Das trifft vor allem Jugendliche mit  
2534 niedrigem formalen Bildungsgrad und Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der  
2535 Ampelkoalition im Bund für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen  
2536 auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass es sich für  
2537 Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der  
2538 Ausbildungsplatzumlage wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht  
2539 ausbilden, zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro Ausbildungsplatz eine  
2540 Prämie aus diesem Fonds.

2541 Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv Menschen mit  
2542 Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das  
2543 Sprach- und Integrationsprojekt der Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den  
2544 Regelschulbetrieb der Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen  
2545 Ausgangsbedingungen nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für  
2546 Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht sind oder waren, ab.

2547 Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung – muss sich  
2548 auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen. Aufgaben und Anforderungen ändern sich  
2549 grundsätzlich. Kompetenzen wie Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die  
2550 Auszubildenden benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die Digitalisierung  
2551 überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei  
2552 Viertel aller Ausbildungsplätze anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen  
2553 zu vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart Factories als  
2554 Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an den realen Produktionsbedingungen  
2555 moderner, digital arbeitender Betriebe ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der  
2556 Smart Factories landesweit umsetzen.

### 2557 ***Berufsbildende Schulen***

2558 Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die  
2559 berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen vor der Herausforderung, wohnortnah  
2560 qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten. Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die  
2561 Unterrichtsversorgung nach wie vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem  
2562 Lehrer\*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den Lehrberuf an  
2563 berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger\*innen aus Handwerk und Industrie attraktiver zu machen.

2564 Insbesondere die Arbeitsbedingungen von Fachpraxislehrer\*innen wollen wir verbessern. Wir wollen  
2565 erreichen, dass die Fachpraxislehrer\*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10  
2566 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer\*innen leisten in den  
2567 Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis hochqualifizierte pädagogische Arbeit.  
2568 Zusätzlich wollen wir die Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen  
2569 ausweiten, um perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer\*innen zu haben.  
2570 Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer Modernisierungs- und  
2571 Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert. Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit  
2572 den Kammern und den Sozialpartnern zügig und konsequent angehen.

2573 Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen: Dazu wollen wir  
2574 Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung weiterentwickeln, um die Kapazitäten der  
2575 Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die  
2576 Halbwertszeiten der im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich  
2577 verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen Berufen erheblich ändern,  
2578 müssen wir den Arbeitnehmer\*innen gezielte Angebote machen, um sich rechtzeitig den verändernden  
2579 Anforderungen anpassen zu können. Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen  
2580 gerecht werden können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen  
2581 wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken. Um Berufsschüler\*innen die  
2582 Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns  
2583 dafür ein, dass Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können.

2584 Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit und  
2585 haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Inklusion in der  
2586 beruflichen Bildung auch im Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute  
2587 Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für  
2588 einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist  
2589 eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrer\*innen und die Weiterentwicklung der  
2590 sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden Landesregierung  
2591 vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an Berufsbildenden Schulen in Hannover  
2592 war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung  
2593 von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

## 2594 ***Wissenschaft gestaltet Zukunft***

2595 Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen  
2596 erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue  
2597 Wege auf. Sie ist der zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet  
2598 damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und  
2599 gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen  
2600 und Forschungseinrichtungen die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre  
2601 Potenziale zu entfalten.

## 2602 ***Verlässliche Hochschulfinanzierung***

2603 Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher  
2604 Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren  
2605 mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages unterlaufen, den  
2606 Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2607 setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt,  
2608 wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt. Hierzu gehört  
2609 auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische  
2610 Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können.

## 2611 ***Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen***

2612 Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE  
2613 GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom  
2614 Einkommen der Eltern abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der  
2615 Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen  
2616 Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen, insbesondere diejenigen, die nicht aus einer  
2617 klassischen Akademiker\*innenfamilie stammen, ermutigt und dabei unterstützt werden, ein  
2618 Hochschulstudium aufzunehmen.

2619 Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter  
2620 GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig  
2621 ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die  
2622 Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden und  
2623 sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre  
2624 eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen.

2625 Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 einen  
2626 wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen zu sorgen und die Studienkapazitäten  
2627 bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere  
2628 mehr Professor\*innen sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen,  
2629 damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden kann. Nicht zuletzt in der  
2630 Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel  
2631 und schnell zu reagieren und auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch  
2632 zukünftig zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume für  
2633 innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler  
2634 Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige  
2635 didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals.

2636 Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker berücksichtigen.  
2637 Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren und bei Bedarf nachzusteuern, um die  
2638 Qualität auch in viel nachgefragten Fächern und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote  
2639 müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschulte Strukturen  
2640 passen nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, dass ein  
2641 Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die  
2642 Pflege von Angehörigen möglichst flexibel und individuell gestaltet werden kann.

2643 Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher\*innen gerade in den sogenannten MINT-Fächern  
2644 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg  
2645 nachhaltig zu fördern und die Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere  
2646 Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung  
2647 steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie studienbegleitende Tutorien  
2648 und Mentor\*innenprogramme fördern wollen.

2649 Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium und  
2650 bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus. Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine  
2651 weitere Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns  
2652 auch neue Zugänge für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben  
2653 berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten.

2654 Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung oder Arbeit im Betrieb  
2655 nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und  
2656 Trialstudierende flexibler gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung  
2657 zu zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und späterem Beruf

2658 nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft fachliche Eignung, gesellschaftliches  
2659 Engagement und berufliche Vorerfahrung stärker bei der Zulassung gewichtet werden.

### 2660 ***Vielfältige Hochschullandschaft***

2661 Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus Universitäten, Hochschulen  
2662 für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen  
2663 geprägt. Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über  
2664 anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites Angebot an  
2665 unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE  
2666 GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen über ein eigenständiges Profil und den notwendigen  
2667 Gestaltungsspielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die  
2668 Hochschulen dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren.

2669 Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem Niveau geforscht und  
2670 gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für  
2671 die Hochschulen. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine  
2672 gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und geben einander neue Impulse.

### 2673 ***Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen***

2674 Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus  
2675 einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen.  
2676 Insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale  
2677 Unterstützung von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke  
2678 gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht mehr angehoben  
2679 worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich gestiegen ist. Die Kosten der  
2680 Studentenwerke decken die Studierenden nun zu einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht  
2681 verwunderlich, dass viele der Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in  
2682 Niedersachsen liegen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der  
2683 Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen,  
2684 dass die Studierenden nicht über Gebühr belastet werden.

2685 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen  
2686 Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz  
2687 (BAföG) in seiner aktuellen Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir  
2688 begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und elternunabhängiger gestalten  
2689 möchte und setzen uns dafür ein, dass auch Teilzeitstudierende BAföG beziehen können.

2690 ***Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen***

2691 An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des  
2692 Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung  
2693 für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes  
2694 nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die  
2695 wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der Landesverwaltung  
2696 haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren  
2697 und breiteren Verankerung von nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-  
2698 Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich  
2699 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte  
2700 an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus  
2701 hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und  
2702 Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in  
2703 Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen. Die erforderlichen  
2704 Mittel werden aus dem Niedersachsenfonds bereitgestellt.

2705 ***Forschung nachhaltig gestalten***

2706 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die Wissenschaft für  
2707 Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit hat.  
2708 Ohne Wissenschaft ist auch kein Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom  
2709 Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken. Dies gilt insbesondere  
2710 für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die  
2711 Gestaltung des damit verbundenen notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne  
2712 schaffen wir neue und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen  
2713 Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und weiterzuentwickeln.  
2714 Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens- und Technologietransfer in die Praxis zu  
2715 verbessern, damit neue Lösungen noch schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei  
2716 der Konzeption neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken zu  
2717 einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen).

2718 Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist Transparenz in der  
2719 Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei  
2720 kritischen Forschungsvorhaben beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch  
2721 relevanten Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese perspektivisch  
2722 überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz). Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt,  
2723 wie wichtig es ist, Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der

2724 Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch stärker fördern wollen.  
2725 Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig. Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene  
2726 Diskussionskultur an den Hochschulen zu fördern.

### 2727 ***Mehr Beteiligung wagen***

2728 Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer funktionierenden akademischen  
2729 Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und  
2730 studieren, die Chance haben, sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von  
2731 Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit der Professor\*innen  
2732 vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte erreichen.

### 2733 ***Internationalisierung und Digitalisierung***

2734 Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die Vernetzung unserer  
2735 Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen wir daher stärken. Wir unterstützen die  
2736 Hochschulen bei der internationalen Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen  
2737 Mobilität von Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der  
2738 niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich zu sein und  
2739 Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie die europäische Idee insgesamt  
2740 voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig  
2741 zu absolvieren, ob in Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen  
2742 Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen gegeben. Wir setzen uns  
2743 dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Studierende und Forschende  
2744 zukünftig einfacher von den Chancen der Digitalisierung profitieren können.

### 2745 ***Gute Arbeit und Gleichstellung***

2746 Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den  
2747 Mitarbeiter\*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein,  
2748 den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und auch für wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und den  
2749 Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben  
2750 müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen Perspektiven des  
2751 wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere  
2752 Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und  
2753 Promovierenden Frauen – jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und  
2754 Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine  
2755 gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen vorantreiben wollen.

2756 Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche  
2757 Karrierechancen haben. Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits  
2758 wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten und fördern werden. Wir  
2759 wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und  
2760 tarifliche Mindeststandards gesichert werden.

#### 2761 **4. Erwachsenenbildung stärken**

2762 Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant verändernde Arbeitswelt und  
2763 gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es, Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen.  
2764 So sind Angebote der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre  
2765 Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern. Auch die Integration  
2766 von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von Bildungsketten wie Sprachkurse,  
2767 Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen  
2768 Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und  
2769 Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und offene Gesellschaft).  
2770 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der  
2771 Bildungslandschaft in Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für  
2772 verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit Menschen die für sie  
2773 passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch  
2774 zukünftig stärken.

#### 2775 **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung**

2776 Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden Anforderungen an die  
2777 Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den  
2778 Bereich der Förderung von Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für  
2779 die Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des Personals sowie eine  
2780 strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget  
2781 für Weiterbildung auf ein Prozent des gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in  
2782 Niedersachsen).

#### 2783 **Grundbildung und Alphabetisierung**

2784 Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende Schulabschlüsse vermitteln  
2785 wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und  
2786 für den Weg in den Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären  
2787 Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer niedrigschwelligen und  
2788 zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die  
2789 sowohl Jüngere als auch die wachsende Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN  
2790 wollen diese besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können dabei  
2791 eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, diese  
2792 Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten.

2793 ***Neue Formate und Digitalisierung***

2794 Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die Arbeitsweise der  
2795 Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine hohe Bedeutung. Sie verändert die  
2796 Qualifikationsanforderungen an die Menschen und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung  
2797 der Angebote und Formate in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen  
2798 werden benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und virtuellen  
2799 Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So verändert Digitalisierung gleichzeitig die  
2800 Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung. Dozent\*innen sind nicht mehr nur Pädagog\*innen,  
2801 sondern benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht zuletzt die  
2802 Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen auf den Onlinebetrieb nutzen,  
2803 um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und weiterzuentwickeln.

2804 ***Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter***

2805 GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen Bedürfnissen und Rechten in den  
2806 Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge Generation besonders zurückstecken. Kinder und  
2807 Jugendliche haben in besonderem Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen  
2808 geleistet und unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir GRÜNEN  
2809 setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen zukünftig besser gehört und ihre  
2810 Anliegen endlich ernst genommen werden. Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines  
2811 regelmäßigen Monitorings zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung  
2812 des Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern.

2813 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik bedarf es guter beruflicher  
2814 und finanzieller Rahmenbedingungen für die sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und  
2815 Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns  
2816 auch dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich anerkannt  
2817 werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht. Mehrelternschaft soll möglich sein und alle  
2818 Formen von Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen  
2819 anerkannt werden.

2820 ***Kinderrechte stärken***

2821 Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg  
2822 und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene  
2823 Rechte, die es zu respektieren und zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen  
2824 ebenso widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen Rechten den  
2825 verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die Kinderrechte in der  
2826 Landesverfassung zu verankern.

2827 Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr politische Beteiligung von  
2828 Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale Aufgabe in der Niedersächsischen  
2829 Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf  
2830 dem Weg zur Schule oder die Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten  
2831 Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen, in denen Kinder  
2832 unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen konsequent zu stärken.  
2833 Unser Ziel ist eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass  
2834 zukünftig bei allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche  
2835 damit verbunden sind.

2836 ***Kinderarmut beenden***

2837 Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen Industrienation ist der  
2838 Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale  
2839 Durchlässigkeit so gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko  
2840 Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür, dass die Teilhabe  
2841 aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir  
2842 begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und  
2843 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als Schwung für weitere  
2844 Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf Landesebene schaffen wir eine neue  
2845 Sozialberichterstattung für Kinder, investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und  
2846 Jugendliche, unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern Jugendzentren  
2847 insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische Ganztagsangebote aus. Wir wollen  
2848 auch die Kommunen besser dabei unterstützen, Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür  
2849 fördern wir den Aufbau von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur\*innen aus den  
2850 Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche Entwicklungs-förderung in  
2851 allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters ermöglichen.

2852 ***Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche***

2853 Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur Entfaltung. Daher nehmen wir  
2854 GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule).  
2855 Der Jugendarbeit kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement  
2856 von Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen.  
2857 Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser  
2858 fördern. Dazu zählt eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von  
2859 Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck werden wir das  
2860 Jugendförderungsgesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen. Die  
2861 Angebote der politischen Jugendbildung entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der  
2862 Landeszentrale für politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die  
2863 Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine vielfältige Gesellschaft).

2864 Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne Konsumbindung wie  
2865 Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem  
2866 Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ – dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-,  
2867 Aufenthalts- und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

2868 ***Kinderschutz ernst nehmen***

2869 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und körperliche Unversehrtheit. Wir  
2870 werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit  
2871 einem neuen Kinderschutzgesetz rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und  
2872 ermöglichen eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür brauchen wir  
2873 Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern  
2874 arbeiten. Sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu  
2875 erkennen und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz besser  
2876 unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem  
2877 Childhood-Haus wollen wir Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer  
2878 Hand anbieten und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder, die  
2879 Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot insbesondere in der Fläche aus. Es  
2880 braucht flächendeckende Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Akteur\*innen, um den Kinderschutz  
2881 grundsätzlich zu stärken und Versorgungslücken zu schließen.

2882 ***Jugendhilfe ist unverzichtbar***

2883 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der Jugendhilfe und  
2884 bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver  
2885 zu gestalten und die Rahmenbedingungen hier zu verbessern.

2886 Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in Einrichtungen und  
2887 Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und  
2888 Familien, eingerichtet werden. Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten.  
2889 Zudem muss die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft werden, wie  
2890 die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN unterstützen ambulante Maßnahmen  
2891 der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen  
2892 konsequent hinter dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die  
2893 notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren Jugendliche mit  
2894 besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf Versorgungsleistungen, die ihnen  
2895 beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen  
2896 ermöglicht. Dies muss im Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für  
2897 Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei Eintritt in die Volljährigkeit  
2898 Hilfsangebote wegfallen.

2899 Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für die Inklusion, das  
2900 Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der

2901 Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land,  
2902 Kommune, Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die  
2903 wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe weiterentwickeln und stärken.

#### 2904 ***Zeit für Familien***

2905 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen Belastungen gerade für  
2906 Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die  
2907 alltägliche Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die  
2908 Anforderungen an alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt. Wir setzen  
2909 uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart werden können und Familienzeit den  
2910 notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch  
2911 gemeinsame Initiativen mit Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche  
2912 Arbeitszeitmodelle weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten  
2913 ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Dem  
2914 Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute  
2915 Arbeit in Niedersachsen).

#### 2916 ***Familien unterstützen***

2917 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung übernehmen. BÜNDNIS  
2918 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und Familienangebote zu sichern und  
2919 auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu  
2920 gewährleisten, müssen Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert  
2921 werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu Familienzentren und  
2922 damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern  
2923 weiterzuentwickeln und mit interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die  
2924 Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen vollziehen.

#### 2925 ***Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen***

2926 Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle Menschen ein, die  
2927 Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen haben. Mit dem Pass soll in ganz  
2928 Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in  
2929 Sportvereinen niederschwellig möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen  
2930 Sozialtarifen sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit Niedersachsenpass  
2931 Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket bekommen. Für Kinder und Jugendliche  
2932 kann der Niedersachsenpass zudem unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen,

2933 Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen.  
2934 Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus dem Bildungs- und  
2935 Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen.

#### 2936 **Selbstbestimmt altern**

2937 Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem Bedürfnis nach  
2938 Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des Pflegerisikos in den Mittelpunkt  
2939 unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in  
2940 die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in  
2941 ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in Alltag und Pflege  
2942 erhalten können.

2943 Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und  
2944 gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr  
2945 barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen  
2946 ältere Menschen leben, müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der  
2947 gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur gehören insbesondere  
2948 eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des  
2949 alltäglichen Bedarfs, aber auch Begegnungstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter  
2950 zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit – beispielsweise durch  
2951 Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die  
2952 Förderung von niederschweligen Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote  
2953 haushaltswirtschaftlicher Dienstleistungen.

#### 2954 **Selbstbestimmt sterben**

2955 Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund\*innen und Angehörigen im  
2956 gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht leider oft anders aus: Viele Menschen sterben  
2957 allein oder in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende  
2958 schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen  
2959 Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote für Kinder und  
2960 Jugendliche (Kinderhospize).

2961 ***Gesundheit und Pflege***

2962 GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge, gewährleistet eine  
2963 wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient\*innen in ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute  
2964 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit erhalten und  
2965 Erkrankungen vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen, dass die  
2966 Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und  
2967 gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen  
2968 stärkt, Armut beendet, Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist  
2969 deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung ist dann besonders  
2970 effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen:  
2971 Schlechte Arbeitsbedingungen, Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld  
2972 für gesundes Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne  
2973 sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung senkt und Gemeinschaft  
2974 fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen,  
2975 in Sucht- und Abhängigkeit geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen,  
2976 anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen.

2977 ***Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen***

2978 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für Gesundheitsförderung und  
2979 Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben.  
2980 Wie verletzlich uns ein unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns  
2981 zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD strukturell stärken,  
2982 damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen  
2983 kann. Wir setzen uns für ein gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler  
2984 Gesundheits- und Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen höheren  
2985 Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community Health Nurses  
2986 (Gemeindegeschwester Plus) oder in der Schulgesundheitspflege. Außerdem wollen wir für einen  
2987 wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen  
2988 Universitätsstandorten des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer  
2989 Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz bündeln und primär für  
2990 Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die  
2991 kommunale Gesundheitsberatung, etwa in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von  
2992 Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren Infektionen zu verhindern und  
2993 die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu verringern, setzen wir auf Aufklärung über

2994 Schutzmöglichkeiten, Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrighschwellige  
2995 Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich werden wir unterstützen.

### 2996 ***Gut gerüstet für zukünftige Pandemien***

2997 Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut UN von Tieren –  
2998 Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung neuer Pandemien. Um die Entstehung  
2999 neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale  
3000 Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft, Lebensräume geschützt und  
3001 Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen muss seinen Beitrag zu diesen globalen  
3002 Aufgaben leisten, sich pandemiefest aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die  
3003 Bekämpfung zukünftiger Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit  
3004 Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen, Pandemieschutzübungen  
3005 verankern und Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankbetten absichern.

3006 Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt, flächendeckend  
3007 Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen einzusetzen, um diese zum Teil noch  
3008 immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen  
3009 und diese Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In Krisensituationen  
3010 gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit  
3011 Januar 2021 fordern wir vehement Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges  
3012 Instrument für die Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer  
3013 Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in einer Landesregierung  
3014 alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das Risiko neuer Pandemien zu reduzieren.

3015 Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den viehdichten Regionen in  
3016 Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland und Großbritannien sind bereits Übertragungen  
3017 des Virus auf Menschen bekannt geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir  
3018 den Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener Tierhaltung  
3019 voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote  
3020 zumindest in den sehr viehdichten Regionen (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

### 3021 ***Gut versorgt in Stadt und Land***

3022 Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung in ganz  
3023 Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir jedoch immer mehr Beschäftigte und  
3024 Selbstständige in der Gesundheitsversorgung. Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der  
3025 hausärztlichen Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 51.000 Hausarztsitze nicht

3026 besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig praktizierenden  
3027 Hausärzt\*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung  
3028 zurückgelegt werden müssen, werden für Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr  
3029 Menschen sorgen sich um ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser  
3030 Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen  
3031 Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die Umsetzung der Vorschläge bringen.  
3032 Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung, die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten  
3033 sinnvoll verteilt und Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert\*innen schon lange gefordert,  
3034 werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulanter Versorgung überwinden und nichtärztliche  
3035 Heilberufe stärker in die Primärversorgung einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum  
3036 ambulante, stationäre und poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-  
3037 Einrichtungen, Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten Versorgungszentren in  
3038 öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient\*innen bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie  
3039 etwa Rückenurse unter einem Dach mit Hausärzt\*innen, Fachärzt\*innen, Sozialarbeiter\*innen und  
3040 Therapeut\*innen finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte bedeutet das,  
3041 in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden  
3042 sie hier die Möglichkeit, im ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer\*in eine eigene  
3043 Praxis führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher Medizinische  
3044 Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir sicherstellen, dass Kommunen nach sechs  
3045 Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze zugreifen können. Mittels Patient\*innen-orientierter  
3046 Digitalisierung wollen wir Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie  
3047 stärken. Telemedizinische Angebote treiben wir voran.

#### 3048 ***Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen***

3049 Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin zu einer  
3050 Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen Kliniken. Diesen Wandel wollen wir  
3051 mit einer vorausschauenden, an der Behandlungsqualität orientierten Kranken-hausplanung zukunftsfähig  
3052 gestalten. In mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit differenzierten  
3053 Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es neben den Krankenhäusern der Grund- und  
3054 Regelversorgung mindestens ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der  
3055 Maximalversorgung und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine  
3056 zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu  
3057 bringen und regionale integrierte Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu  
3058 fördern.

3059 ***Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite***

3060 Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient\*innen ausgerichtet sind.  
3061 Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung  
3062 und Belastung gerecht werden. Renditeerwartung von Investor\*innen, klamme kommunale Haushalte und  
3063 die massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in Verbindung mit der  
3064 Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen mit katastrophalen Folgen in unseren  
3065 Kranken-häusern geführt: durch Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie  
3066 durch die Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf dem Rücken  
3067 von Patient\*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten oder gar Gewinne zu erwirtschaften.  
3068 Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche  
3069 benennt und abgestufte Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir  
3070 erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah beginnt und Reformen  
3071 dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit für die Investitionskostenfinanzierung spielt  
3072 aber auch das Land eine wichtig Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU  
3073 Koalition in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut hat und  
3074 zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse kurzerhand doch wieder zurücknahm, ist der  
3075 Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf mittlerweile mehr als 2 Milliarde €  
3076 angewachsen. Solange dieser Investitionsstau nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser  
3077 sich weiter gezwungen sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patienten\*innen vorgesehen  
3078 sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem Zustand wollen wir ein  
3079 Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen  
3080 den Investitionsstau in unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen  
3081 Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen Anpassung an  
3082 Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die chronische Unterfinanzierung der  
3083 Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre  
3084 finanzielle Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
3085 die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht gestellte bedarfsgerechte  
3086 auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah dort ankommt, wo sie benötigt wird.

3087 ***Krankenhäuser in die öffentliche Hand***

3088 Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge  
3089 gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten sollten. Den Trend zur Kranken-  
3090 hausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in  
3091 die öffentliche Hand holen möchten.

3092 ***Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität***

3093 Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausimmissionen noch über den  
3094 Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische Krankenhäuser müssen daher zukünftig  
3095 eine wichtige Rolle bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den  
3096 Wasserverbrauch, aber auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt,  
3097 treiben wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit Anlagen zur  
3098 Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die Ernährung für Patient\*innen und  
3099 Mitarbeiter\*innen gesünder zu gestalten, um deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt  
3100 KLIK – Klimamanager für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen.

3101 ***Im Notfall gut versorgt***

3102 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal ob Herzinfarkt oder  
3103 plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle Menschen in Niedersachsen bei akuter  
3104 Krankheit rund um die Uhr die passende Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus  
3105 ambulantem Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser aufeinander  
3106 abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren einrichten, in denen je nach Bedarf  
3107 sowohl ambulante als auch stationäre Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte  
3108 wie Gemeindenotfallsanitäter\*innen oder mobile Ersthelfer\*innen wollen wir flächendeckend ausweiten.  
3109 Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen insbesondere im ländlichen Raum zu  
3110 Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch  
3111 telemedizinische Angebote können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir  
3112 standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung bereits auf dem Weg  
3113 in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt\*innen können das Versorgungsangebot in einigen Teilen  
3114 Niedersachsens sinnvoll ergänzen.

3115 ***Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsoffensive in der Gesundheitsversorgung***

3116 Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der Gesundheitsversorgung  
3117 führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen  
3118 Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive  
3119 gehen. Um dem wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN  
3120 mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige Anerkennung von im  
3121 Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um  
3122 fehlende Kompetenzen und Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen  
3123 Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die geplante  
3124 Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge Ärzt\*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr

3125 wollen wir mit attraktiven Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr  
3126 junge Ärzt\*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner\*innen auf dem Land begeistern. Nicht nur bei  
3127 Ärzt\*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen Berufen des Gesundheitswesens. Nach  
3128 anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden  
3129 und einsetzen und damit Ärzt\*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den  
3130 Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen wir staatliche Schulen  
3131 auf- und ausbauen und die bestehende Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für  
3132 Pflegeassistent\*innen, Heilerziehungspfleger\*innen, medizinische Bademeister\*innen und  
3133 Diätassistent\*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab.

3134 Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible Arbeitszeitmodelle und  
3135 eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – etwa durch die Förderung von  
3136 Krippen und Kitas direkt an Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges  
3137 Gesundheitssystem setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten  
3138 Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des Landes müssen  
3139 deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

3140 Wir wollen Berufsaussteiger\*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch Maßnahmen der  
3141 Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und Burnout-Prophylaxen sowie Team-  
3142 Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die  
3143 ihren Schulabschluss im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der  
3144 Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein dauerhaftes Bleiberecht.

#### 3145 ***Pflegeberufe stärken***

3146 Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft, die mehr als Applaus  
3147 verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich  
3148 endlich auch bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen  
3149 Fachpersonals ist eine der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss.  
3150 Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes evaluieren, ggf.  
3151 nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung  
3152 wirksamer Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze in  
3153 der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber ausreichend Einrichtungen, die sich an der  
3154 Ausbildung beteiligen. Wir sorgen dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser  
3155 und Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von Pflegepersonal  
3156 beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche Mitbestimmung aller Auszubildenden an  
3157 ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir treiben die Akademisierung, Professionalisierung und  
3158 Handlungsautonomie in den Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive

3159 Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der  
3160 Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im Pflegeberuf ermöglichen  
3161 – etwa zur Pflegedienstleiter\*in oder Praxisanleiter\*in mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt  
3162 im Studiengang Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international verbreitetem  
3163 Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der Primärversorgung einsetzen. Damit das  
3164 Gelingen kann, wollen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Heilberufverordnung einsetzen und  
3165 Community Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen.

### 3166 ***Krankenversicherung***

3167 Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur für eine  
3168 Ungleichbehandlung von Patient\*innen etwa bei der Terminvergabe bei Fachärzt\*innen – dem Staat  
3169 entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen  
3170 besonders geringen Anteil ihres Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf  
3171 Bundesebene für die Einführung einer Bürger\*innenversicherung ein, in die alle Arbeitnehmer\*innen einen  
3172 fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir niedersächsischen Beamt\*innen echte Wahlfreiheit bei  
3173 der Krankenversicherung ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert,  
3174 einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht länger sowohl  
3175 Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innenbeitrag selbst tragen müssen. Eine Mitgliedschaft in der  
3176 privaten Krankenversicherung kann insbesondere für Beamt\*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit  
3177 chronischen Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein.

### 3178 ***Selbstbestimmte Geburt***

3179 Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die Begleitung der  
3180 Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz der Geburtsstationen in  
3181 Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische  
3182 Geburtshilfe mehr – und die große Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf  
3183 Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen gleichzeitig betreuen.  
3184 Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von  
3185 BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe  
3186 Versorgung vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von Schwangeren, eine  
3187 bessere Personalausstattung in der Geburtshilfe und eine verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür  
3188 wollen wir mehr Hebammen akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt  
3189 umsetzen, durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser durch  
3190 Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung und  
3191 sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen mehr als 30 Minuten zum nächsten  
3192 Geburtshilfeangebot fahren muss. Um finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten

3193 geführt haben, entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es darf nicht  
3194 sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen geschlossen werden. Wir  
3195 begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche  
3196 Finanzierung der Geburtshilfe sorgen will.

### 3197 ***My body, my choice***

3198 Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit  
3199 sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu  
3200 Schwangerschaftsabbrüchen Teil der Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist.  
3201 Deshalb sorgen wir für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt\*innen, Praxen und  
3202 Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer gynäkologischen  
3203 Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger oder von der individuellen Haltung der  
3204 Chefärzt\*in abhängig sein, sondern muss durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich  
3205 sichergestellt werden. Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren  
3206 Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen Weiterbildungsangebote für  
3207 Ärzt\*innen aus. Neben der professionellen medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb  
3208 wollen wir das Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die  
3209 freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium von Ärzt\*innen und  
3210 Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für  
3211 Beratungsstellen schaffen, sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch  
3212 nehmen können. Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über  
3213 Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die Kriminalisierung von  
3214 Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird.

### 3215 ***Psychische Gesundheit verbessern***

3216 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe,  
3217 damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie  
3218 Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die  
3219 Empfehlungen des Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und  
3220 psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und  
3221 Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Wartezeiten für stationäre Behandlungen  
3222 auch jenseits von Notfällen wollen wir durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen  
3223 Bettenzahl in psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und  
3224 psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken. Insbesondere in der Kinder- und  
3225 Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention, Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und  
3226 Behandlungsplätze ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung

3227 psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote psychisch kranker  
3228 Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir  
3229 in die Prozesse zur Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer landesweiten  
3230 Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die Öffentlichkeit. Wir bauen durch  
3231 Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme von Hilfeleistungen ab.

### 3232 ***Gesundheitsversorgung für alle***

3233 Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe Hürden beim Zugang  
3234 zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende medizinische Versorgung führt viel zu oft zu  
3235 vermeidbaren und zum Teil lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft  
3236 diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, die fürchten müssen, durch Inanspruchnahme  
3237 medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese Hemmnisse führen zudem zu erheblichen  
3238 Erlösausfällen in Praxen und Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem  
3239 frühen Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger gefunden  
3240 werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein Modellprojekt durchgeführt,  
3241 das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus mittels eines anonymen Krankenscheins die  
3242 Kostenübernahme ärztlicher Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar  
3243 auszuweiten, wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir sorgen dafür, dass die Gesundheitsversorgung  
3244 aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend  
3245 gewährleistet wird. Dazu stellen wir, aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und  
3246 unabhängig vom Aufenthaltsstatus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen  
3247 ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie Straßenambulanzen und  
3248 medizinische Beratung für Migrant\*innen wollen wir finanziell absichern und für personelle Kontinuität in  
3249 den Einrichtungen sorgen. Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs-  
3250 und Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die gesundheitliche  
3251 Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Sozialämter die Daten von Betroffenen  
3252 für die Kostenübernahme von dringend notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher  
3253 an die Ausländerbehörde weiterleiten müssen.

### 3254 ***Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik***

3255 Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei  
3256 Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen oft zusätzlich die  
3257 berufliche und soziale Wiedereingliederung. Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen,  
3258 die deren Situation nur weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir  
3259 begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis.  
3260 Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir finanziell absichern und ausbauen. Auch

3261 Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig,  
3262 Diamorphin ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen  
3263 Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit sozialer  
3264 Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster Bedeutung, dass mehr  
3265 Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies wollen wir unterstützen. Wir setzen uns  
3266 darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von  
3267 Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie  
3268 Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für  
3269 Drugchecking-Angeboten ins Leben rufen, bei denen Konsument\*innen, verbunden mit  
3270 Präventionsangeboten, die Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem  
3271 Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher\*innenschutz und der Schutz vor einem  
3272 verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen die Aufklärungs- und  
3273 Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten.

#### 3274 ***Für gute Pflege***

3275 Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt verdoppelt sich die Zahl der  
3276 pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa – während die Zahl der Menschen, die sich für einen  
3277 Pflegeberuf entscheiden, stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf  
3278 die Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen, Qualifizierungen und eine  
3279 starke Interessenvertretung der Pflegeberufe.

3280 Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die  
3281 Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe  
3282 wollen wir stärken und ausbauen. Dazu zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder  
3283 Nachtpflegeplätzen in Niedersachsen. Quartierspfleger\*innen, die über bestehende Bedarfe und die  
3284 geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und  
3285 Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen. Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen  
3286 wir aus.

## 3287 ***IVLebenswertes Niedersachsen: Vielfalt schafft Zusammenhalt***

3288 Das Eintreten für eine lebendige Demokratie, eine vielfältige und offene Gesellschaft sowie einen starken  
3289 Rechtsstaat ist eine gesellschaftliche und politische Kernaufgabe. Demokratie darf nicht als  
3290 selbstverständlich hingenommen und ihr Schutz nicht als bloße Privatsache ausschließlich in die Hände  
3291 der Zivilgesellschaft gelegt werden. Der Maßstab und Auftrag politischen Handelns ist das universelle  
3292 Versprechen des Grundgesetzes für Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und  
3293 Schutz vor Diskriminierung. Wir GRÜNEN wollen in den kommenden Jahren für einen starken Rechtsstaat,  
3294 ein Niedersachsen der Teilhabe, der Integration, der Gleichstellung und der Vielfalt eintreten.

## 3295 ***Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen***

3296 Niedersachsen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land, dass aktuell wie auch schon 2015/2016 eine  
3297 große Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten zeigt. Ein weltoffenes und vielfältiges Niedersachsen  
3298 bedeutet für uns, dass die Menschenwürde für alle Menschen gilt, unabhängig von ihrer Herkunft, und  
3299 dass wir Menschen dementsprechend begegnen. Es bedeutet, ihnen so schnell wie möglich die Teilhabe  
3300 an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und es bedeutet, dass in einer Gesellschaft, die ethnisch, sprachlich  
3301 und kulturell vielfältiger wird, öffentliche Institutionen diese Vielfalt widerspiegeln und alle Menschen  
3302 die gleichen Teilhabechancen erhalten.

3303 Ein Zusammenleben in Vielfalt kann aber nur durch kontinuierliches Engagement erreicht werden. Viele  
3304 wichtige Angebote zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe, die vor allem auf  
3305 GRÜNES Betreiben hin geschaffen worden waren, hat die rot-schwarze Landesregierung jedoch in den  
3306 letzten Jahren auslaufen lassen. Diese fehlen jetzt und müssen schnellstmöglich wieder auf- und  
3307 ausgebaut werden. Nur so können wir den vielen Menschen aus der Ukraine, aber auch denen, die aus  
3308 anderen Regionen vor Krieg, Gewalt und Terror zu uns flüchten, eine echte Perspektive bieten.

## 3309 ***Niedersachsen als sicherer Hafen***

3310 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein sicherer Hafen für  
3311 Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu uns fliehen. SPD und CDU haben das unter  
3312 rot-grün geschaffene Landesaufnahmeprogramm auslaufen lassen – das wollen wir wieder neu aufleben  
3313 lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente hinaus Geflüchtete  
3314 aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu  
3315 ändern, dass Bundesländer eigene Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das  
3316 Bundesinnenministerium beschließen können.

3317 Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener Geflüchteter und den  
3318 schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und Integrationsangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle  
3319 Geflüchteten sollen möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z. B.  
3320 Wegweiskurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den Kommunen wollen wir durch  
3321 ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen  
3322 soll drei Monate nicht überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in  
3323 Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Einen besonders hohen  
3324 Stellenwert hat dabei für uns die Sicherstellung des Schulbesuchs von Kindern und Jugendlichen.

3325 Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern und LSBTIQ-Personen  
3326 sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt werden. Die Asylverfahrensberatung  
3327 werden wir an allen Standorten durchgängig sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie  
3328 Trägerorganisationen durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser  
3329 unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch verbindliche, am  
3330 Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen. Maßstab ist hierbei für uns das  
3331 Jugendhilferecht. Grundsätzlich setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang geflüchteter Kinder  
3332 und Jugendlicher zum Kinder- und Jugendhilfesystem ein. Fragwürdige Verfahren der behördlichen  
3333 „Altersfestsetzung“ lehnen wir ab und wollen nach dem Grundsatz „Im Zweifel für das Kindeswohl“  
3334 handeln. Eine Abschiebung junger Menschen im Geltungsbereich des Jugendhilferechts lehnen wir ab. Die  
3335 Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses für junge Geflüchtete bis 25 Jahre  
3336 werden wir deutlich verbessern. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete die Regelschule besuchen.

3337 Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden wir deutlich  
3338 verbessern. Alle Migrant\*innen sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen  
3339 diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten – etwa durch die Gesundheitskarte  
3340 für alle. Für illegalisierte Migrant\*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst vor  
3341 Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem bereits gut erprobten  
3342 Modell Anonyme Krankenscheine. Die gesundheitliche Aufklärung werden wir verbessern. Auf  
3343 Bundesebene setzen wir uns für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um  
3344 Geflüchteten den gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des  
3345 Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir öffentliche Stellen  
3346 gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen.

3347 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige Rückführung oder  
3348 Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall  
3349 einer umfassenden Einzelfallprüfung. Dabei kommt in der Abwägung den Folgen für Familienangehörige  
3350 besonderes Gewicht zu. Eine Abschiebung ist auszuschließen, wenn Gewalt oder unzumutbare

3351 Lebensumstände drohen, z. B. durch bewaffnete Konflikte im Land. Wir setzen uns für einen generellen  
3352 Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete ein. Abschiebehaft ist aus unserer Sicht in aller Regel kein  
3353 verhältnismäßiges Mittel zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Ihre Beantragung soll allenfalls in  
3354 definierten Ausnahmefällen mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde möglich sein. Alternativen  
3355 sind zwingend zu prüfen. Die Beratung zur freiwilligen Rückkehr wollen wir in die unabhängigen Hände  
3356 freier Trägerorganisationen geben.

3357 ***Teilhabe und Integration als Daueraufgabe***

3358 Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die Menschen, die hierherkommen, bereichern Niedersachsen  
3359 auf vielfältige Weise und tragen nicht nur zum wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch zum kulturellen  
3360 Reichtum des Landes bei. CDU und SPD haben mit ihrer Politik gezeigt, dass sie die Chancen des  
3361 Einwanderungslandes Niedersachsen nicht verstanden haben und kaum etwas dafür getan haben, sie zu  
3362 nutzen. Die Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden weiterentwickeln, die eng mit den  
3363 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Migrationsarbeit kooperieren. Mit einem neuen Gesetz für  
3364 Integration und Teilhabe sichern wir den Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und politischer  
3365 Mitbestimmung in der Einwanderungsgesellschaft. Darüber hinaus legen wir ein neues  
3366 Handlungsprogramm Teilhabe auf, um für alle Zielgruppen einen besseren Zugang zu  
3367 Integrationsangeboten zu schaffen, insbesondere zu Sprachkursen. Vielerorts muss hierzu das Angebot  
3368 ausgeweitet und die Finanzierung gesichert werden. Migrant\*innenselbstorganisationen – insbesondere  
3369 von Jugendlichen – wollen wir besser unterstützen.

3370 Wir starten eine Einbürgerungskampagne, um mehr Menschen den Erwerb der deutschen  
3371 Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Über Bundestag und Bundesrat setzen wir uns dafür ein,  
3372 Einbürgerungen weiter zu erleichtern. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Wahlrechtsreform ein, die  
3373 allen Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit das kommunale Wahlrecht einräumt, wenn sie  
3374 seit mindesten drei Jahren hier leben.

3375 Kettenduldungen wollen wir in Niedersachsen beenden und Menschen, die zum Teil seit vielen Jahren  
3376 ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bei uns leben, einen Weg zu einem dauerhaften Bleiberecht eröffnen.  
3377 Hierfür schöpfen wir die Ermessensspielräume des bestehenden Aufenthaltsrechts aus (z. B. Stärkung der  
3378 Härtefallkommission) und setzen uns auf Bundesebene für eine Liberalisierung des Aufenthaltsgesetzes  
3379 ein. Wir unterstützen das Grundsatzbekenntnis der neuen Bundesregierung zum humanitären Bleiberecht  
3380 und unterstützen die zügige Umsetzung. Projekte wie Wege ins Bleiberecht wollen wir weiterentwickeln,  
3381 um Menschen auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus weiter zu unterstützen.

3382 ***In Vielfalt zusammenleben***

3383 Wir wollen unsere öffentlichen Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen und die Polizei fit machen für  
3384 die vielfältige Gesellschaft. Bei Polizei und Sicherheitsbehörden bedeutet eine interkulturelle Öffnung  
3385 auch, dass manche Vorgehensweise kritisch hinterfragt und die Aus- und Weiterbildung angepasst werden  
3386 muss (vgl. Starker Rechtsstaat). Für unsere Bildungseinrichtungen wollen wir gezielt Lehrer\*innen und  
3387 Erzieher\*innen mit Migrationsgeschichte gewinnen, dort zusätzliche Angebote für muttersprachlichen  
3388 Unterricht schaffen – zum Beispiel auch in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern – und das  
3389 Fremdsprachenangebot an Schulen ausweiten. Für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen brauchen wir mehr  
3390 Fortbildungsangebote zur Förderung der Diversity- Kompetenz. Die Behandlung der Kolonialgeschichte  
3391 und Rassismuskritik wollen wir stärker in den Lehrplänen verankern und Lehrbücher entsprechend  
3392 überarbeiten (vgl. Niedersachsen macht Schule). Wir fördern gezielt eine Kultur der gesellschaftlichen  
3393 Vielfalt. Dazu schaffen wir ein Landesprogramm für die Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt, in dessen  
3394 Rahmen beispielsweise Diversity-Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter\*innen stattfinden (vgl. Ein Staat,  
3395 der funktioniert).

3396 Den interreligiösen Dialog wollen wir weiter fördern. Wir streben einen Vertrag mit den islamischen  
3397 Glaubensgemeinschaften an, um beispielsweise Religionsunterricht, Imam-ausbildung und Seelsorge auf  
3398 eine neue Grundlage zu stellen. Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir gezielt fördern. Mit den  
3399 Dachverbänden der Sinti und Roma streben wir eine dauerhafte Anerkennung und Förderung auf  
3400 vertraglicher Grundlage an. Die Mittelkürzungen von Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Vereine  
3401 wie die der Sinti\*zze und Rom\*nja werden wir wieder zurücknehmen.

3402 Wir verbessern die Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant\*innen, die heute zum Teil unter  
3403 unzumutbaren Bedingungen beispielsweise in Schlachthöfen beschäftigt werden. Hierzu werden wir  
3404 Mindeststandards definieren, Kontrollen ausweiten und Strukturen des organisierten Menschenhandels  
3405 mit den Mitteln des Rechtsstaates systematisch bekämpfen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen, Sozial und  
3406 ökologisch bauen und wohnen). In vielen Ländern der Welt werden elementare Menschenrechte  
3407 missachtet. Die Regierungen dieser Länder gehen oftmals gezielt gegen die Menschen vor, die sich in  
3408 besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte dort einsetzen. In solchen Fällen kann es  
3409 notwendig sein, dass diese Menschenrechtsaktivist\*innen (MRV) für einen begrenzten Zeitraum außer  
3410 Landes gehen, um einer akuten Bedrohungssituation zu entgehen und neue Kräfte zu sammeln. Wir  
3411 wollen erreichen, dass Niedersachsen ähnlich wie z. B. Nordrhein-Westfalen ein entsprechendes  
3412 Schutzprogramm für MRV und politisch Verfolgte einrichtet. Im Rahmen eines Stipendiums für einzelne  
3413 MRV soll es möglich werden, deren Auszeit in Niedersachsen für einen begrenzten Zeitraum zu sichern.  
3414 Niedersachsen kann damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte weltweit leisten.

3415 ***Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen***

3416 Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine moderne Polizei und eine starke Justiz, die für alle  
3417 Bürger\*innen gleichermaßen zugänglich ist. Sicherheit, die Freiheit von Angst und Gewalt, ist eine  
3418 unverzichtbare Voraussetzung einer offenen Gesellschaft. Niedersachsens Polizei und Justiz stehen vor  
3419 großen Herausforderungen. Wir GRÜNEN haben bis 2018 wichtige Reformen auf den Weg gebracht, um  
3420 Niedersachsens Polizei und Justiz zukunftsfähig zu machen. An diese werden wir anknüpfen und  
3421 verlorene Zeit aufholen.

3422 ***Moderne Polizeiarbeit im liberalen Rechtsstaat***

3423 Unsere Polizei leistet täglich wichtige Arbeit für die Sicherheit aller Niedersächs\*innen. Wir GRÜNEN  
3424 wollen, dass die Personalausstattung, die Ausbildung, die Organisation und die Ausstattung mit  
3425 Einsatzmitteln und (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und  
3426 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entsprechen. Diese haben sich in den letzten  
3427 Jahren stark gewandelt – nicht immer haben Ausbildung und Ausstattung mit den Entwicklungen Schritt  
3428 gehalten. Zu oft wurden Eingriffsrechte ausgeweitet, wo es vor allem erforderlich gewesen wäre, die  
3429 Polizei für ihre neuen Aufgaben angemessen auszustatten und auszubilden. Zu diesem Zweck rufen wir  
3430 eine Strukturkommission Moderne Polizeiarbeit ins Leben, die konkrete Empfehlungen erarbeitet.

3431 Im Zuge der Modernisierung werden wir auch die rechtlichen Grundlagen der Polizeiarbeit überarbeiten,  
3432 insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische Polizeigesetz. Besonders kritisch sehen wir GRÜNEN  
3433 die Ermöglichung eines Unterbindungsgewahrsams von bis zu 35 Tagen, die Ausweitung des Einsatzes  
3434 von Tasern und den Einsatz von Bodycams in seiner jetzigen Form. Wir werden überprüfen, ob sich die  
3435 ausgeweiteten Kompetenzen als wirksam erwiesen haben, eine Neubewertung ihrer Verhältnismäßigkeit  
3436 durchführen und die Eingriffsbefugnisse der Polizei wieder am Maß des tatsächlich Erforderlichen  
3437 ausrichten. Für zukünftige Reformen im Sicherheitsbereich streben wir einen Wirksamkeits-Check an, um  
3438 die Verhältnismäßigkeit von Reformen auf der Basis konkreter Erfahrungen besser beurteilen und bei  
3439 Bedarf nachsteuern zu können.

3440 Wir wollen die Stelle eine\*r unabhängigen, parlamentarisch bestimmten Polizeibeauftragte\*n schaffen,  
3441 die\*der die Belange der Polizist\*innen gegenüber Regierung und Parlament ebenso vertritt wie sie\*er im  
3442 Konfliktfall Ansprechpartner\*in für Bürger\*innen sein kann. Polizist\*innen sollen die Möglichkeit erhalten,  
3443 sich unabhängig von der dienstlichen Hierarchie an die\*den Polizeibeauftragte\*n zu wenden. Mindestens  
3444 einmal im Jahr soll die\*der Polizeibeauftragte einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die Stelle  
3445 muss personell ausreichend ausgestattet sein, um ihre vielfältigen Aufgaben unabhängig – insbesondere  
3446 gegenüber dem Innenministerium – wahrnehmen zu können.

3447 Die Versammlungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Deshalb verbessern wir den Rechtsschutz  
3448 insbesondere für Teilnehmer\*innen von Demonstrationen und stärken das Vertrauen in die  
3449 rechtsstaatliche Arbeitsweise der Polizei. Wir führen eine anonymisierte Kennzeichnung für  
3450 Bereitschaftspolizist\*innen ein, die eine nachträgliche Identifikation von Beamt\*innen erleichtert und  
3451 zugleich ihrem legitimen Bedürfnis nach Persönlichkeitsschutz Rechnung trägt.

3452 Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir vollständig umsetzen. Für  
3453 die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen wir klare und transparente Regeln, um die Rechte  
3454 jeder\*s Einzelnen zu schützen. Hierzu zählen für uns insbesondere ein öffentliches Videokataster und  
3455 genau festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden.

3456 Wir wollen die Polizeiarbeit stärker auf einer wissenschaftlichen Grundlage aufbauen und die  
3457 kriminologische Forschung stärken. Im Zuge dessen streben wir die Ergänzung der polizeilichen  
3458 Kriminalstatistik (PKS) durch einen regelmäßigen kriminologischen Sicherheitsbericht an, um die  
3459 Perspektive auszuweiten und Handlungsbedarfe früher und besser zu erkennen. Ein Fokus dieser  
3460 Sicherheitsberichterstattung sollen Delikte sein, die sich gegen besonders verletzbare Personen richten  
3461 und mutmaßlich vergleichsweise selten zur Anzeige gebracht werden.

### 3462 ***Polizei in einer bunten Gesellschaft***

3463 Unsere Polizist\*innen sind in ihrer Arbeit häufig erheblichen Belastungen ausgesetzt. Da die  
3464 Niedersächsische Polizei personell nicht ausreichend ausgestattet ist, schieben die Beamt\*innen einen  
3465 Überstundenberg von rund 1,5 Millionen Arbeitsstunden vor sich her. Dabei ist die Arbeit von Polizei und  
3466 Sicherheitsbehörden unerlässlich für den Bestand einer offenen Gesellschaft. Sie sind jedoch auch selbst  
3467 ein Abbild der Gesellschaft: Gruppenbezogene Zuschreibungen und rassistische Stereotype existieren hier  
3468 wie in den allermeisten Organisationen und Institutionen. Aufgrund der speziellen Rolle der Polizei ist  
3469 dabei besondere Sensibilität gefragt. Kein anderes Organ ist in so direkter Weise mit der Ausübung des  
3470 staatlichen Gewaltmonopols befasst. Für menschenfeindliche Haltungen kann es in den Reihen der  
3471 Polizei keinerlei Toleranz geben. Dies vorzuleben, ist auch und vor allem Aufgabe der Polizeiführung.

3472 Wir setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Praxis kontinuierlich durch die Wissenschaft begleitet und  
3473 kritisch untersucht wird. Die Politik braucht frühzeitige und unabhängige Erkenntnisse über mögliche  
3474 Fehlentwicklungen, zum Beispiel beim Einsatz von unmittelbarem Zwang. In der Aus- und Weiterbildung  
3475 von Polizist\*innen, insbesondere von Führungskräften, wollen wir einen Schwerpunkt auf die Vermittlung  
3476 von politischer Bildung, interkultureller und Diversity-Kompetenz legen. Racial Profiling ist verboten.  
3477 Bestimmte polizeiliche Praktiken, etwa verdachtsunabhängige Kontrollen, müssen in der täglichen Arbeit  
3478 fortlaufend auch daraufhin kritisch reflektiert werden. Dies ist eine besondere Herausforderung für  
3479 polizeiliche Führungskräfte.

3480 Rechtsextremismus darf innerhalb der Polizei keinen Platz haben. Mit den Projekten Polizeischutz für die  
3481 Demokratie und den Strategiepat\*innen für Demokratie verfügt die Polizei Niedersachsen über ein  
3482 Netzwerk und Strukturen, die entscheidende Beiträge leisten, um zu verhindern, dass sich  
3483 Rechtsextremismus in der Niedersächsischen Polizei flächendeckend ausbreiten kann. Polizeiführung und  
3484 -gewerkschaften zeigen eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Gerade  
3485 deshalb sind die Voraussetzungen in Niedersachsen günstig, mit einem umfassenden Präventionskonzept  
3486 die demokratische Resilienz der Polizei weiter zu stärken.

#### 3487 ***Reform des Verfassungsschutzes in den Fokus nehmen***

3488 Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem demokratischen  
3489 Rechtsstaat stets eine Herausforderung dar, da sie sich öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die  
3490 strikten rechtsstaatlichen Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der  
3491 Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben – etwa den  
3492 erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger – lehnen wir ab. Zugleich  
3493 erkennen wir an, dass der Staat auf eigene Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere  
3494 rechtsextreme Strukturen angewiesen ist.

3495 Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und dem öffentlichen  
3496 Interesse an Information, wollen wir GRÜNEN den Reformprozess des Verfassungsschutzes fortsetzen, den  
3497 wir in Regierungsverantwortung eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die  
3498 verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten sowie die Begrenzung  
3499 ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß. Den Rechtsschutz für beobachtete Personen und die  
3500 parlamentarische Kontrolle werden wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen  
3501 Kontrollgremien des Bundes und der Länder.

#### 3502 ***Katastrophenschutz krisenfest machen***

3503 Nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels stellen neue Anforderungen an den Katastrophenschutz.  
3504 Extreme Wetterlagen, Überschwemmungen und Brände werden in den kommenden Jahren zunehmen.  
3505 Aber auch die neue Weltlage wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine macht eine Verstärkung des Zivil-  
3506 und Katastrophenschutzes notwendig: moderne Alarmierungssysteme, eine Bevorratung mit  
3507 Notfallmaterialien und auch schnelle Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten. Zugleich ist es gerade der  
3508 Katastrophenschutz, der stark von ehrenamtlichem Engagement getragen wird und bei der Suche nach  
3509 Nachwuchs durch den demographischen Wandel vor Herausforderungen gestellt wird – beispielsweise  
3510 bei der Feuerwehr. Wir GRÜNEN halten darum zusätzliche massive Investitionen in den  
3511 Katastrophenschutz für erforderlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat es hier in den letzten  
3512 Jahren versäumt, die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der landesweiten Katastrophenschutzstrategie

3513 bereitzustellen. Diese Vorsorgelücke müssen wir schließen und neben Investitionen in Ausstattung und  
3514 Material auch Strategien für den vorbeugenden Katastrophenschutz fördern. Die Attraktivität des haupt-  
3515 und ehrenamtlichen Dienstes bei der Feuerwehr wollen wir verbessern und mehr Frauen und  
3516 Migrant\*innen dafür gewinnen. Darüber hinaus wollen wir eine Taskforce Moor- und Waldbrand  
3517 einrichten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Feuerwehren ein niedersächsisches  
3518 Waldbrandkonzept erarbeiten. Dabei verfolgen wir die Strategie, durch den Umbau von Nadel- zu  
3519 Mischwäldern und die Wiedervernässung von Mooren diese widerstandsfähiger gegen Brände zu machen  
3520 und die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

### 3521 ***Zugänge zur Justiz vereinfachen – Digitalisierung stärken***

3522 Wir GRÜNEN wollen den Zugang zum Recht vereinfachen. Wir bauen den Bürgerservice an unseren  
3523 Amtsgerichten aus und stärken die Beratungshilfe. Die Corona-Pandemie hat die Defizite der  
3524 Digitalisierung in der Justiz deutlich gemacht. Wir machen das digitale Arbeiten sowohl im Sitzungssaal  
3525 als auch im Büro zu einer Selbstverständlichkeit. Dabei müssen höchste Sicherheitsstandards Anwendung  
3526 finden und klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigten gelten. Auch der Zugang zur Justiz für die  
3527 Bürger\*innen und die Gerichte muss digitaler werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen  
3528 unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung, Möglichkeiten zu schaffen, Verhandlungen online  
3529 durchzuführen und Kleinforderungen in bürgerfreundlichen digitalen Verfahren einfacher gerichtlich  
3530 durchzusetzen. Wir bauen dafür die digitale Kompetenz unserer Richter\*innen aus, statten die Gerichte  
3531 mit angemessener Technik aus und intensivieren den Einsatz bürgerfreundlicher Onlinemodule. Den  
3532 Einsatz von modernen Instrumenten wie Künstlicher Intelligenz (KI), Legal Tech und  
3533 Algorithmenbasierten Entscheidungsprozessen (ADM) in der Praxis bringen wir voran und begleiten die  
3534 regulative Ausgestaltung auf Bundes- und EU-Ebene kritisch. Insbesondere in zukünftigen  
3535 Massenverfahren – wie aktuell etwa beim Diesellabgaskandal – können diese zu einer spürbaren  
3536 Entlastung der Gerichte beitragen.

### 3537 ***Justiz entlasten und Fachkompetenzen bündeln***

3538 Wir GRÜNEN machen Strafverfahren noch effektiver, schneller, moderner und praxistauglicher, ohne die  
3539 Rechte der Beschuldigten und deren Verteidigung zu beschneiden. Bagatelldelikte wie etwa  
3540 Cannabisnutzung zum Eigengebrauch, Beförderungerschleichung und Containern müssen nicht mit dem  
3541 Strafrecht bekämpft werden. Hier unterstützen wir niedersächsischen GRÜNEN das Vorhaben der  
3542 Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu modernisieren.  
3543 Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial ungerecht. Um sie zu vermeiden, stärken wir  
3544 z. B. das Programm Schwitzen statt sitzen, bei dem Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit  
3545 abgewendet werden können. Das entlastet die Polizei sowie Vollstreckungs- und Vollzugsbehörden.  
3546 Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten Geld verdient wird, wenden wir Maßnahmen

3547 wie Vermögensabschöpfung und Beschlagnahmung von mit gewaschenem Geld erworbenen Immobilien  
3548 konsequent an und statten die Staatsanwaltschaften mit dem dafür benötigten Personal aus. Zur Stärkung  
3549 des Rechtsstaates wollen wir wie in Berlin einen rund um die Uhr erreichbaren richterlichen  
3550 Bereitschaftsdienst etwa bei Abschiebungen, Hausdurchsuchungen oder anderen polizeilichen  
3551 Maßnahmen einrichten.

3552 Die Bündelung von Fachkompetenzen in Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein geeignetes Instrument  
3553 zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der Strafverfolgung. Nicht in allen Themenbereichen  
3554 müssen diese jedoch sinnvoll sein. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften evaluieren  
3555 und ein Gesamtkonzept für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entwickeln.

### 3556 ***Resozialisierung in den Mittelpunkt – Offenen Vollzug stärken***

3557 Kernpunkt unserer GRÜNEN Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Wir setzen einen Fokus auf  
3558 Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Lebens nach dem Vollzug zu unterstützen. Neben  
3559 medizinischer Behandlung, insbesondere von Suchterkrankungen, und Drogenprävention braucht guter  
3560 Vollzug vielfältige Angebote für ein aktives Gemeinschaftsleben und ein breites Angebot zur Aus-, Fort-  
3561 und Weiterbildung. Wir GRÜNEN stärken die Nutzung spezifischer digitaler Angebote und  
3562 Lernplattformen. Den offenen Vollzug für geeignete Inhaftierte bauen wir aus. Er erfüllt wichtige  
3563 Funktionen bei der Entlassungsvorbereitung und Resozialisierung sowie trägt zur Stabilisierung sozialer  
3564 und familiärer Beziehungen bei. Um psychosoziale Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug zu sichern,  
3565 bedarf es einer erfolgreichen Anschlussbetreuung. Dazu werden wir Justizvollzug und Bewährungshilfe  
3566 wieder stärker verzahnen. Dies schützt die Gesellschaft und die Täter\*innen davor, rückfällig zu werden.

### 3567 ***Attraktiver Arbeitgeber Justiz: Vielfalt in der Justiz stärken***

3568 Niedersachsens Justiz steht vor einem Generationenwechsel. Es gilt, auf allen Ebenen qualifizierten  
3569 Nachwuchs zu gewinnen. Wichtig ist dabei: Die Justiz muss diverser werden. Jurist\*innen mit  
3570 Migrationshintergrund werden noch zu selten Richter\*innen und Staatsanwält\*innen. Mit Hilfe von  
3571 gezielten Personalgewinnungs- und Entwicklungsmaßnahmen machen wir GRÜNEN eine Karriere in der  
3572 Justiz von der Wachtmeister\*in bis zur Gerichtspräsident\*in für breitere Bevölkerungsgruppen attraktiv.  
3573 Auch bei den ehrenamtlichen Richter\*innen und Schöff\*innen sorgen wir für mehr Diversität und machen  
3574 Vorbilder sichtbarer. Die Besoldung von Justizwachtmeister\*innen und Bediensteten im Strafvollzug  
3575 wollen wir verbessern.

3576 Der Zugang zum Richter\*innenamt muss von mehr als der Examensnote abhängen. Außer-fachliche  
3577 Kompetenzen und einschlägige Berufserfahrung werden wir höher gewichten. Wir öffnen neue  
3578 Karrierewege für Quereinsteiger\*innen und bauen Zugangshürden ab. Wir GRÜNEN haben lange für das

3579 Referendariat im Teilzeit gekämpft – ab 2023 ermöglicht das Bundesrecht dies nun endlich. Wir schaffen  
3580 die Rahmenbedingungen dafür, dass dies in Niedersachsen schnell und flächendeckend umgesetzt wird.  
3581 Innovationen im Jurastudium, wie die Einführung von digitalen Examen, treiben wir voran. Der Pakt für  
3582 den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern ist ein Erfolgsmodell. Wir beteiligen uns auch zukünftig  
3583 daran und stellen sicher, dass alle Bereiche der Justiz mit den notwendigen Personal- und Sachmitteln  
3584 ausgestattet werden. Gute Arbeitsbedingungen in der Justiz haben für uns Priorität. Dazu zählen auch  
3585 umfassende fachliche und außerfachliche Qualifizierungsangebote. Diese bauen wir aus, beispielsweise in  
3586 den Bereichen interkulturelle Kompetenz und Diversity, Demokratieförderung und  
3587 Extremismusprävention. Im Vollzug fehlen schon jetzt viele Fachkräfte. Wir GRÜNEN starten eine groß  
3588 angelegte Ausbildungsinitiative und machen die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Vollzug  
3589 bekannter – denn guter Vollzug braucht gutes Personal.

### 3590 ***Prävention und Opferschutz stärken***

3591 Jede Straftat, die nicht begangen wird, ist ein Erfolg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rücken  
3592 Präventionsmaßnahmen wieder stärker in den Fokus der Innen- und Rechtspolitik, stärken die wichtige  
3593 Arbeit des Landespräventionsrats und erarbeiten gemeinsam mit Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft  
3594 eine Gesamtpräventionsstrategie für Niedersachsen.

3595 Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter\*innen – Opferschutz kommt oft zu kurz.  
3596 Die Opferperspektive muss bei der Durchführung der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir  
3597 GRÜNEN werden Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen sowie Möglichkeiten zur  
3598 audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug\*innen und Fortbildungsangebote für Richter\*innen und  
3599 Staatsanwält\*innen ausbauen – z. B. im Bereich kindgerechte Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von  
3600 Straftaten unterstützen, fördern wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst  
3601 wohnortnahe Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen geben. Digitale Angebote  
3602 können eine gute Ergänzung sein.

### 3603 ***Hasskriminalität bekämpfen***

3604 Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Bekämpfung von Hasskriminalität – beispielsweise auf  
3605 Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religionszugehörigkeit oder rassistischer  
3606 Zuschreibungen (vgl. In Vielfalt zusammenleben). In den letzten Jahren haben diese Delikte stark  
3607 zugenommen. Deshalb werden wir GRÜNEN bei der Polizei und Justiz Ressourcen für die Aufnahme und  
3608 Aufklärung dieser Straftaten ausbauen und beispielsweise die Zentralstelle zur Bekämpfung von  
3609 Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen stärken. Ein großer Teil von Hasskriminalität findet  
3610 heute online statt oder wird online vorbereitet. Es geht hierbei etwa um schwerste Beleidigungen bis hin

3611 zu Morddrohungen, die digital unter dem Deckmantel der Anonymität geäußert werden, aber auch um die  
3612 Radikalisierung von Einzelpersonen in Onlineforen und Chatgruppen.

3613 Zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität im Internet, die weit über Hasskriminalität hinausgeht,  
3614 wollen wir daher die Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden zur digitalen Ermittlung verbessern.  
3615 Dabei behalten wir die Balance zum Schutz der Grundrechte besonders im Blick – etwa dem Grundrecht  
3616 auf informationelle Selbstbestimmung oder auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

3617 ***Für eine vielfältige Gesellschaft***

3618 ***Gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft – gegen Diskriminierung und Hass***

3619 Wir erleben jeden Tag, dass Demokratie verteidigt werden muss und demokratiefeindliche Haltungen und  
3620 Handlungen sich nicht allein durch Bildung und Aufklärung bekämpfen lassen. In Zeiten der  
3621 gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – wie in den vergangenen Jahren um den Umgang mit der  
3622 Corona-Pandemie – werden menschenfeindliche Denkmuster und Strukturen, die Verachtung gegenüber  
3623 Minderheiten und der Glaube an Verschwörungsmymen besonders augenfällig. Doch für viele Betroffene  
3624 waren sie auch vor der Pandemie tagtäglich spürbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein  
3625 entschiedenes staatliches Vorgehen gegen Hass-kriminalität und für klare gesetzliche Regelungen gegen  
3626 alltägliche Formen der Ausgrenzung.

3627 Angetrieben von digitalen Kanälen haben Hassrede und Hasskriminalität in den letzten Jahren merklich  
3628 zugenommen. Zum Ziel werden oft Angehörige religiöser Minderheiten, People of Color, LSBTIQ oder  
3629 Menschen mit Behinderung – und zunehmend Personen, die öffentlich für Vielfalt, Demokratie und  
3630 Toleranz eintreten, wie Bürgermeister\*innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker\*innen. Wir sagen  
3631 Hassrede und Hasskriminalität den Kampf an. Wir stärken die Aufklärung und Ahndung von Hass im Netz  
3632 und schaffen für die Meldung, Anzeige und statistische Erfassung von Hassdelikten zusätzliche  
3633 Möglichkeiten, die über die bisherigen Formen hinausgehen (vgl. Starker Rechtsstaat). Programme der  
3634 politischen Bildung gegen Hassrede wollen wir ausweiten und zusätzliche Beratungs- und  
3635 Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Außerdem wollen wir den von der Zivilgesellschaft  
3636 geforderten Aktionsplan gegen Rassismus auf den Weg bringen und den strukturellen Rassismus in  
3637 unseren Institutionen bekämpfen.

3638 Wir schaffen ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild des Berliner  
3639 Antidiskriminierungsgesetzes, das einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung durch öffentliche  
3640 Einrichtungen des Landes und der Kommunen bietet. Hierdurch schließen wir Rechtsschutzlücken  
3641 zwischen dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Niedersächsischen  
3642 Gleichberechtigungsgesetz (NGG). Wir erleichtern es Betroffenen, gegen Diskriminierung vorzugehen und  
3643 schaffen neue Möglichkeiten der Geltendmachung von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen. Zur  
3644 Durchsetzung der Ansprüche schaffen wir ein Netz aus dezentralen  
3645 Antidiskriminierungsbeschwerdestellen, die vergleichbar mit Datenschutzbeauftragten die Betroffenen  
3646 beraten und die Interessen Betroffener gegenüber Behörden vertreten können.

3647 ***Queeres Leben gehört zu Niedersachsen***

3648 Wir treten dafür ein, dass queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten als  
3649 selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft anerkannt und als solche sichtbarer werden. Hierzu werden  
3650 wir GRÜNEN aktiv beitragen. Eine queersensible Arbeitsweise und die Verwendung geschlechtergerechter  
3651 Sprache machen wir deshalb in den kommenden Jahren in allen Behörden des Landes zum Standard.  
3652 Wappengesetz und Fahnenenerlass wollen wir anpassen, um das Hissen der Regenbogenflagge vor  
3653 öffentlichen Gebäuden einfacher zu ermöglichen. Wir wirken darauf hin, dass auch für trans\*, inter\* und  
3654 nichtbinäre Menschen angst- und diskriminierungsfrei Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung  
3655 stehen. Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz queerer  
3656 Menschen vor Diskriminierung.

3657 Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Beratungs- und Vernetzungs-strukturen  
3658 für LSBTIQ-Menschen schaffen und landesweit die Beratung für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen  
3659 stärken. Der Zugang soll niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen.  
3660 Hasskriminalität gegen queere Menschen bekämpfen wir besser – durch mehr Prävention und eine  
3661 gezieltere Strafverfolgung. Wir unterstützen queere Jugendverbände und fördern den Aufbau  
3662 queerspezifischer Kompetenzen in der Jugendarbeit. Sportvereine und -verbände sollen für den Umgang  
3663 mit queeren Themen sensibilisiert und queere Sportarbeit besser unterstützt werden (vgl. Niedersachsen  
3664 in Bewegung).

3665 An Schulen soll queeres Leben ein selbstverständlicher Teil des Alltags sein – ohne die Erfahrung von  
3666 Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Sensibilisierung für queere Vielfalt wollen wir als Teil der  
3667 Lehrer\*innenaus- und Weiterbildung verankern. Schulen sollen Lehrkräfte als Ansprechpartner\*innen für  
3668 diese Belange benennen und klare Regelungen für den nichtdiskriminierenden Umgang insbesondere mit  
3669 trans\*, inter\* und nichtbinären Menschen treffen. Projekte zur Aufklärung über sexuelle und  
3670 geschlechtliche Vielfalt an Schulen wollen wir stärker fördern und die Förderung verstetigen (vgl. GRÜNE  
3671 machen Schule).

3672 Wir stärken die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen Lebens-phasen und  
3673 wirken auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von inter\*, trans\* und nichtbinären Personen in der  
3674 medizinischen Ausbildung hin. Wir verbessern die Situation queerer Menschen im Alter, indem wir für ihre  
3675 besonderen Bedarfe sensibilisieren, ihre Sichtbarkeit stärken und Projekte für ein Altern in Würde fördern.

3676 ***Weltanschauliche Neutralität des Staates***

3677 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Religion oder Weltanschauung  
3678 benachteiligt wird. Getreu den Prinzipien der Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat sowie

3679 der Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften treten wir dafür ein, die vielfältigen Beziehungen von  
3680 Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein konfessionsneutrales,  
3681 religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach Religion und Weltanschauung an niedersächsischen  
3682 Schulen ein. Es soll unterschiedliche Sichtweisen vermitteln und Vertreter\*innen verschiedener  
3683 Religionsgemeinschaften die Möglichkeit zu einer authentischen Darstellung ihrer  
3684 Glaubensüberzeugungen geben. Konfessionsschulen wollen wir im Dialog mit den  
3685 Religionsgemeinschaften in Schulen umwandeln, die Kindern aller Bekenntnisse gleichermaßen  
3686 offenstehen.

3687 Bündnis 90/DIE GRÜNEN streben eine finanzielle und institutionelle Entflechtung von Kirche und Staat  
3688 und die Ablösung der Staatsleistungen des Landes an die Kirchen an. Bei der Versorgung mit  
3689 medizinischen und sozialen Einrichtungen wie Kitas, Krankenhäuser oder Pflegeheime muss die  
3690 Wahlfreiheit zwischen kirchlichen und nicht-kirchlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Dies bedeutet  
3691 auch, dass an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden muss. Das  
3692 staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen wollen wir abschaffen und den  
3693 Friedhofszwang für Urnenbestattungen liberalisieren. Zugleich setzen wir uns im Sinne der  
3694 Gleichbehandlung für eine vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen  
3695 Religionsgemeinschaften ein, um beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen  
3696 Religionslehrer\*innen an öffentlichen Universitäten zu regeln.

### 3697 ***Demokratieförderung und politische Bildung***

3698 Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die verschiedenen gefährlichen  
3699 Strömungen der Demokratieverachtung, die beispielsweise während der Corona-Pandemie zum Vorschein  
3700 kamen, machen deutlich: Ein lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus,  
3701 Ressentiments und Verschwörungstheorien, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung und  
3702 (Bildungs-)Arbeit.

3703 Wir schaffen ein Landesdemokratiefördergesetz, um die zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit langfristig  
3704 auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung  
3705 ergänzen und die optimale Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen  
3706 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in Niedersachsen sicherstellen. Mit großen und etablierten  
3707 Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir eine enge Zusammenarbeit an. Einen  
3708 Generalverdacht gegen Initiativen, die sich in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine  
3709 Überprüfung durch den Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

3710 Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie ist Vorreiterin bei der  
3711 digitalen Demokratiebildung. Damit spielt sie gerade in der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der

3712 - zum Teil gezielte - Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte  
3713 geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Landeszentrale in ihrer wichtigen Funktion nicht  
3714 gestärkt. Wir GRÜNEN werden in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel für die Landeszentrale  
3715 bereitstellen und ihren Ausbau begleiten. Auch über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische  
3716 Bildung zentraler Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Träger\*innen nach den  
3717 Niedersächsischen Erwachsenen-bildungsgesetz wollen wir politische Bildung finanziell besser vergüten  
3718 und die Demokratiebildung an Schulen durch entsprechende Lehrer\*innenfortbildungen und begleitende  
3719 Projekte fördern (vgl. GRÜNE machen Schule).

### 3720 ***Demokratie lebt von Beteiligung***

3721 Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben auf Demonstrationen für einen ernsthaften Klimaschutz  
3722 mehr demokratische Mitsprache eingefordert und ihre Bereitschaft gezeigt, politische Verantwortung zu  
3723 übernehmen. Viele politische Entscheidung, die wir heute treffen, werden in höchstem Maße über ihre  
3724 Zukunftschancen entscheiden. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf  
3725 14 Jahre senken. Hierfür ist im Fall der Landtagswahl eine Änderung der Landesverfassung mit  
3726 Zweidrittelmehrheit erforderlich. Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen unter 14  
3727 Jahren bei Kommunalwahlen wählen können.

3728 Die Chancen direkter Demokratie wollen wir GRÜNEN im Land und in den Kommunen besser nutzen.  
3729 Oftmals sind es Volks- und Bürger\*innenentscheide, die wichtige Veränderungen anstoßen, wo die Politik  
3730 noch zu zögerlich ist. So war es das – auch von uns GRÜNEN zusammen mit Umweltverbänden  
3731 vorangetriebene – Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!, das SPD und CDU dazu gebracht hat, endlich  
3732 konkrete Schritte für mehr Artenschutz einzuleiten. Deshalb wollen wir die Hürden für zukünftige Volks-  
3733 und Bürger\*innenentscheide senken und die möglichen Themenfelder für Bürger\*innenentscheide  
3734 ausweiten.

3735 Transparenz und der Zugang zu Informationen sind wichtige Voraussetzungen für eine effektive  
3736 öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns. Durch die Blockade von SPD und CDU ist Niedersachsen  
3737 eines der letzten Bundesländer ohne ein Informationsfreiheitsgesetz. Wir werden ein solches Gesetz  
3738 einführen und so allen Bürger\*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen  
3739 Informationen geben. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu einer verbesserten,  
3740 aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante Entwicklungen verpflichtet werden.

### 3741 **3. Gleichstellung und Feminismus**

3742 Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch in seinem Leben erhält. Noch immer  
3743 erhalten viele Frauen für die gleiche oder gleichwertige Arbeit einen niedrigeren Lohn, eine niedrigere  
3744 Rente und oft weniger soziale Sicherheit. Noch immer treffen überwiegend Männer politische  
3745 Entscheidungen in unserer Gesellschaft. Und noch immer werden in vielen Lebensbereichen vor allem die  
3746 Bedürfnisse von Männern als der „Normalfall“ betrachtet. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen,  
3747 inter\* und trans\* Personen ist ein Grundstein GRÜNER Politik und durchzieht unsere Programmatik als  
3748 Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche (Gender Mainstreaming). Dies betrifft die  
3749 Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Verhütung, sicheren Schwangerschaftsabbrüchen und  
3750 Geburtshilfe, aber auch die Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Förderung von  
3751 Frauen in der Wissenschaft, eine feministische Verkehrsplanung sowie die Vereinbarkeit von Familie und  
3752 Beruf.

3753 Wir wollen gesellschaftlich festgefügte Machtstrukturen aufbrechen und kommenden Generationen ein  
3754 größeres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung jenseits überkommener Rollenbilder ermöglichen. Ein  
3755 Schlüssel hierzu ist die Bildungspolitik. Wir GRÜNEN wollen den kritischen Umgang mit  
3756 Geschlechterrollen und patriarchalen Machtstrukturen fest im Lehrplan der niedersächsischen Schulen  
3757 und im schulischen Alltag sowie – altersgerecht aufbereitet – in den Kitas verankern, Lehrmaterialien  
3758 überarbeiten und pädagogisches Personal entsprechend aus- und fortbilden (vgl. Niedersachsen macht  
3759 Schule). Gendersensible Erziehung etablieren wir in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Stärkung  
3760 einer Konsenskultur und gute Sexuaufklärung. „Nein heißt Nein“ und vor allem „Nur Ja heißt Ja“ sind  
3761 Grundsätze, die von Beginn an im Zentrum der pädagogischen Arbeit stehen müssen.

3762 Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes als einem zentralen Steuerungsinstrument wollen wir GRÜNEN  
3763 Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit systematisch berücksichtigen (Gender Budgeting). In einem ersten  
3764 Schritt lassen wir zwei geeignete Bereiche des Landeshaushaltes durch externe Expert\*innen auf Fragen  
3765 der Geschlechtergerechtigkeit untersuchen, um die breite Einführung des Gender Budgeting  
3766 vorzubereiten.

3767 *Im* Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften setzen wir uns für die  
3768 wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen\* ein, die heute immer noch im Durchschnitt weit weniger  
3769 verdienen und deutlich stärker von (Alters-)Armut betroffen sind als Männer. Wir treten ein für einen  
3770 existenzsichernden Mindestlohn, die Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse,  
3771 einen Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere Aufteilung unbezahlter Fürsorge- und Hausarbeit  
3772 sowie die Ersetzung des Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen durch den Grundsatz der  
3773 Einzelveranlagung mit übertragbaren Grundfreibeträgen.

3774 ***Frei leben ohne Gewalt***

3775 Jede dritte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben Gewalt. Diese Gewalt ist das Produkt einer von  
3776 sexistischen Strukturen geprägten Gesellschaft, die Frauen abwertet und zum Objekt macht und Männer  
3777 zu Tätern werden lässt. Sie ist das Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur  
3778 dominieren, die in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in vermeintlich  
3779 harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur der Gewalt sagen wir  
3780 den Kampf an.

3781 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bedingungslos für die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz  
3782 von Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt. Gewaltschutz wollen wir als ressortübergreifende  
3783 Aufgabe verankern und eine Gesamtstrategie Frei leben ohne Gewalt zum Gewaltschutz umsetzen. Dabei  
3784 braucht es durchgängig einen Blick auf die besondere Situation von Migrantinnen, Frauen mit  
3785 Behinderung, LSBTIQ-, Drogen gebrauchenden Frauen, Frauen in Armut und wohnungs- und obdachlosen  
3786 Frauen (intersektionale Perspektive). Wir begrüßen die Ankündigung der neuen Bundesregierung, sich  
3787 verstärkt bei der Finanzierung zu beteiligen. Hohe Priorität haben für uns in diesem Kontext die  
3788 Schaffung neuer Frauenhausplätze und die Qualitätssicherung in Frauenhäusern durch Mindeststandards  
3789 bei der Ausstattung, damit jeder Frau in Not angemessen geholfen werden kann, sowie der Ausbau der  
3790 Beratungsstellen. Zusammen mit den landesweiten Beratungsstellen bilden die Frauenhäuser das  
3791 Zentrum des Gewaltschutznetzes. Deswegen muss eine auskömmliche Finanzierung gesichert und etwa  
3792 auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen berücksichtigt werden. Durch  
3793 bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene  
3794 Wohnung finden – etwa indem wir ein Kooperationsmodell mit Vermieter\*innen und  
3795 Wohnungsgenossenschaften unterstützen. Für Frauen in besonders schwierigen Situationen – etwa ohne  
3796 gesicherten Aufenthaltsstatus – wollen wir auch eine besonders geschützte, zum Beispiel anonyme,  
3797 Aufnahme ermöglichen.

3798 Auch die Beratungsstrukturen wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung sichern, damit von Gewalt  
3799 betroffene und bedrohte Frauen einfacher Zugang zu Hilfsangeboten erhalten. Auch die so wichtige  
3800 Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen muss ausreichend finanziell abgesichert sein.  
3801 Unser Ziel ist es, dass jede von häuslicher oder sexualisierter Gewalt betroffene Frau weiß, wohin sie sich  
3802 wenden kann, und dort sicher Hilfe bekommt. Wir wollen die von SPD und CDU gestrichene  
3803 Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt wieder und dauerhaft  
3804 finanzieren. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in  
3805 ausreichendem Maß schaffen (vgl. Gesundheit und Pflege).

3806 Wir wollen sowohl die Gewaltprävention als auch die Strafverfolgung von Gewaltdelikten und  
3807 Hasskriminalität gegen Frauen, queere Menschen, inter\* und trans\* Personen stärken. Hierzu gehört für

3808 uns neben der Sensibilisierung von Polizei und Justiz auch ein Ausbau der Täterarbeit, um  
3809 Wiederholungstaten zu verhindern. Frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten, insbesondere  
3810 Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so sichtbarer gemacht  
3811 werden. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die beispielsweise als Zwangsprostituierte zu  
3812 Opfern organisierten Menschenhandels werden. Im Einklang mit den Empfehlungen des Kriminologischen  
3813 Forschungsinstituts Niedersachsen wollen wir die Spezialisierung und Schwerpunktbildung bei den  
3814 Gerichten und Strafverfolgungsbehörden voranbringen, um organisierten Menschenhandel effektiver zu  
3815 bekämpfen und Betroffene besser zu schützen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Unterstützungs-  
3816 und Beratungsangebote für Betroffene (z. B. Ausstiegsprogramme) werden wir langfristig finanziell  
3817 absichern. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Stigmatisierung von freiwilliger Sexarbeit und setzen  
3818 uns für eine Verbesserung der Rechte und Versorgung von Sexarbeiter\*innen ein.

3819 Wir werden die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Prävention von sexuellem Missbrauch  
3820 von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv begleiten und unterstützen. Für alle einschlägigen  
3821 Einrichtungen des Landes, etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die  
3822 (Weiter-)Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten. Der besonderen Gefährdung von Mädchen und Frauen  
3823 mit Behinderung wollen wir durch verstärkte Aufklärungskampagnen begegnen.

#### 3824 ***Die Hälfte der Macht***

3825 Noch immer treffen überwiegend Männer zentrale politische Entscheidungen, weil Frauen und andere  
3826 Geschlechter in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen stark unterrepräsentiert sind. Nach der  
3827 letzten Landtagswahl lag der Anteil der Frauen im Landtag bei lediglich 27 Prozent. Deshalb streben wir  
3828 eine verfassungsfeste, paritätische Wahlrechtsreform an, um den Anteil von Frauen im Landtag und in den  
3829 kommunalen Vertretungen zu erhöhen.

3830 Im öffentlichen Dienst werden Führungspositionen noch immer viel zu selten mit Frauen besetzt.  
3831 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz stärken, um dies zu  
3832 ändern – etwa durch Festlegung eines Mindestanteils weiblicher Führungskräfte und die Verpflichtung,  
3833 vakante Stellen öffentlich auszuschreiben. Darüber hinaus sollen alle Kommunen, die nicht  
3834 Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende Gleichstellungsbeauftragte  
3835 erhalten. Zugleich wollen wir Mindeststandards für die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen  
3836 festlegen, damit angemessene und wirksame Gleichstellungsarbeit auch in Zeiten knapper Kassen  
3837 gesichert ist. Die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, indem wir für eine  
3838 Abwahl dieselben hohen Voraussetzungen wie für die Abwahl kommunaler Wahlbeamt\*innen festlegen.

3839 Auch in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen sind Frauen immer noch stark unter-repräsentiert.  
3840 Deshalb streben wir an, dass in allen Unternehmen mit Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts-

3841 bzw. Verwaltungsräte mindestens zur Hälfte mit Frauen\* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in  
3842 Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

### 3843 ***Niedersachsens Kultur und Medien: So vielfältig wie unser Land***

3844 Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen Debatte und lebendiger  
3845 Demokratie. Sie bieten uns Perspektiven für Gegenwart und Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale  
3846 Entwicklungen und sind zugleich Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse  
3847 gestalten und haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind  
3848 elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. Eine lebendige und breite  
3849 Kulturlandschaft braucht große Theater und Museen genauso wie die freie Kulturszene, Off-Theater,  
3850 Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien, Soziokulturelle Zentren und sich stetig neu entwickelnde Formate. Die  
3851 Kulturorte müssen jedoch nicht nur vorgehalten werden – es braucht auch die Künstler\*innen und  
3852 Kulturschaffenden, die mit ihrer Arbeit diese Orte füllen. Niedersachsen hat eine enorme kulturelle und  
3853 künstlerische Vielfalt – von Tanz und Theater, über den Film, die Literatur, die Musik bis zu den Museen.  
3854 Diese gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln.

3855 Aktuell leidet die Kulturbranche besonders unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Diese hat  
3856 zudem ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kultur oftmals unter prekären Bedingungen entsteht. Die  
3857 Kultur braucht deshalb bessere Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen  
3858 Entgelten, bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb unterstützen wir  
3859 beispielsweise die Forderung der Theaterschaffenden nach Honoraruntergrenzen bzw. des Bundes  
3860 Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen bei  
3861 Kunstwerken für den öffentlichen Raum.

### 3862 ***Verlässliche Strukturen für künstlerische Arbeit***

3863 Um die Vielfalt der Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur Planungssicherheit für  
3864 Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von  
3865 Tarifsteigerungen im Rahmen von institutionellen Förderungen etwa an den Theatern oder die  
3866 Fortführung der Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Von der kurzfristigen  
3867 Projektförderung bis zur langfristigen und dynamisierten institutionellen Förderung: Die Förderverfahren  
3868 müssen vereinfacht und entbürokratisiert sowie mit verlässlichen und professionellen Informations- und  
3869 Beratungsstrukturen ergänzt werden. Neben Projektförderungen sind strukturelle und institutionelle  
3870 Förderungen notwendig, um Kulturangebote kontinuierlich vorhalten zu können. Die aktuellen  
3871 Förderstrukturen entwickeln wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden sowie den Landschaften und  
3872 Landschaftsverbänden weiter, damit diese so effektiv und passgenau wie möglich wirken – im  
3873 Zusammenspiel mit Förderprogrammen des Bundes und kommunaler Förderung. Darüber hinaus  
3874 brauchen die Kulturfachverbände Verlässlichkeit und Kontinuität, um als stabile Partner\*innen ihre  
3875 Mitglieder zu unterstützen. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kultur in Zeiten knapper Kassen nicht immer

3876 als Erstes auf dem Prüfstand steht und entwickeln eine verlässliche Förderstrategie. Wir wollen eine  
3877 kohärente und verlässliche Kulturpolitik, die Kulturschaffenden langfristige und verlässliche Perspektiven  
3878 bietet. Dazu etablieren wir gemeinsam mit den Landeskulturverbänden, den Landschaften und  
3879 Landschaftsverbänden sowie den Kulturschaffenden eine verbindliche Kulturentwicklungsplanung, die in  
3880 regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst wird.

3881 Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen blühen kulturelle Traditionen und Innovationen in  
3882 einer beachtlichen Vielfalt – vielfach von hohem bürgerschaftlichen Engagement getragen.  
3883 Kultureinrichtungen und Kulturschaffende sichern mit ihrer Arbeit nicht nur die kulturelle  
3884 Grundversorgung, sondern sind Diskurs- und Versammlungsorte, Impulsgeber\*innen für zukunftsweisende  
3885 Projekte, Vernetzungsplattform lokaler Akteur\*innen und Anlaufpunkte für internationale Künstler\*innen.  
3886 Um die Kulturarbeit vor Ort zu erhalten, zu stärken und weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer  
3887 GRÜNEN Kulturförderstrategie einen Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Kultureinrichtungen und  
3888 Kulturschaffende wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie dem  
3889 Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen, beispielsweise mit Schulen,  
3890 Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Hochschulen, unterstützen. Neben stabilen und verlässlichen  
3891 Förderstrukturen brauchen Kunst und Kultur aber auch ganz praktisch genügend Räume. Damit steigende  
3892 Bodenpreise und Gewerbemieten Kultureinrichtungen wie Kinos und Galerien nicht gefährden, setzen wir  
3893 uns für die Einführung einer Gewerbemietpreisbremse ein. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die  
3894 klassische Kultureinrichtungen wie beispielsweise Bibliotheken und Museen zu hybriden Kultur-,  
3895 Wissens-, Lern- und Kommunikationsorten weiterentwickeln. Dass Clubs als kulturelle Orte anerkannt  
3896 sind, hilft, sie vor Verdrängung zu schützen. Mit einem Lärmschutzfonds unterstützen wir sie bei der  
3897 energetischen sowie akustischen Sanierung.

### 3898 ***Freiräume schaffen: Digital und analog***

3899 Kultur braucht Freiraum. Denn Kultur ist immer in Bewegung und verändert sich. Zudem bedeutet  
3900 künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren. Gerade in der Pandemie haben Kunst- und  
3901 Kulturschaffende ihre Flexibilität und Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler\*innen während  
3902 der Lockdowns entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kultur findet aber auch  
3903 unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt und neue Genres, die ihren Ursprung in der  
3904 digitalen Welt haben, gewinnen an Bedeutung. Die Digitalisierung ermöglicht dabei neue Formen der  
3905 Kommunikation zwischen Kulturakteur\*innen und Kulturkonsument\*innen. Die kulturelle Partizipation, z.  
3906 B. durch die Integration von digitalen Inhalten, die von den Nutzer\*innen kultureller Angebote geschaffen  
3907 wurden (user generated content) und der Auf- und Ausbau generationsübergreifender digitaler und  
3908 hybrider Angebote gehören dazu. Deshalb werden wir GRÜNEN das Investitionsprogramm für kleine  
3909 Kultureinrichtungen so weiterentwickeln, dass diese die digitalen Möglichkeiten effizient und kreativ

3910 nutzen können. Darüber hinaus bringen wir neue Förderprogramme für innovative Konzepte – u. a. auch  
3911 für Solokünstler\*innen – auf den Weg, die an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen  
3912 angepasst sind.

3913 Kunst und Kultur sind wichtig für die ökologisch-soziale Modernisierung: Zum einen, indem sie mit  
3914 großem Einsatz ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, zum anderen indem sie immer wieder Impulse für  
3915 eine nachhaltig agierende Gesellschaft geben. Projekte der neuen Bundesregierung wie die Einrichtung  
3916 einer Green Culture Desk-Beratungsstelle und eines Green Culture Fonds unterstützen wir GRÜNEN aus  
3917 Niedersachsen. Wir wollen die Bestrebungen des Bundes und der Kulturstiftungen mit eigenen Förder-  
3918 und Beratungsangeboten flankieren und sie damit zu einem wichtigen Bestandteil der niedersächsischen  
3919 Kulturpolitik machen.

### 3920 ***Kulturelle Bildung und Teilhabe stärken***

3921 Kulturelle Bildung unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb  
3922 brauchen Kinder und Jugendliche unabhängig von Elternhaus und Wohnort barrierearmen Zugang zu  
3923 Kunst und Kultur. Wir stellen uns der Herausforderung, dies verstärkt in den wachsenden  
3924 Ganztags schulbetrieb zu integrieren. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Niedersachsen  
3925 ist hierbei ein zentraler Partner, dessen wichtige Arbeit wir auch weiterhin unterstützen werden.

3926 Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller Akteur\*innen der  
3927 Kultur. Um den Zugang zu Kultur erleichtern, wollen wir daher Kultureinrichtungen unterstützen, sich  
3928 weiter für neue Publikumsschichten zu öffnen. Mit Programmen zur Umnutzung (leerstehender) Räume zu  
3929 „Dritten Orten“, also Orten der Gemeinschaft als Ausgleich zu Beruf und Familie, wollen wir zusätzliche  
3930 und neue Zugänge zu kultureller Bildung ermöglichen. Kulturelle Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck  
3931 gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen Gesellschaft wollen wir möglichst viele Menschen aus  
3932 verschiedenen Milieus und Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern.  
3933 Der Zugang zu Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder Wohnort  
3934 abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation in Leichter Sprache.

### 3935 ***Erinnerungskultur stärken und weiterentwickeln***

3936 Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist grundlegend für unser politisches Selbstverständnis.  
3937 Rechte Kräfte haben unserer demokratischen Erinnerungskultur und ihren Institutionen längst den Kampf  
3938 angesagt. Es sind Diskursverschiebungen zu beobachten, die darauf zielen, die Verbrechen des  
3939 nationalsozialistischen Deutschlands zu relativieren. Es ist daher umso wichtiger, die Erinnerungskultur  
3940 zu stärken und zeitgemäß weiterzuentwickeln. Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Erinnerns in  
3941 Schulen, Bildungsstätten, Kommunen und Gedenkstätten und fördern ihre notwendige

3942 Weiterentwicklung. Da immer weniger Zeitzeugen leben, steigt die Bedeutung von Gedenkstätten und  
3943 Lernorten an Original(schau)-plätzen. Diese wollen wir besonders stärken.

3944 Wir treiben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den niedersächsischen Ministerien, Behörden und  
3945 öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer Bundesministerien voran. Personelle und  
3946 strukturelle Kontinuitäten in der Zeit nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden. Dazu gehört für  
3947 uns auch, die zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den  
3948 Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu berücksichtigen. Ein  
3949 Ausgangspunkt kann hier die Anerkennung von Leid ganzer Menschengruppen stehen – unabhängig von  
3950 der eigenen Familiengeschichte. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen  
3951 Vergangenheit. Das von uns GRÜNEN initiierte Netzwerk Provenienzforschung, das die Aufarbeitung  
3952 systematischen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der Herkunft von  
3953 Kunstgegenständen hilft, werden wir weiterentwickeln.

#### 3954 ***Vielfältige Medienlandschaft***

3955 Niedersachsens Medienlandschaft ist vielfältig - Vom überregionalen Rundfunkhaus über die  
3956 Regionalzeitung bis hin zum lokalen Bürgerradio - alle versorgen Sie die Niedersächs\*innen mit guter  
3957 Information. Grundlage guter Medienangebote sind gut ausgebildete Journalist\*innen. Wir GRÜNEN  
3958 honorieren in der Landesmedienförderung Medienhäuser besonders, die einen Fokus auf die Ausbildung  
3959 des journalistischen Nachwuchses setzen und auf die Stärkung regionalen und kommunaler Themen in  
3960 der redaktionellen Arbeit setzen, um gerade vor Ort eine vielfältige Berichterstattung sicherzustellen und  
3961 der Medienkonzentration entgegenzuwirken. Zudem wollen wir ein Sonderförderprogramm für neue  
3962 journalistische Verbreitungsformen und der übergreifenden Zusammenarbeit, wie bspw.  
3963 Netzwerkplattformen und Rechercheverbänden auf den Weg bringen. Das Bestreben der Ampelregierung  
3964 im Bund, Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus zu schaffen, unterstützen wir aus  
3965 Niedersachsen heraus und setzen uns für die Aufnahme von Gewinnzweckfreiem Journalismus in den  
3966 Zweckkatalog der Abgabenordnung ein.

3967 Das Landesmediengesetz ändern wir, um die Landesmedienanstalt angemessen auszustatten, aber auch  
3968 um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und  
3969 das Lokalfernsehen bereitzustellen. Die Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine Förderung  
3970 für journalistische Reportagen und Dokumentationen und verbessern die Games-Förderung. Ebenso  
3971 wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut Medien zu erhalten: u. a. durch die  
3972 verstärkte Digitalisierung und öffentlich zugängliche Archivierung historischer Filme, Reportagen und  
3973 Printprodukte.

3974 ***Niedersachsen engagiert sich***

3975 ***Zivilgesellschaft unterstützen – Bürgerschaftliches Engagement stärken***

3976 Eine starke demokratische Gesellschaft braucht Ehrenamtliche. In Niedersachsen engagieren sich rund 3,7  
3977 Millionen Menschen freiwillig für das Gemeinwohl: in klassischen Ehrenämtern im Verein oder in  
3978 Parteien, in Freiwilligendiensten, bei der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen. Ob als langjähriges Engagement  
3979 oder spontan bei einem kurzfristigen Projekt – die Formen des Engagements sind so vielfältig wie die  
3980 Niedersächs\*innen.

3981 Wir GRÜNEN verbessern die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement – dazu bringen wir  
3982 eine Ehrenamtsstrategie auf den Weg. Wir schaffen Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche  
3983 Initiativen und Vereine, um Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zum Engagement zu motivieren  
3984 sowie um den Herausforderungen der modernen Formen des Engagements und der Digitalisierung  
3985 gerecht zu werden. Gerade das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte werden wir fördern  
3986 und stärker sichtbar machen. Ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Strukturen, wie  
3987 professionelle Vereinsgeschäftstellen oder Freiwilligenagenturen, die wir verlässlich finanzieren. Neue  
3988 Modelle wie Förderscouts bringen wir auf den Weg: Sie helfen Engagierten, in der Vielfalt der  
3989 Förderlandschaft erfolgreich Fördergelder für gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.

3990 Freiwilligendienste bauen wir in allen Bereichen für die verschiedenen Zielgruppen aus. Engagement  
3991 braucht Wertschätzung – in allen Altersgruppen: Ehrenamtskarten, Fortbildungs-möglichkeiten und  
3992 vergünstigte Nutzungsangebote für öffentliche Infrastrukturen wie Nahverkehr. Wir GRÜNEN schnüren  
3993 ein Bündel an Maßnahmen für mehr Anerkennung.

3994 ***Niedersachsen ist sportlich – Von der Breite bis zur Spitze***

3995 Sport stärkt das Wohlbefinden und die Gesundheit des Individuums und den Zusammenhalt unserer  
3996 Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir  
3997 GRÜNEN setzen uns für flächendeckende Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum  
3998 Sport ermöglichen. Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis zum  
3999 Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Wir unterstützen die  
4000 Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und möglichst barrierefrei auszubauen.  
4001 Spiel- und Bewegungsförderung sowie Gesundheitsprävention durch Sport sind von Kindesbeinen an  
4002 wichtig. In der Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine bessere  
4003 Verankerung im Ganzttag unabdingbar (vgl. *Niedersachsen macht Schule*). Teilhabemodelle, die das  
4004 Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen beim Sport stärken, werden wir im Schul- und

4005 Breitensport ausbauen. Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die  
4006 gleichberechtigte Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

4007 Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement, das wir GRÜNEN stärken  
4008 wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Neben finanziellen Nothilfen braucht es zukunftsfähige  
4009 Konzepte, um den Rückgang der Mitgliedszahlen in Vereinen zu stoppen und Engagement wieder  
4010 attraktiv zu machen. Hierbei möchten wir die Vereine unterstützen. Sport findet aber nicht nur im Verein  
4011 statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen Engagements. Dies muss auch in der  
4012 Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des gemeinsamen Sportes und neue Sportarten, wie  
4013 beispielsweise E-Sports, werden zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren.

4014 Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander. Wir GRÜNEN sprechen uns  
4015 klar gegen Gewalt und Diskriminierung im Sport aus. Sexismus, Homophobie, Rechtsextremismus und  
4016 Antisemitismus haben im Sport nichts zu suchen. Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und  
4017 Fanbeauftragte unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren  
4018 Sportarbeit (*vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen*).

## 4019 ***Niedersachsen in Europa und der Welt***

4020 Wichtige Weichen für den Klima- und Umweltschutz sowie die ökologisch-soziale Trans-formation der  
4021 Wirtschaft werden in Europa gestellt. Wir GRÜNEN bringen uns als starke Stimme aus Niedersachsen für  
4022 Europa in Brüssel und Berlin ein. Für uns sind die Grundwerte der EU von entscheidender Bedeutung. Wir  
4023 setzen uns auf allen Ebenen für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit,  
4024 Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein. Das europäische Recht setzt wichtige  
4025 Mindeststandards, die wir GRÜNEN konsequent umsetzen. Wir unterstützen in einem fairen Welthandel  
4026 nur Handelsabkommen, die hohe Sozial- und Umweltstandards umfassen, die transparente Klagerechte  
4027 ermöglichen und den freien Zugang zur Daseinsvorsorge stärken. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung  
4028 der Vereinten Nationen (SDGs) und die konsequente Umsetzung des Green Deal sind für uns GRÜNE in  
4029 allen Politikfeldern handlungsleitend.

## 4030 ***Europa erfahrbar machen***

4031 Wir GRÜNEN bringen Europa nach Niedersachsen. Die Niedersächs\*innen sind engagierte Europäer\*innen  
4032 – das soll gefeiert werden: mit einem jährlichen Europafest des Landes und der Regionen, das die Vielfalt  
4033 des Europaengagements sichtbar macht. Um noch stärker für Europa zu begeistern, stärken wir das  
4034 Europäische Informationszentrum (EIZ) und die Europaschulen, bauen das Besuchsprogramm für  
4035 interessierte Bürger\*innen der Landesvertretung in Brüssel aus und stärken den europäischen Austausch  
4036 für Schüler\*innen und Auszubildende. Wir treiben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der  
4037 Regionen insbesondere im Dreiländereck mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen voran.

## 4038 ***Niedersachsens Verantwortung in der Welt***

4039 Niedersachsens Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind global vernetzt. Globales  
4040 Zusammenwachsen bedeutet für uns GRÜNE, Kooperation in vielen Dimensionen zu denken: Ökologisch,  
4041 ökonomisch nachhaltig, menschenrechtsorientiert, zivilgesellschaftlich verankert und inklusiv. Das  
4042 europäische und internationale Engagement des Landes ergänzen wir durch Kooperationen mit weiteren  
4043 Ländern – insbesondere in Lateinamerika und auf dem afrikanischen Kontinent. Wir schaffen  
4044 transparente Kriterien für die Auswahl der Partnerländer und die konkreten Kooperationsprojekte.

4045 Niedersachsen ist Teil der globalen Verflechtungsgeschichte Europas und Deutschlands. Wir bringen die  
4046 kritische Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen (post-)kolonialen Erbe in Schulen, Ausbildung,  
4047 Fortbildung und Universitäten voran und arbeiten dieses auf. Die Entwicklungskooperationen des Landes  
4048 richten wir am Leitbild der Globalen Verantwortung aus der Region aus. Wir evaluieren und aktualisieren  
4049 die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Eine-Welt-Promotor\*innen und Globales-Lernen-Programme

4050 *stellen wir langfristig besser auf, bringen eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg und*  
4051 *unterstützen interessierte niedersächsische Kommunen dabei, Fair Trade Town zu werden.*

## 4052 ***V. Solides Fundament für Niedersachsen***

### 4053 ***Nachhaltig haushalten***

4054 GRÜNE Finanzpolitik ist nachhaltig und gerecht. Unser Ziel ist ein stabiler und gerechter Landeshaushalt.  
4055 Damit sichern wir die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand und ermöglichen den ökologisch-  
4056 sozialen Umbau. Nachhaltigkeit ist für uns untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden: Unser  
4057 Ziel ist es, nachfolgende Generationen weder dadurch zu belasten, dass wir die dringend erforderlichen  
4058 Investitionen in den Klimaschutz, in eine intakte öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt  
4059 der Gesellschaft in die Zukunft verschieben, noch Ihnen zu hohe Schulden zurückzulassen. Das Land muss  
4060 in der Lage sein, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken und gleichzeitig das  
4061 öffentliche Vermögen zu erhalten und auszubauen.

### 4062 **Mit dem Niedersachsenfonds in die Zukunft investieren**

4063 Im Sinne der finanzpolitischen Nachhaltigkeit ist eine Schuldenregel, die dem ungehemmten  
4064 Schuldenmachen einen Riegel vorschiebt, grundsätzlich der richtige Weg. Aber auch finanzpolitische  
4065 Entscheidungen müssen sich am Kriterium der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen  
4066 Nachhaltigkeit messen lassen. Wir wollen daher die Schuldenregel so reformieren, dass sie Investitionen  
4067 in den Klimaschutz und den Substanzerhalt der Daseinsvorsorge besser gewährleistet. Auch soll sie für  
4068 Notlagen wie den Angriffskrieg auf die Ukraine und die Folgekosten insbesondere für die Kommunen  
4069 praxisgerechter gestaltet sein. Um jetzt schon handlungsfähig zu sein, haben wir gemeinsam mit dem  
4070 Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) einen Niedersachsenfonds entwickelt. Dieser Fonds wird mit einer  
4071 Milliarde Stammkapital ausgestattet und soll mit Mitteln des Kapitalmarktes auf 10 Milliarden Euro  
4072 anwachsen. Ein solcher Niedersachsenfonds ist mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse  
4073 vereinbar und soll zusammen mit Landesgesellschaften dazu eingesetzt werden, in den klimaneutralen  
4074 Umbau der öffentlichen Gebäude des Landes und der Kommunen, den Aufbau einer klimaneutralen  
4075 Versorgungsinfrastruktur sowie die öffentliche und soziale Daseinsvorsorge zu investieren. Für uns hat die  
4076 „GRÜNE Null“ – und damit die Vermeidung ökologischer Folgeschäden durch rechtzeitige Realisierung  
4077 notwendiger Investitionen in den Klimaschutz – Vorrang vor der „schwarzen Null“ des lediglich  
4078 buchhalterischen Verzichts auf neue Kredite.

### 4079 ***Mehr Transparenz im Landeshaushalt***

4080 In einer liberalen Demokratie müssen Bürger\*innen in der Lage sein nachzuvollziehen, wofür das Land  
4081 ihre Steuergelder einsetzt und wie sich Finanzen, Vermögen und zukünftige Belastungen entwickeln.  
4082 Bisher ist das nur sehr eingeschränkt der Fall, weil der Landeshaushalt weder das Vermögen abbildet

4083 noch die sogenannte implizite Verschuldung des Landes, wozu u. a. die Pensionsverpflichtungen für  
4084 Beamt\*innen gehören. Mit einer Landesvermögensrechnung wollen wir das ändern und sowohl Vermögen  
4085 als auch die implizite Verschuldung des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen ermitteln und im  
4086 Zusammenhang darstellen. Auf diese Weise wird deutlich, über welche Vermögenswerte das Land  
4087 tatsächlich verfügt, wie sich dieses Vermögen entwickelt und in welcher Höhe wir künftige Generationen  
4088 einerseits durch implizite und explizite Schulden belasten – andererseits aber auch durch unterlassene  
4089 Investitionen. Ein sorgsamer Umgang mit dem Vermögen des Landes bedeutet schließlich auch, Gebäude,  
4090 Straßen und Brücken, aber auch den Wald des Landes zu erhalten und so das Anlagevermögen zu stärken.  
4091 Der Vermögenserhalt hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

#### 4092 ***Nachhaltiges Investment – Klima- und geschlechtergerecht haushalten***

4093 Bevor der Haushalt aufgestellt wird, wollen wir künftig regelmäßig alle Haushaltsposten auf ihre  
4094 Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel überprüfen. Das betrifft insbesondere Subventionen,  
4095 Förderprogramme und Finanzhilfen. Die Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf  
4096 Klimaneutralität und die Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Investitionen des  
4097 Landes etwa in Anlagen mit fossilen Energieunternehmen werden wir beenden (vgl. Wir bringen  
4098 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad).

4099 Die strategischen Beteiligungen des Landes insbesondere bei Volkswagen oder Salzgitter wollen wir  
4100 dafür nutzen, den ökologischen Umbau dieser Unternehmen weiter voranzutreiben. Wir führen das  
4101 Instrument des strategisches Budgeting ein, das sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs)  
4102 der Vereinten Nationen orientiert und zudem auch das Gender Budgeting gehört. Denn eine  
4103 Haushaltsaufstellung, von der alle Geschlechter gleichermaßen profitieren und mit der die Gleichstellung  
4104 der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges Ziel GRÜNER Haushaltspolitik (vgl. Gleichstellung und  
4105 Feminismus).

#### 4106 ***Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verstärken***

4107 Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben des Landes steht und fällt mit den Steuereinnahmen. Dabei ist  
4108 eine gerechte Steuererhebung die Grundlage jedes öffentlichen Haushalts. Nicht erst Luxemburg Leaks  
4109 und Panama Papers haben gezeigt, dass Steuerbetrug und legale Steuervermeidung ein massives Problem  
4110 darstellen. Von 2013 bis 2017 hat die damalige Landesregierung mit GRÜNER Beteiligung durch den  
4111 Ankauf von Steuer-CDs und der personellen Verstärkung der Steuerfahndung wichtige Maßnahmen auf  
4112 den Weg gebracht. Da wollen wir anknüpfen und die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung  
4113 dauerhaft um 200 aufstocken. Zudem wollen wir die Steuerverwaltung technisch besser ausstatten und  
4114 flächendeckend mobiles Arbeiten ermöglichen sowie nach und nach die Stellen in der Steuerfahndung  
4115 und Betriebsprüfung erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns für die Abschaffung sog. Share-Deals

4116 einsetzen, mit denen Investoren durch den Erwerb von Geschäftsanteilen die dem Land zufließende  
4117 Grundsteuer umgehen.

#### 4118 ***Öffentlich-private Partnerschaften***

4119 Wir stehen sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) bei der Finanzierung von öffentlichen  
4120 Investitionen kritisch gegenüber und lehnen sie ab – beispielsweise beim Straßenbau. Sie sind im  
4121 Regelfall deutlich teurer als konventionelle Projekte. Private Unternehmen erwarten eine hohe Rendite –  
4122 die Zeche begleichen dann die Bürger\*innen. Gleichzeitig sind ÖPP-Projekte aufgrund hochkomplexer  
4123 Verträge nur sehr schwer zu kontrollieren. Davon profitieren am Ende nur die beteiligten Unternehmen –  
4124 für die Bürger\*innen wird es hingegen teuer. Wir setzen uns dafür ein, dass ÖPP-Projekte als  
4125 kreditähnliche Rechtsgeschäfte gegenüber konventionellen Kreditgeschäften nicht weiter privilegiert  
4126 werden. Um die Anwendung von ÖPP auf solche Fälle zu reduzieren, bei denen die Vorteile für die  
4127 öffentliche Hand deutlich überwiegen, setzen wir uns für nachvollziehbare Qualitätskriterien ein.

#### 4128 ***Starke Kommunen***

4129 Unsere Kommunen sind das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Handlungsfähige Kommunen sind  
4130 unerlässlich für gutes Leben in der Fläche. SPD und CDU haben unsere Kommunen jedoch finanziell  
4131 ausbluten lassen: Die Zuweisungen des Landes an die niedersächsischen Kommunen liegen deutlich  
4132 unter dem bundesweiten Durchschnitt. In den 1990er Jahren konnten die Sozialausgaben der Kommunen  
4133 noch vollständig von den Landeszuweisungen gedeckt werden – aktuell müssen unsere Städte und  
4134 Gemeinden rund 850 Mio. Euro soziale Kosten selbst tragen. Deshalb wollen wir die den Kommunen über  
4135 den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellten Mittel erhöhen. Außerdem wollen wir ihnen  
4136 die Möglichkeit geben, eine Grundsteuer C auf unbebaute Baugrundstücke zu erheben, um so der  
4137 Spekulation mit baureifen Grundstücken zu Lasten des Wohnungsmarktes einen Riegel vorzuschieben.

#### 4138 ***Risiken der Landesbank minimieren***

4139 Die Nord/LB, an der neben dem Mehrheitseigentümer Land Niedersachsen das Land Sachsen-Anhalt und  
4140 die Sparkassen beteiligt sind, findet nach wie vor keinen Weg aus der Krise. Im Gegenteil: Im Jahr 2019  
4141 mussten die Eigentümer aufgrund von Verlusten aus der Schiffsfinanzierung und der Übernahme der  
4142 Bremer Landesbank erneut mit 3,6 Mrd. Euro einspringen. Um die Schuldenbremse zu umgehen, haben  
4143 SPD und CDU die daraus resultierenden Belastungen für das Land trickreich in landeseigene  
4144 Beteiligungsgesellschaften ausgelagert. Damit ist die Bank aber keineswegs über den Berg; ein dauerhaft  
4145 tragfähiges Geschäftsmodell ist weiterhin nicht in Sicht. Der Landeshaushalt braucht Stabilität und  
4146 Verlässlichkeit, um die notwendigen Landesaufgaben wahrzunehmen. Daher ist es erforderlich, die  
4147 Risiken für den Landeshaushalt aufgrund der Beteiligung an der Nord/LB zu reduzieren. Wir streben eine

4148 Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors an. Wir prüfen wir eine Herauslösung der  
4149 Braunschweigischen Landessparkasse aus der Nord/LB.

4150 ***Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen***

4151 Wir wollen für mehr Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen sorgen. Insbesondere soll  
4152 die Vergütung von Vorständen und Mitgliedern der Aufsichtsgremien künftig offengelegt werden. Denn  
4153 auch in diesen Unternehmen wird mit öffentlichen Geldern gearbeitet. Wir fordern, dass die Träger der  
4154 öffentlichen Unternehmen und Sparkassen, also Land und Kommunen, verpflichtend in den jeweiligen  
4155 Gremien auf mehr Transparenz bei den Vergütungen hinwirken. Eine entsprechende  
4156 Hinwirkungsverpflichtung kann im Sparkassengesetz oder dem Kommunalverfassungsgesetz verankert  
4157 werden.

## 4158 ***Wo die Zukunft zu Hause ist: Für starke Kommunen in Niedersachsen***

4159 In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret. Hier begegnen uns die Herausforderungen  
4160 ganz handfest, hier werden Probleme gelöst. Gerade jetzt sind es die Kommunen, die für die  
4161 Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine sorgen und Angebote zu Teilhabe und Integration  
4162 organisieren. In der Corona-Krise sind es die Kommunen, die Kontakte nachverfolgen, soziale  
4163 Spannungen abfedern und Impfbzentren organisieren. Auch bei den Herausforderungen der Zukunft kommt  
4164 es wesentlich auf die politischen Entscheidungen vor Ort an: Wird der öffentliche Nahverkehr ausgebaut  
4165 und der knappe öffentliche Raum in unseren Städten zugunsten des Rad- und Fußverkehrs und der  
4166 Aufenthaltsqualität neu aufgeteilt? Wo entstehen die Windkraft- und Solaranlagen für unsere  
4167 klimagerechte Energieversorgung? Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum? Gelingt es,  
4168 durch gute Bildungsangebote von der Kita über unsere Schulen bis hin zu Berufsausbildung und Studium  
4169 endlich für Chancengerechtigkeit zu sorgen? Bleiben bzw. werden unsere Innenstädte auch in Zeiten von  
4170 Digitalisierung und Onlinehandel urbane Kerne mit hoher Aufenthaltsqualität? Das alles sind Aufgaben,  
4171 die nur gemeinsam mit starken und gut ausgestatteten Kommunen erfolgreich wahrgenommen werden  
4172 können. Die Kommunen sind Partner\*innen für die Umsetzung unserer Politik. An den kommunalen  
4173 Realitäten vorbei zu regieren führt dazu, dass Politik nicht umgesetzt wird. Als Land haben wir die  
4174 Aufgabe, kommunale Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten und dafür zu sorgen, dass auch im  
4175 Bund die kommunalen Realitäten beachtet werden.

## 4176 ***Die Kommunen bedarfsgerecht ausstatten***

4177 Nicht zuletzt in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass der jahrelang postulierte schlanke Staat längst  
4178 zum abgemagerten Staat geworden ist, der an zu vielen Stellen kaum mehr in der Lage ist, seine  
4179 zentralen Aufgaben zum Wohle der Bürger\*innen zu erfüllen: Die kaputtgesparten Gesundheitsämter  
4180 waren trotz herausragenden Engagements der Mitarbeiter\*innen nicht annähernd in der Lage, die ihnen  
4181 zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Digitalisierung ist an vielen kommunalen Verwaltungen bisher  
4182 weitgehend spurlos vorbeigegangen. Das digitale Lernen war und ist nicht zuletzt deshalb oftmals ein  
4183 Desaster, weil es den Schulen an der erforderlichen technischen Ausstattung fehlte. Um ihre Aufgaben zu  
4184 bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die Kommunen entsprechend  
4185 finanziell ausgestattet werden. Das ist bisher nicht überall der Fall: Die Löcher in vielen kommunalen  
4186 Haushalten stehen denen in vielen Gemeindestraßen in nichts nach. So ist die Investitionsquote – also  
4187 der Anteil, der für Investitionen vorgesehen ist – auch in den letzten Jahren weiter gesunken. Grund  
4188 dieser Misere ist zum einen, dass immer neue Aufgaben an die Kommunen übertragen werden, ohne  
4189 gleichzeitig für einen vollständigen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Zum anderen ist die  
4190 Kommunalfinanzierung so ausgerichtet, dass sie strukturschwache Kommunen benachteiligt und keine  
4191 Gegenfinanzierung ihrer besonderen Belastungen vorsieht. Der kommunale Finanzausgleich liegt in

4192 Niedersachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir wollen den Kommunalen Finanzausgleich  
4193 erhöhen und reformieren: Dazu werden wir eine Enquetekommission einsetzen (vgl. Nachhaltig  
4194 haushalten). Besonders verschuldete Kommunen muss das Land weiterhin mit Entschuldungsprogrammen  
4195 unterstützen.

#### 4196 ***Vor Ort entscheiden***

4197 Wir GRÜNEN wollen den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume einräumen. Wichtige und richtige  
4198 Schritte sind die erleichterte wirtschaftliche Betätigung oder die Möglichkeit der Einführung einer  
4199 Tourismusabgabe zur Finanzierung der touristischen Infrastruktur. Weitere Kompetenzen, etwa bei der  
4200 Einrichtung von Geschwindigkeitsbeschränkungen oder mehr Mitsprache bei Bauvorhaben, stärken das  
4201 Selbstbestimmungsrecht der Menschen vor Ort. Um die Mitsprachemöglichkeiten von jungen Menschen  
4202 zu verbessern, wollen wir das Wahlalter auf 14 Jahre absenken. Wir wollen die Instrumente der  
4203 unmittelbaren Demokratie weiterentwickeln und beispielsweise Bürgerentscheide auch bei der  
4204 Bauleitplanung ermöglichen (vgl. Für eine vielfältige Gesellschaft).

4205 Das von SPD und CDU überwiegend zu ihren Gunsten veränderte Verfahren zur Besetzung von  
4206 Ausschüssen in den kommunalen Räten und Kreistagen werden wir zurücknehmen. Statt des  
4207 Zählverfahrens nach D'Hondt, das vor allem große Fraktionen und Gruppen begünstigt, werden wir ein  
4208 Zählverfahren einführen, das die politische Vielfalt der Räte und Kreistage besser in den Ausschüssen  
4209 abbildet.

#### 4210 ***Für mehr Vielfalt in den kommunalen Räten***

4211 Wir wollen mehr Vielfalt in den kommunalen Räten erreichen und die Zahl der Rats- und  
4212 Kreistagsmitglieder mit Migrationsherkunft sowie der Frauen erhöhen. Deshalb machen wir uns dafür  
4213 stark, bestehende Hemmnisse abzubauen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, Kommunalpolitiker\*innen  
4214 besser vor Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen zu schützen – online und offline.

#### 4215 ***Für mehr interkommunale Zusammenarbeit***

4216 Ein gutes Zusammenleben und die vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an der  
4217 Gemeindegrenze. Die Klimakrise lehrt uns: Wir müssen Grenzen überwinden, um Chancen zu nutzen. Wir  
4218 wollen deshalb Städte und Gemeinden fördern, die durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit  
4219 mehr und mehr zusammenwachsen wollen. Schon jetzt arbeiten Kommunen in vielen Bereichen  
4220 zusammen: etwa bei der Energieversorgung im ÖPNV, bei allgemeinen Verwaltungsaufgaben sowie bei  
4221 kulturellen und sozialen Einrichtungen. Indem wir mehr interkommunale Kooperation ermöglichen,  
4222 entlasten wir so auch die kommunale Verwaltung. Wir GRÜNEN wollen Modellregionen, die

4223 umweltfreundliche Logistikkonzepte für den Einzelhandel und das Handwerk entwickeln. Damit entlasten  
4224 wir Umwelt und Infrastruktur, optimieren den Flächenverbrauch und stärken regionale  
4225 Wirtschaftsstrukturen. Die Bereitschaft zur Kooperation sollte aber lokal wachsen – und kreative  
4226 Initiativen und digitale Lösungen werden wir seitens des Landes unterstützen (vgl. Innovatives  
4227 Niedersachsen, Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten).

#### 4228 ***Bürgerfreundliche digitale Kommunen***

4229 Bis Ende 2022 müssen etwa 600 Verwaltungsdienstleitungen, etwas 90 Prozent davon bei den  
4230 Kommunen, auch digital angeboten werden – so sieht es das Onlinezugangsgesetz des Bundes vor. Dann  
4231 sollen die Beantragung eines Personalausweises, die Anmeldung eines Neugeborenen beim Standesamt  
4232 oder der Widerspruch gegen einen Bebauungsplan auch online möglich sein. Zudem soll Schluss damit  
4233 sein, dass Bürger\*innen Papiere von einem Amt in das andere tragen: Bei Behörden des Bundes, der  
4234 Länder und Kommunen vorliegende Unterlagen und Informationen müssen dann von dem Amt, in dem sie  
4235 benötigt werden, selbst beschafft werden. Die Umsetzung dieses Projekts ist von SPD und CDU jedoch  
4236 sträflich vernachlässigt worden: Zentrale Portale, für die das Land zuständig ist, stehen nicht zur  
4237 Verfügung. Auf die Kommunen kommen mit der Umsetzung der digitalen Verwaltung große Aufgaben zu,  
4238 die insbesondere kleinere Städte und Gemeinden allein nicht bewältigen können: Die IT-Ausstattung  
4239 muss beschafft und in Betrieb gehalten werden, Mitarbeiter\*innen müssen geschult werden. Wir GRÜNEN  
4240 unterstützen die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Wir beschleunigen die Bereitstellung  
4241 der zentralen Serviceportale und bieten Beratung sowie Unterstützung bei der Schulung der  
4242 Mitarbeiter\*innen an.

4243 ***Niedersachsen, ein Land das funktioniert – effektiv und bürgernah***

4244 ***Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst – digital und leistungsfähig***

4245 Eine moderne, leistungsfähige, digitale Verwaltung in Land und Kommunen ist die Grundlage für einen  
4246 funktionierenden Staat, für unzählige tägliche Dienstleistungen für die Bürger\*innen und die Fähigkeit,  
4247 zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. SPD und CDU haben unter dem Vorzeichen der „Schwarzen  
4248 Null“ wenig getan, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in Niedersachsen zu sichern, die überfällige  
4249 Digitalisierung umzusetzen und dem sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb legen  
4250 wir GRÜNEN einen Fokus auf die technische und personelle Ausstattung der Verwaltung sowie moderne  
4251 Arbeitsweisen und Verfahren.

4252 ***Digitalisierung umsetzen***

4253 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eine der größten Herausforderungen in den  
4254 kommenden Jahren. So genügt es nicht, in technische Infrastruktur zu investieren – es müssen auch neue  
4255 Verfahrensweisen und Kommunikationsformen für die digitale Verwaltung der Zukunft gefunden werden.  
4256 Nur so kann Digitalisierung dazu beitragen, nicht nur zu schnelleren, sondern auch transparenteren und  
4257 besser begründeten Entscheidungen zu gelangen. Die Einführung der elektronischen Akte in der  
4258 Landesverwaltung hat in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, ist aber noch nicht in allen Bereichen  
4259 praxisnah umgesetzt und keineswegs abgeschlossen. Über die bloße Digitalisierung und  
4260 (Teil-)Automatisierung von Abläufen hinaus müssen wir auch prüfen, inwiefern moderne Techniken der  
4261 Datenaufbereitung und Datenanalyse (bis hin zu KI-Systemen) bessere Entscheidungsgrundlagen für  
4262 Verantwortungsträger\*innen in Politik und Verwaltung liefern können. Dabei sind wir uns möglicher  
4263 Spannungen insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz bewusst und werden sehr sensibel mit ihnen  
4264 umgehen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Für öffentliche Dienstleistungen streben wir in  
4265 Übereinstimmung mit dem Onlinezugangsgesetz eine einheitliche digitale Zugangsmöglichkeit inklusive  
4266 funktionierender elektronischer Zahlungssysteme an, die wo möglich von Land und Kommunen im  
4267 Gleichklang eingesetzt werden (vgl. Wo die Zukunft zu Hause ist).

4268 Die Digitalisierung eines komplexen Verwaltungssystems verlangt neben einer guten zentralen Steuerung  
4269 und Strategie auch Digitalisierungskompetenzen und finanzielle, personelle und organisatorische  
4270 Kompetenzen in den einzelnen Ressorts. Nur so können Mittel für Beschaffungen und externe  
4271 Beratungsleistungen in den Ressorts wirksam werden und dauerhaft zu einer verbesserten, digitalen  
4272 Arbeitsweise führen. Dies wurde in der Vergangenheit zu wenig beachtet – auch weil Digitalisierung als  
4273 Einsparmöglichkeit im Sinne einer Digitalisierungsdividende missverstanden wurde. Viele Probleme, die  
4274 wir auf diesem Feld in Niedersachsen erleben, sind darauf zurückzuführen, dass nicht ausreichend Mittel  
4275 für den Ressourcenaufbau in den einzelnen Ressorts zur Verfügung stehen. Deshalb schaffen wir im

4276 Rahmen einer integrierten Digitalstrategie gezielt die notwendigen personellen und organisatorischen  
4277 Ressourcen für die Umsetzung in den einzelnen Ressorts. Auf diese Weise erhöhen wir das  
4278 Digitalisierungstempo in der Landesverwaltung und nutzen ihr volles Potenzial. Wo mehrere Ressorts und  
4279 Fachabteilungen mit der Digitalisierung vergleichbarer Prozesse befasst sind, wollen wir den Einsatz  
4280 einheitlicher Verfahren voranbringen und die Abstimmung durch Einrichtung geeigneter  
4281 Steuerungsgremien verbessern. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass die Digitalisierung des  
4282 Landes klimaneutral wird (vgl. Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen).

4283 Die Digitalisierung der Verwaltung wollen wir zudem nutzen, um Arbeitsabläufe und Arbeitsweisen zu  
4284 modernisieren. Viele aktuelle Herausforderungen verlangen ein schnelles, flexibles, pragmatisches und  
4285 trotzdem rechtssicheres Handeln – Anforderungen, die oft sehr schwer gleichzeitig zu erfüllen sind. Wir  
4286 begegnen ihnen durch moderne, agile Verwaltungsabläufe, die Wissen, Erfahrung, Innovation und  
4287 Kreativität nutzen und in vernetzten, flexiblen Strukturen fußen. Gemeinsam mit den Bediensteten in der  
4288 Landesverwaltung werden wir in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft agile Verwaltungsstrukturen und  
4289 moderne Arbeitsweisen entwickeln und implementieren. Wir schaffen Modellprojekte innerhalb der  
4290 Verwaltung, in denen wir agile Arbeitsmethoden erproben und für die Landesverwaltung insgesamt  
4291 nutzbar machen. Dabei darf die Einführung digitalisierter und agiler Verfahren nicht zu einer weiteren  
4292 Verdichtung und Entgrenzung der Arbeit für die Bediensteten führen, sondern muss im Gegenteil als  
4293 Möglichkeit genutzt werden, um Arbeitsplätze attraktiver und gesünder zu gestalten. Mobiles Arbeiten  
4294 und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten können in diesem Sinne eine Chance für mehr  
4295 Selbstbestimmung und die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben darstellen.

4296 Open-Source-Software kann große Vorteile bei Sicherheit und Effizienz gegenüber den bisher üblichen  
4297 proprietären Lösungen bieten. Wir wollen im Land stärker auf solche freien Softwarelösungen setzen. Im  
4298 Auftrag des Landes entwickelte Software soll wo möglich im Quellcode offen vorliegen und für die  
4299 Überprüfung und Weiterentwicklung durch unabhängige Stellen zugänglich sein. Öffentliche Daten  
4300 wollen wir grundsätzlich über geeignete digitale Schnittstellen für die Öffentlichkeit zugänglich machen  
4301 (Open Data).

### 4302 ***Die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin***

4303 Auch der öffentliche Dienst bekommt den verbreiteten Fachkräftemangel zu spüren: sowohl im  
4304 allgemeinen Verwaltungsdienst als auch bei Fachpersonal, beispielsweise technischen Berufen. Dieser  
4305 wird verstärkt durch das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Verwaltungsdienst und eine  
4306 oftmals verfehlte Sparpolitik vergangener Jahre. Gerade deshalb müssen wir die Landesverwaltung als  
4307 attraktiven Arbeitgeber stärken und auf vielfältigen Wegen um Nachwuchs werben.

4308 Wir wollen die Besoldungsstrukturen überprüfen und streben an, auch im Vergleich mit anderen  
4309 Bundesländern den Beamt\*innen und Tarifbeschäftigten eine attraktive und angemessene Vergütung zu  
4310 bieten. Gerade bei technischen Schlüsselberufen steht die Verwaltung in scharfer Konkurrenz zu  
4311 Privatunternehmen und vor großen Herausforderungen, im Vergleich attraktive Bedingungen bieten zu  
4312 können. Gemeinsam mit den Kommunen suchen wir im Dialog mit den Gewerkschaften nach Lösungen  
4313 für die konkurrenzfähige Vergütung insbesondere technischer Berufe und prüfen Möglichkeiten für die  
4314 Schaffung besserer Aufstiegsmöglichkeiten. Wir verstärken die Anstrengungen in der  
4315 Nachwuchsgewinnung deutlich. Dazu wollen wir die Werbebudgets für die Nachwuchsgewinnung  
4316 erhöhen und die Kooperation zwischen dem Innenministerium und den Fachressorts der allgemeinen  
4317 Verwaltung ausbauen. Das Laufbahnrecht werden wir reformieren, um insbesondere den Quereinstieg in  
4318 den Verwaltungsdienst zu erleichtern. Unser Ziel ist es, verstärkt Menschen mit Migrationsgeschichte für  
4319 den Verwaltungsdienst zu gewinnen. Deshalb wollen wir die spezifischen Kompetenzen, die Menschen  
4320 mit Migrationsgeschichte erwerben, im Einstellungsverfahren stärker berücksichtigen.

4321 Das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge bedeutet auch, dass wir verstärkt junge und modern  
4322 denkende Menschen für den Verwaltungsdienst gewinnen müssen. Wir wollen zur besseren  
4323 Personalgewinnung wieder mehr im Beamt\*innenverhältnis ausbilden und die Praxiszeiten während der  
4324 Ausbildung stärken. Junge Führungskräfte werden wir mit geeigneten Programmen an ihre Aufgabe  
4325 heranführen, die bestehenden Programme entwickeln wir dazu bedarfsgerecht weiter. Auf der Grundlage  
4326 einer geschlechtersensiblen Personalentwicklungsstrategie fördern wir gezielt Frauen in  
4327 Führungspositionen – insbesondere dort, wo sie weiterhin unterrepräsentiert sind. Moderne Instrumente  
4328 der Arbeitszeitgestaltung von Arbeitszeitkonten über Jobsharing bis hin zu Sabbaticals wollen wir  
4329 verstärkt ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Telearbeit und mobiles Arbeiten verbessern.  
4330 Hierbei haben wir stets auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wesentliches Ziel im Blick.

4331 In der Qualifizierung und Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter\*innen und vor allem Führungskräften  
4332 stärken wir moderne Schlüsselkompetenzen wie Gender- und Diversity-Kompetenz. Die Entsendung  
4333 niedersächsischer Expert\*innen in die Institutionen der EU sowie internationale Organisationen werden  
4334 wir stärken. Wir setzen auf eine Poolbildung nach dem Vorbild anderer Bundesländer, um die Ressorts  
4335 zu entlasten.

### 4336 **Öffentliche Beschaffung**

4337 Bei öffentlichen Vergaben zeigt die Erfahrung, dass eine ausschließliche Fokussierung auf das jeweils  
4338 billigste Angebot die öffentliche Hand teuer zu stehen kommen kann. Obwohl bereits heute ein anderes  
4339 Vorgehen möglich wäre, wird aus Gründen der leichteren Vergleichbarkeit – und damit Rechtssicherheit  
4340 – oft in erster Linie auf den Preis geschaut. Wir wollen Vergabestellen bei Ausschreibungen und  
4341 Vergabeverfahren durch Beratung, Qualifikation und Musterverfahren in der stärkeren Berücksichtigung

4342 von Qualität unterstützen. Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge, Umwelt-  
4343 und Sozialstandards gelten und zwar entlang der gesamten Lieferketten. Dies stellen wir GRÜNEN für die  
4344 Beschaffungen des Landes sicher. Um die Beschaffung klimagerechter aufzustellen, führen wir einen CO2-  
4345 Schattenpreis in Höhe der Empfehlungen des Umweltbundesamtes ein (vgl. Niedersachsen auf den 1,5-  
4346 Grad-Pfad bringen). Kommunale Vergabestellen werden wir stärker beraten, um sie bei der wirtschaftlich,  
4347 ökologisch und sozial nachhaltigen Gestaltung von Ausschreibungen zu unterstützen.

